



# HESSISCHER LANDTAG

12. 05. 2009

## 10. Sitzung

Wiesbaden, den 12. Mai 2009

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b>	543	Frage 46	
<i>Entgegengenommen</i>	546	Heinrich Heidel	548, 549
Präsident Norbert Kartmann	543, 545, 546, 591	Ministerin Silke Lautenschläger	549
Bürgermeister Jörg Muth	543	Frage 47	
Matthias Mücke	544, 545	Lothar Quanz	549
Julia Tanzer	544	Ministerin Dorothea Henzler	549
Hermann Schaus	545, 591	Frage 48	
Günter Rudolph	546	Marcus Bocklet	549
Axel Wintermeyer	546	Minister Jürgen Banzer	549
Mathias Wagner (Taunus)	591	Frage 49	
12. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Anbaustopp und Verbot von gentechnisch verändertem Mais durchsetzen – gentechnikfreie Regionen fördern</b>		Präsident Norbert Kartmann	549
– Drucks. 18/222 –	545	Frage 50	
<i>Zurückgezogen</i>	545	Kai Klose	549, 550
Präsident Norbert Kartmann	545	Minister Jürgen Banzer	550
1. <b>Fragestunde</b>		Frage 51	
– Drucks. 18/332 –	546	Kai Klose	550
<i>Abgehalten</i>	556	Minister Jürgen Banzer	550
Präsident Norbert Kartmann	556	Frage 52	
Frage 36		Angela Dorn	550
Ursula Hammann	546	Minister Jürgen Banzer	550
Minister Karlheinz Weimar	546	Frage 53	
Frage 41		Angela Dorn	550, 551
Kurt Wiegel	546	Minister Jürgen Banzer	550, 551
Ministerin Silke Lautenschläger	546	Frage 54	
Frage 42		Kordula Schulz-Asche	551
Günter Schork	547	Minister Jürgen Banzer	551
Minister Dieter Posch	547	Frage 55	
Frage 43		Norbert Schmitt	552
Günter Schork	547	Minister Dieter Posch	552, 553
Minister Dieter Posch	547	Frank-Peter Kaufmann	552
Frage 44		Marjana Schott	552
Aloys Lenz	547	Frage 56	
Ministerin Eva Kühne-Hörmann	547, 548	Mathias Wagner (Taunus)	553
Sarah Sorge	548	Ministerin Dorothea Henzler	553, 554
Frage 45		Frank-Peter Kaufmann	553
Lothar Quanz	548	Tarek Al-Wazir	554
Ministerin Dorothea Henzler	548	Frage 57	
		Reinhard Kahl	554
		Minister Jürgen Banzer	554

	Seite		Seite
Frage 58			
Barbara Cárdenas . . . . .	554	<i>Gewählt als Mitglieder des Theaterbeirates:</i>	
Ministerin Dorothea Henzler . . . . .	554, 555	<i>Abg. Rafael Reißer (CDU)</i>	
Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	554	<i>Abg. Lisa Gnaidl (SPD)</i>	
Frage 59		<i>Gewählt als stellvertretende Mitglieder des Theaterbeirates:</i>	
Barbara Cárdenas . . . . .	555	<i>Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU)</i>	
Ministerin Dorothea Henzler . . . . .	555	<i>Abg. Dr. Michael Reuter (SPD) . . . . .</i>	577
Frage 60		<i>Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .</i>	577
Stefan Müller (Heidenrod) . . . . .	555	<b>b) Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Verwaltungsausschuss und den Theaterbeirat beim Staatstheater Kassel</b>	
Minister Jörg-Uwe Hahn . . . . .	555	Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP	
Tarek Al-Wazir . . . . .	555	– Drucks. 18/406 – . . . . .	577
Frage 61		<i>Gewählt als Mitglieder des Verwaltungsausschusses:</i>	
Jürgen Frömmrich . . . . .	555, 556	<i>Abg. Wilhelm Dietzel (CDU)</i>	
Minister Stefan Grüttner . . . . .	556	<i>Abg. Uwe Frankenberger (SPD)</i>	
Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	556	<i>Abg. Helmut von Zech (FDP)</i>	
<b>2. Regierungserklärung des Hessischen Ministers der Justiz, für Integration und Europa betreffend „Der europäische Integrationsprozess für Frieden und Demokratie“</b> . . . . .	556	<i>Gewählt als stellvertretende Mitglieder des Verwaltungsausschusses:</i>	
<i>Entgegengenommen und besprochen . . . . .</i>	576	<i>Abg. Kurt Wiegel (CDU)</i>	
<b>28. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Verbesserung der Rechtsetzung in der Europäischen Union</b>		<i>Abg. Ulrike Gottschalck (SPD)</i>	
– Drucks. 18/266 – . . . . .	556	<i>Abg. Jochen Paulus (FDP)</i>	
<i>Dem Europaausschuss überwiesen . . . . .</i>	577	<i>Gewählt als Mitglieder des Theaterbeirates:</i>	
<b>32. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend CDU und FDP sabotieren EU-Gleichbehandlungspolitik</b>		<i>Abg. Dirk Landau (CDU)</i>	
– Drucks. 18/366 – . . . . .	556	<i>Abg. Dr. Thomas Spies (SPD)</i>	
<i>Dem Europaausschuss überwiesen . . . . .</i>	577	<i>Gewählt als stellvertretende Mitglieder des Theaterbeirates:</i>	
<b>64. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend ein Europa des sozialen Fortschritts</b>		<i>Abg. Claudia Ravensburg (CDU)</i>	
– Drucks. 18/432 – . . . . .	556	<i>Abg. Brigitte Hofmeyer (SPD) . . . . .</i>	577
<i>Dem Europaausschuss überwiesen . . . . .</i>	577	<i>Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .</i>	577
Minister Jörg-Uwe Hahn . . . . .	556	<b>c) Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Verwaltungsausschuss und den Theaterbeirat beim Staatstheater Wiesbaden</b>	
Thorsten Schäfer-Gümbel . . . . .	561	Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP	
Gudrun Osterburg . . . . .	565	– Drucks. 18/407 – . . . . .	577
Martin Häusling . . . . .	568	<i>Gewählt als Mitglieder des Verwaltungsausschusses:</i>	
Willi van Ooyen . . . . .	571	<i>Abg. Astrid Wallmann (CDU)</i>	
Fritz-Wilhelm Krüger . . . . .	574	<i>Abg. Ernst-Ewald Roth (SPD)</i>	
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	576	<i>Abg. Florian Rentsch (FDP)</i>	
<b>3. Wahlen der Verwaltungsausschüsse und Theaterbeiräte bei den Staatstheatern</b>		<i>Gewählt als stellvertretende Mitglieder des Verwaltungsausschusses:</i>	
<b>a) Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Verwaltungsausschuss und den Theaterbeirat beim Staatstheater Darmstadt</b>		<i>Abg. Hans-Peter Seyffardt (CDU)</i>	
Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP		<i>Abg. Marius Weiß (SPD)</i>	
– Drucks. 18/405 – . . . . .	577	<i>Abg. Stefan Müller (Heidenrod) (FDP)</i>	
<i>Gewählt als Mitglieder des Verwaltungsausschusses:</i>		<i>Gewählt als Mitglieder des Theaterbeirates:</i>	
<i>Abg. Karin Wolff (CDU)</i>		<i>Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU)</i>	
<i>Abg. Michael Siebel (SPD)</i>		<i>Abg. Gernot Grumbach (SPD)</i>	
<i>Abg. Leif Blum (FDP)</i>		<i>Gewählt als stellvertretende Mitglieder des Theaterbeirates:</i>	
<i>Gewählt als stellvertretende Mitglieder des Verwaltungsausschusses:</i>		<i>Abg. Hartmut Honka (CDU)</i>	
<i>Abg. Hartmut Honka (CDU)</i>		<i>Abg. Nancy Faeser (SPD) . . . . .</i>	577
<i>Abg. Heike Hofmann (SPD)</i>		<i>Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .</i>	577
<i>Abg. Wilhelm Reuscher (FDP)</i>		<b>38. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend die Geschäftsordnung des Hessischen Landtags</b>	
		– Drucks. 18/403 – . . . . .	577
		<i>Angenommen . . . . .</i>	577
		<i>Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .</i>	577

Seite	Seite
4. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein <b>Erstes Hessisches Zukunftsenegie- und Klimaschutzgesetz</b> – Drucks. 18/350 – . . . . . 577	9. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein <b>Gesetz zur Änderung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes</b> – Drucks. 18/402 – . . . . . 585
<i>Nach erster Lesung dem Rechts- und Integrations- ausschuss, federführend, und dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, beteiligt, überwiesen . . . . . 585</i>	<i>Nach erster Lesung dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen . . . . . 591</i>
Ursula Hammann . . . . . 577, 585	Dr. Norbert Herr . . . . . 585
Astrid Wallmann . . . . . 578	Mathias Wagner (Taunus) . . . . . 586
Heike Hofmann . . . . . 579	Heike Habermann . . . . . 587
Stefan Müller (Heidenrod) . . . . . 580	Mario Döweling . . . . . 588
Dr. Andreas Jürgens . . . . . 581	Barbara Cárdenas . . . . . 589
Tarek Al-Wazir . . . . . 581	Ministerin Dorothea Henzler . . . . . 589
Janine Wissler . . . . . 582	Präsident Norbert Kartmann . . . . . 591
Minister Jörg-Uwe Hahn . . . . . 584	
Präsident Norbert Kartmann . . . . . 584	
7. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein <b>Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes</b> – Drucks. 18/400 – . . . . . 585	
<i>Nach erster Lesung dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen . . . . . 591</i>	

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Lothar Quanz

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen  
beim Bund Michael Boddenberg  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch  
Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Silke Lautenschläger  
Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit Jürgen Banzer  
Kultusministerin Dorothea Henzler  
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann  
Staatssekretär Dirk Metz  
MinDirig Dr. Roman Poseck  
Staatssekretärin Nicola Beer  
Staatssekretär Boris Rhein  
Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer  
Staatssekretär Klaus-Peter Güttler  
Staatssekretär Mark Weinmeister  
Staatssekretärin Petra Müller-Klepper  
Staatssekretär Heinz-Wilhelm Brockmann

## Abwesende Abgeordnete:

Margaretha Hölldobler-Heumüller



(Beginn: 14:05 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Plenarwoche mit der 10. Plenarsitzung heute, am Dienstag, dem 12. Mai 2009. Ich stelle fest, dass das Haus beschlussfähig ist. – Dem widerspricht niemand, dann habe ich recht gehabt.

Meine Damen und Herren, in aller Regel findet zu dieser Jahreszeit im Hessischen Landtag unsere erste Begegnung mit einem Großereignis des Landes statt – in Form des Schönsten, was eine Hessentagsstadt zu bieten hat: dem Hessentagspaar. Herzlich willkommen, Julia Tanzer und Matthias Mücke.

(Allgemeiner Beifall)

Frau Tanzer und Herr Mücke repräsentieren die Hessentagsstadt 2009, die da heißt: Langenselbold. Für Langenselbold begrüße ich den Bürgermeister Jörg Muth. Lieber Herr Bürgermeister, herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, wer Hessentagsstädte erlebt hat oder gar Teil von Hessentagsstädten war, weiß um die Bedeutung dieses Symbols des Hessentagspaares, welches nicht nur in Langenselbold wirkt, sondern über die Grenzen hinaus, ein Jahr davor bis ein Jahr danach und, wie auch immer, noch später. Insofern ist es auch für den Hessischen Landtag immer eine besondere Ehre, dass wir in der Nähe zum Hessentagsbeginn das Hessentagspaar und den Bürgermeister der jeweiligen Hessentagsstadt begrüßen können und sie auch um ihr Wort bitten. Lieber Herr Bürgermeister, deswegen darf ich Sie bitten, als Erster etwas über Ihre Stadt zu sagen. Dann bitte ich das Hessentagspaar, zu uns zu sprechen. – Bitte schön.

(Allgemeiner Beifall)

**Jörg Muth, Bürgermeister der Hessentagsstadt Langenselbold:**

Guten Tag, Herr Kartmann, guten Tag, Herr Ministerpräsident Koch, guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung, dass wir drei heute zu Ihnen kommen konnten. Ich habe die Ehre, kurz unsere Stadt vorzustellen und zu berichten, was wir alles in den letzten Jahren gemacht haben.

Wenn man so knapp vier Wochen vor der Eröffnung des Hessentages steht, ist es natürlich schwer, über den Hessentag zu berichten: Wo fängt man an, wo hört man auf? Aber gestatten Sie mir, die ganze Thematik in zwei Blöcke zu gliedern. Zum einen gibt es den städtebaulichen Teil, zum anderen die Vorbereitungen für das Hessentagsfest.

Als wir im Dezember 2004 von der Landesregierung den Zuschlag bekommen haben, den Hessentag im Jahr 2009 in Langenselbold auszurichten, haben wir uns natürlich Gedanken gemacht: Was bringt unsere Stadt nach vorn? Wie können wir unsere Stadt nachhaltig entwickeln, sodass wir in der Kommune gut aufgestellt sind? Wir haben uns verschiedene Projekte ausgesucht, haben sie beplant und auch mit den Ministerien abgesprochen, um die nötigen Fördergelder zu erlangen. Ich möchte Ihnen nun kurz über einige berichten.

Zum Beispiel haben wir in unserer Innenstadt den ganzen Komplex des zentralen Einkaufsbereichs umgestaltet. Wir

haben den Geschäftsbereich über zwei Jahre modernisiert, damit unsere Innenstadt in ihrer Nachhaltigkeit konkurrenzfähig zu den anderen Kommunen im Main-Kinzig-Kreis ist, und haben dies damit gekoppelt, dass wir nicht nur die Innenstadt stärken, sondern auch in unseren Bebauungsplänen, wo wir Gewerbegebiete ausweisen, den zentrumsrelevanten Einzelhandel ausgeschlossen haben. Somit haben wir etwas für die Attraktivität und für den Einzelhandel getan, damit er mittel- bis langfristig am Standort Langenselbold gesichert ist.

Ein weiteres großes Projekt, das mit zwei anderen Projekten korreliert, ist der Bau des neuen Sportzentrums. Das ist das größte Projekt und umfasst insgesamt 13,1 Millionen €. Die alten Sportplätze in Langenselbold lagen entlang der Gründau im Retentionsraum. Um das neue Sportzentrum zu bauen und zu finanzieren, war es möglich, einen Teil der Fläche, die im Retentionsraum lag, aus dieser Verordnung herauszunehmen, um sie zu Bauland zu machen und hierfür die 7 Millionen € herbeizubringen, die noch gefehlt haben, um dies kofinanzieren.

Im Anschluss an diese Finanzierung und Beplanung der alten Sportplätze haben wir auch eine nachhaltige Planung im Hochwasserschutz durchgesetzt. Wir haben die Gründau in der Innenstadt auf einer Länge von 850 m verbreitert und renaturiert. In diesem Zusammenhang haben wir auch für die Leute, die an der Gründau wohnen und die immer durch das Hochwasser geplagt wurden, dies entschärft und können damit drei Dinge vereinigen, nämlich den Hochwasserschutz, die Renaturierung, die für die Bürger unserer Stadt vorrangig ist, damit sie dort ihre Freizeit verbringen können, und ein neues Baugebiet und den Bau eines neuen Sportzentrums.

Last, but not least ist noch ein großes Projekt der Bau einer neuen Feuerwehrwache. Wir sind Stützpunkfeuerwehr. Hier haben wir ein Projekt ins Leben gerufen, das mit ca. 8 Millionen € die neue Heimat der Feuerwehr und des DRK sein wird. Wir sind stolz darauf, dass wir dies vom Spatenstich bis zum Einzug der Feuerwehr heute innerhalb von ungefähr 15 Monaten fertiggestellt haben.

(Minister Karlheinz Weimar: Geht doch!)

Das sind nur die großen Projekte, die unsere Stadt auf die Schiene gebracht hat, wobei es noch viele, viele kleine gibt, um das Ganze nachhaltig zu entwickeln.

An dieser Stelle möchte ich auch dem Land Dank sagen für die gute Zusammenarbeit, für die Förderung unserer Projekte und dafür, dass Sie immer ein offenes Ohr hatten. Wenn es einmal nicht weiterging, wenn Rat gebraucht wurde, waren die Behörden stets aufmerksam, hilfsbereit und haben uns weitergeholfen.

Wenn wir das Hessentagsfest, das in wenigen Tagen anfängt, für sich betrachten, dann muss ich sagen, dass es eine gigantische Aufgabe ist, dieses abzuwickeln.

Das Erstaunliche an der ganzen Sache ist: Wenn man einmal in die Flächenbilanzen geht und dann die Flächen sichern muss, so sieht man, mit wem man es alles zu tun hat und mit wem man alles reden muss. Das ist besonders bei der Landwirtschaft hervorzuheben. Wir haben insgesamt 90 ha Land angepachtet. Wenn man das in Quadratmetern ausdrückt, so sind das 900.000 m<sup>2</sup>. Diese sind hauptsächlich für ungefähr 18.000 Parkplätze für die Landesaussstellung, für den Zeltaufbau und, und, und.

In diesen Verhandlungen merkt man, wie eine Stadt zusammerrückt. Wenn man sagt: „Wir haben Hessentag, wir müssen diese Flächen bestellen, wir müssen sie für Park-

plätze reservieren, wir brauchen sie für die Landesausstellung“, dann ist jeder bereit und gibt zu und nach, damit wir dieses Fest realisieren können. Das war im Vorfeld die Planung. Die Realisierung steht jetzt an.

Wer durch Langenselbold fährt, der sieht, dass wir zurzeit die Zelte aufbauen, dass unsere Stadt langsam mit Fahnen geschmückt ist und die Bevölkerung jetzt langsam in die Bewegung, die Motivation kommt. Alles redet vom Hesse-Tag, vom Bäcker bis zum Metzger. An den Autos sieht man die Fähnchen. Langsam ist das Gefühl immer näher und näher bei den Bürgern von Langenselbold. Ich hoffe, dass das auch auf die Bürger unseres Landes und, da wir am Rande des Ballungsraums leben, auch in den Aschaffenburg-er Raum übergeht und wir sehr, sehr viele Besucher haben werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe auch, dass es dann endlich aufhört zu regnen und dass unsere Parkplätze trocken werden und die Landesausstellung mit den letzten Infrastruktureinrichtungen hergerichtet werden kann, damit wir eine gute Gastgeberin für den Hesse-Tag 2009 sind.

Ich lade Sie im Namen der Stadt Langenselbold, aller Bürger, des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung recht herzlich ein: Kommen Sie in unsere Stadt. Seien Sie unsere Gäste, und fühlen Sie sich wohl. Ich hoffe, dass wir uns alle wohlbehalten zum Hesse-Tag in Langenselbold wiedersehen. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Bürgermeister, haben Sie herzlichen Dank für die Darstellung. Auch wir hoffen auf gutes Wetter. Aber seien Sie ganz beruhigt: Wir sind alles gewohnt. Ich will jetzt nicht sagen, wo: Wir haben Hesse-Tage auch schon unter Wasser gefeiert. Wir wünschen wirklich gutes Wetter. Es ist ein wichtiger Teil. Vor allem wünschen wir Ihnen und der Bürgerschaft schöne Tage und ein nachhaltiges Erlebnis.

Nun kommen Frau Julia Tanzer und Herr Matthias Mücke, das Hesse-Tagspaar 2009. Bitte schön.

(Beifall)

#### **Matthias Mücke:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir möchten uns recht herzlich für die Einladung bedanken. Wir wissen, dass Sie heute eine volle Tagesordnung haben. Dass wir heute unseren 90-minütigen Standardvortrag halten dürfen, ist wirklich klasse.

(Heiterkeit und Beifall – Axel Wintermeyer (CDU): Mit Aussprache!)

– Selbstverständlich mit Aussprache. Das hatte ich vergessen.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Keiner verlässt den Saal.

(Heiterkeit)

#### **Matthias Mücke:**

Danach können wir es gerne an den Ausschuss überweisen. – Spaß beiseite. Wir sind nur für ein kleines Grußwort gekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind seit fast einem Jahr in Hessen unterwegs, vor allem im Rhein-Main-Gebiet. Das ist der größte Einzugsbereich für unseren Hesse-Tag in Langenselbold. Wir haben viele Menschen kennengelernt. Wir haben viele Veranstaltungen gesehen, wo man normalerweise nicht hinkommt, und haben alle zu unserem Hesse-Tag in Langenselbold eingeladen.

Ich denke, Sie wissen, der Hesse-Tag ist das größte und älteste Volksfest. Bei unserer Lage im Rhein-Main-Gebiet kommen bei gutem Wetter vielleicht eine Million Menschen. Herr Landtagspräsident, in Butzbach haben Sie die eine Million damals sogar geknackt. – Wenn das Wetter stimmt, kommen über eine Million Menschen. Es gibt über 1.000 Veranstaltungen großer und kleiner Natur. Es ist für jeden etwas dabei. Unser Bürgermeister sagte gerade schon: Die Spannung steigt. Die Zelte werden aufgebaut. Das Gerippe der Landesausstellung steht schon, zumindest die Halle 1. Die Spannung steigt. Wir freuen uns alle auf den Hesse-Tag, auf unser aller Fest.

Wenn man, wie Sie sicher auch, auf vielen Hesse-Tagen war – die Fraktionen haben immer ihre Messestände in der Halle 1 –, dann weiß man, wovon man spricht, wenn man sagt: Der Hesse-Tag ist ein ganz besonderes Fest. Der Hesse-Tag ist nicht einfach irgendein Volksfest, wo ein paar Bierzelte stehen, sondern es steht in der Tradition, wie es damals Ministerpräsident Georg August Zinn erfunden hat, damit Hessen zusammenrückt. Das spürt man heute noch. Die Stimmung an einem Hesse-Tag – wenn man einige Tage da ist, wenn man spürt, was in einer Stadt vor sich geht, und vor allem am letzten Sonntag, wenn der Festumzug ist – ist klasse, das ist einmalig. Ich bin mir sicher, in Langenselbold wird das auch so sein.

Daher möchten wir Sie alle einladen. Ich hätte noch eine Bitte an Sie alle: Bitte machen Sie, wenn Sie in Ihre Wahlkreise gehen, ab heute noch einmal richtig Werbung für den Hesse-Tag. Ich denke, Sie treffen jeden Tag viele Menschen. Also, unterstützen Sie uns. Laden Sie die Menschen zu uns nach Langenselbold ein. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

#### **Julia Tanzer:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich freue mich ganz besonders, Sie heute an dieser für mich ganz besonderen Stelle begrüßen zu dürfen. Aber bevor auch ich noch ein paar Worte zum Thema Hesse-Tag verlieren werde, gestatten Sie mir bitte einige Worte zu unserer Tracht. Da Langenselbold keine eigene Tracht besitzt, haben wir uns an der Biedermeierzeit um 1850 orientiert und uns für eine Tracht bzw. ein Kleid entschieden, das früher von Maria zu Solms-Hohensolms-Lich getragen wurde. Diese Dame war aufgrund ihrer verwandtschaftlichen Verbindung zu den Isenburgern früher oft zu Gast in unserem wunderschönen Langenselbolder Schloss, das Sie sicherlich alle noch bestaunen werden, wenn Sie einmal unser Weindorf besuchen werden.

Abschließend bleibt mir an dieser Stelle nur zu sagen, dass ich Sie alle recht herzlich nach Langenselbold einladen werde. Kommen Sie zu uns, feiern Sie gemeinsam mit uns beispielsweise bei Bands wie Reamonn, den Toten Hosen, Peter Maffay oder zahlreichen kleineren Veran-

staltungen. Wir freuen uns schon jetzt auf Sie. Aber eine Bitte habe ich trotzdem noch: Eine Sache müssen Sie mitbringen, das ist gutes Wetter. Denn in Langenselbold muss gutes Wetter sein. Deswegen hoffe ich, dass Sie alle kommen und vorher alle schön Ihre Teller leer essen. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Sehr geehrtes Hessentagspaar, herzlichen Dank für die Vorstellung. Das war ermutigend. Das Wetter müsst ihr vor Ort regeln.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommunale Selbstverwaltung!)

– Sehr richtig. Lieber Herr Ministerpräsident, ich gratuliere zu diesem großen Erfolg bei den Abgeordneten. Es ist ganz selten, dass wir einmütig der Meinung sind, dass der Bürgermeister für das Wetter zuständig ist. Ich wünsche gute Verrichtung dabei. – Nein, es ist eine Erfahrung, dass das Wetter wichtig ist. Wir kommen aber auch, wenn es ein bisschen trüber wird.

Ich wünsche Ihnen alles Gute. Ich wünsche Ihnen auch die Kraft für diese zehn Tage. Die sind wirklich stressig. Wir hoffen, dass wir uns alle sehen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte von dieser Stelle aus Sie, aber auch die gesamte Bürgerschaft Hessens, heute vertreten durch unsere Zuschauer, auffordern, Langenselbold zu besuchen: Abfahrt A 45, A 66. Langenselbold ist gut zu erreichen. Man ist schnell drin und auch schnell wieder draußen.

(Heiterkeit)

– Lieber Minister Hahn, wenn Sie nach dem Hessentag schon einmal versucht haben, hinauszukommen, wissen Sie, was ich meine.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Baunatal!)

Es ist eine herzliche Einladung. Es ist unser Fest: fast 50 Jahre Hessentag. Es gehört dazu, dass wir uns alle damit identifizieren. Wir Abgeordnete haben den Auftrag, uns besonders damit zu identifizieren. Wir vertreten das Volk. Deswegen bitte ich Sie alle, nach Langenselbold zu kommen. In diesem Sinne Glück auf für Sie und alles Gute für den Hessentag. Herr Bürgermeister, grüßen Sie mir die Bürger von Langenselbold.

Ich darf Sie schmücken.

(Präsident Norbert Kartmann überreicht dem Hessentagspaar und dem Bürgermeister ein Präsent.)

**Matthias Mücke:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, wie gesagt, für Ihre Einladung ein herzliches Dankeschön. – Wir haben Ihnen auch etwas mitgebracht: ein kleines Präsent aus Langenselbold. Ich verrate nichts, aber lassen Sie es sich schmecken.

(Heiterkeit – Das Hessentagspaar überreicht Präsident Norbert Kartmann ein Präsent.)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Jeder denkt bei mir ans Essen. Das ist in Ordnung.

**Matthias Mücke:**

Herr Ministerpräsident, der Herr Landtagspräsident hat uns hier eingeladen. Aber uns ist bei unserem letzten Besuch in der Staatskanzlei ein Malheur passiert. Wir hatten gar nichts dabei. Ich weiß, man kann es nicht gutmachen. Aber wir versuchen es mit einem kleinen Präsent.

(Das Hessentagspaar überreicht Ministerpräsident Roland Koch ein Präsent. – Das Hessentagspaar stellt sich den Fotografen und verabschiedet sich. – Allgemeiner Beifall)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank und auf Wiedersehen in Langenselbold.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung vom 5. Mai 2009 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 62 Punkten liegen Ihnen vor.

Wie Sie dem Nachtrag der Tagesordnung – Tagesordnungspunkte 52 bis 56 – entnehmen können

(Unruhe)

– sofern Sie mir zuhören, bekommen es noch mehr mit –, sind fünf Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde eingegangen. Nach § 32 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung haben wir uns auf eine Redezeit von fünf bzw. siebeneinhalb Minuten je Fraktion und Aktueller Stunde verständigt. Die Aktuellen Stunden werden am Donnerstag um 9 Uhr mit den Redezeiten, wie sie im Nachtrag abgedruckt sind, abgehalten.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zieht **Tagesordnungspunkt 12**, ihren Antrag Drucks. 18/222 zum Thema Gentechnik, zurück. Er ist also ab jetzt nicht mehr auf der Tagesordnung.

Der Antrag Drucks. 18/408 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema Gentechnik wurde versehentlich falsch gedruckt und als Drucks. 18/408 neu nochmals gedruckt und auf Ihren Plätze verteilt.

Eingegangen ist noch ein Dringlicher Gesetzentwurf der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Erweiterung der Mitbestimmung, Drucks. 18/420. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Gesetzentwurf Punkt 63 und kann, wenn keiner widerspricht, mit Punkt 11 aufgerufen werden. – Herr Kollege Schaus.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, kein Widerspruch. Aber in der Tagesordnung ist zu Tagesordnungspunkt 11 eine Redezeit von fünf Minuten ausgewiesen. Nach meinen Unterlagen hatten wir uns auf siebeneinhalb Minuten Redezeit verständigt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das wird so bestätigt. Es gelten siebeneinhalb Minuten Redezeit pro Fraktion für die Punkte 11 und 63.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend ein Europa des sozialen Fortschritts, Drucks. 18/432. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Punkt 64. Wir haben fünf Minuten Redezeit dazu vereinbart.

Weiterhin eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Finanzmarktaufsicht stärken, Verbraucherinnen, Verbraucher und Wirtschaft effektiv schützen, Drucks. 18/433. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Punkt 65 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit den Tagesordnungspunkten 18, 31 und 35 aufgerufen werden. – Dem wird nicht widersprochen. Dann wird so verfahren.

Ist noch etwas zur Tagesordnung zu sagen? – Dann kann ich feststellen, dass wir die erweiterte Tagesordnung so genehmigen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann können wir nach dieser Tagesordnung verfahren.

Wir tagen heute bis zur Erledigung der Tagesordnungspunkte 4, 7 und 9. Ich weise aber darauf hin, dass ich die Sitzung auf alle Fälle so enden lassen werde, dass wir um 19:30 Uhr mit unserer Veranstaltung zum Grundgesetz beginnen können, egal ob diese Bedingung der Geschäftsführer erfüllt ist oder nicht. Das will ich hinzugefügt haben.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das Schulgesetz wollen wir aber doch noch machen!)

– Ich weiß, dass Sie einen Widerspruch haben. Aber irgendwann muss auch ich etwas zu sagen haben. – Erst Herr Kollege Rudolph, dann Herr Kollege Wintermeyer.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, zur Einsparung von Redezeit: Unseren Dringlichen Entschließungsantrag betreffend ein Europa des sozialen Fortschritts, Drucks. 18/432, können wir sinnvollerweise mit der Regierungserklärung zu Europa verbinden. Dann brauchen wir keine zusätzliche Redezeit von fünf Minuten.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Danke schön. – Herr Wintermeyer.

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben keine Probleme damit, dass man den Punkt mit der Regierungserklärung verbindet.

Ich wollte aber darauf hinweisen, dass wir heute das Plenum erst dann schließen, wenn das Schulgesetz in erster Lesung eingebracht ist, weil für heute Abend der Kulturpolitische Ausschuss einberufen ist.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das ist richtig, die Nacht ist lang. – Irgendwann, wenn es zu eng wird, müssten wir gucken, wie wir beschleunigen. Es gibt immer zwei Dinge im Leben, nicht nur eines, und wir werden das auch irgendwie hinkriegen.

(Heiterkeit)

– Ich habe es vorsichtig ausgedrückt. – Wir beginnen fröhlich. Ich hoffe, dass wir auch fröhlich enden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

#### **Fragestunde – Drucks. 18/332 –**

Wir beginnen mit der **Frage 36** der Frau Kollegin Hammann. Bitte schön, Frau Kollegin.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie viele Mitarbeiter, umgerechnet auf Vollzeitstellen, arbeiten derzeit an der Umsetzung des Projekts zur CO<sub>2</sub>-Minderung der vom Landesbetrieb Hessisches Immobilienmanagement verwalteten Liegenschaften?*

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister der Finanzen.

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Frau Abgeordnete, ich trage zur Verkürzung der Redezeiten bei: neun.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ist es zutreffend, dass nur eine Stelle für Energieeffizienzmaßnahmen an hessischen Liegenschaften besetzt ist?

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Finanzminister.

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Das weiß ich nicht, Frau Abgeordnete. Ich habe gesagt, neun arbeiten dort. Ich will dem gerne nachgehen wegen der Frage der Besetzung.

Im Übrigen gehen Sie bitte davon aus, dass die Mitarbeiter des Hessischen Immobilienmanagements wie auch der gesamten Landesverwaltung arbeiten. Die sitzen nicht nur da.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Keine Zusatzfrage? – Dann rufe ich **Frage 41** von Herrn Abg. Wiegel auf.

#### **Kurt Wiegel (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Was unternimmt sie, um den Schulmilchabsatz in Hessen zu steigern?*

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Lautenschläger.

#### **Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Herr Kollege Wiegel, in den letzten Jahren wurden bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, um den Schulmilchabsatz zu steigern. Bei Schulmilch gewährt die EU eine Gemeinschaftsbeihilfe für die Abgabe von Milch und bestimmten Milcherzeugnissen an Schülerinnen und



Schüler in Schulen. Zusätzlich hat das Land Hessen, zuletzt als einziges Bundesland, von 2000 bis 2008 einen Zuschuss zur Aufstockung der EU-Schulmilchbeihilfe gewährt, um mehr Kindern Schulmilch zugänglich zu machen.

Im Schuljahr 2007/2008 wurden für die Schulmilchbeihilfe an allen Einrichtungen – Schulen und Kindergärten – 295.653 € aus EU-Mitteln und 98.696 € aus Landesmitteln gezahlt, wobei insgesamt 130.000 € aus Landesmitteln zur Verfügung standen. 364.445 Kinder und Jugendliche haben an dem Programm teilgenommen.

Trotzdem ist die Landesregierung der Auffassung, dass die Inanspruchnahme des Programms vor Ort noch ausgebaut werden kann, da es immer wieder zu Problemen bei der konkreten Verteilung an die Berechtigten vor Ort kommt. Es stellt sich die Frage, wie man die Verteilung weiter vereinfachen und auch Vorbehalte gegen das Schulmilchprogramm abbauen kann. Deswegen hat Herr Staatssekretär Weinmeister zu einem runden Tisch zum Thema Schulmilch eingeladen, der am 28. Mai stattfinden wird.

(Axel Wintermeyer (CDU): Was gibt es zu trinken?)

– Milch.

(Heiterkeit)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Wir kommen zu **Frage 42**. Herr Abg. Schork.

**Günter Schork (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie sind der Sachstand und der Zeitablauf zur Umsetzung der B-44-Ortsumgebung Klein-Rohrheim?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Kollege Schork, für das Vorhaben B 44 wird derzeit der Vorentwurf erarbeitet. Anschließend werden die Unterlagen zur Baurechtsbeschaffung, also zur Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens, erstellt. Aufgrund des jetzigen Planungsstandes ist eine Benennung des Zeitpunkts der Umsetzung des Projekts leider nicht möglich.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 43**, Herr Abg. Schork.

**Günter Schork (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie sind der Sachstand und der weitere Zeitablauf bezüglich des Planfeststellungsverfahrens B 486 Südumgebung Mörfelden?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Kollege Schork, im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für die B 486 findet derzeit das Anhörungsverfahren statt. Die Straßen- und Verkehrsverwaltung erarbeitet die Erwidern zu den insgesamt mehr als 620 Einwendungen. In dem Zusammenhang werden weitere Untersuchungen angestellt und vertiefende Planunterlagen erstellt und abgestimmt. Es wird angestrebt, im Sommer 2009 einen Erörterungstermin durchzuführen. Ich habe die Zahl der Einwendungen genannt; sie ist nicht unerheblich. Wir hoffen, dass der Plan hält. Die Erarbeitung des Planfeststellungsbeschlusses ist für das Jahr 2010 vorgesehen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 44**, Herr Abg. Lenz.

**Aloys Lenz (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welchen Stellenwert misst sie den öffentlichen Bibliotheken beim lebensbegleitenden Lernen zu?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin für Wissenschaft und Kunst.

**Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Abgeordneter, das lebensbegleitende Lernen, das die Landesregierung auf vielen Ebenen fördert, umfasst sowohl die berufliche Erst- und Weiterbildung als auch die allgemeine politische und kulturelle Bildung und zielt so auf die gesamte Persönlichkeit. Beschäftigungsfähigkeit, Lebensbewältigungskompetenzen und Kompetenzen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wirken zusammen. Ich erachte die Schaffung bestmöglicher Zugangsbedingungen zu Bildung, Qualifikation und gesellschaftlicher Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger jeden Alters als eine unverzichtbare öffentliche Aufgabe.

Das in Hessen bestehende dichte Netz öffentlicher Bibliotheken in den Schulen und Kommunen bietet Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen einen Zugang zur Welt des Buches und anderer elektronischer Medien. Bibliotheken sind berufene Helfer, wenn es darum geht, die Medienkompetenz, das Auswahl- und Beurteilungsvermögen gerade junger Nutzer und letztlich deren verantwortlichen Umgang mit Büchern und elektronischen Medien zu schulen und zu stärken. Sehr geehrter Herr Abgeordneter, das haben wir gestern auf dem Hessischen Bibliothekstag wieder eindrucksvoll erleben können.

Der zwischen dem Kultusministerium, meinem Haus und dem Landesverband Hessen des Deutschen Bibliotheksverbandes im Jahre 2005 geschlossene Kooperationsvertrag, an dessen Zustandekommen Sie, Herr Kollege Lenz, einen maßgeblichen Anteil hatten

(Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Minister Jürgen Banzer: Ehre, wem Ehre gebührt!)

– das ist ein wichtiges Anliegen, das haben alle ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen auf dem Hessischen Bibliothekstag gestern wieder eindeutig bekräftigt

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– stellt eine wertvolle Grundlage dar, auf der Kommunen und Schulträger in zahlreichen Fällen Vereinbarungen über den Unterhalt und Betrieb gemeinsamer Bibliotheken getroffen haben. Hierbei war die Fachstelle für öffentliche Bibliotheken an der Hessischen Landesbibliothek Wiesbaden beratend und prüfend tätig.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Sorge.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, Sie haben von dem in Hessen bestehenden dichten Netz gesprochen. Das ist zwar durchaus richtig, aber es wird im Wesentlichen von der kommunalen Seite finanziert. Wenn Ihnen die Bibliotheken so sehr am Herzen liegen, wie Sie es gerade geschildert haben: Um wie viel ist der Etat für die Bibliotheken im Haushaltsentwurf 2009 gestiegen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kühne-Hörmann, bitte.

**Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Ich reiche Ihnen die Zahlen nach. Ich habe gestern auf dem Bibliothekstag dargestellt, welche Beträge das im Einzelnen sind. Sie kommen aus unterschiedlichen Töpfen. Es gibt gerade im Lahn-Dill-Kreis Modellprojekte, die sehr gut funktionieren. Wir fördern zusätzlich mit Projektmitteln unterschiedlichster Herkunft. Ich werde Ihnen diese gerne noch einmal aufstellen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 45**, Herr Abg. Quanz.

**Lothar Quanz (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Warum fällt die sogenannte Sternchenregelung nicht auch für die Eingangsklassen an den Schulen für Lernhilfe ab dem kommenden Schuljahr weg?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Henzler.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Herr Abg. Quanz, bei Schulen für Lernhilfe ist der Schülermindestwert 8, die Schülerhöchstzahl 16. Bei diesen

Schulen gab es nie eine Sternchenregelung. Deshalb kann sie auch nicht wegfallen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Quanz.

**Lothar Quanz (SPD):**

Teilen Sie meine Einschätzung, dass sich die Arbeitsbedingungen an diesen Schulen nicht verbessert, sondern aufgrund verschiedener Ursachen eher verschlechtert haben? Wie wollen Sie die Arbeitsbedingungen verbessern?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin Henzler.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Herr Kollege Quanz, die durchschnittliche Schülerzahl an den Schulen für Lernhilfe ist 11,7. Ich erkenne natürlich an, dass insbesondere an diesen Schulen die Lernbedingungen und die Arbeitsbedingungen für die Lehrer mit Sicherheit schwierig sind. Wir verbessern aber die Lernbedingungen an allen Schulen. Dazu gehören natürlich auch die Schulen für Lernhilfe.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Quanz.

**Lothar Quanz (SPD):**

Sie sagten, es gab an diesen Schulen keine Sternchenregelung. Warum haben wir dann Stellungnahmen der Personalaräte, die genau das beklagen, dass nämlich eine Sternchenregelung sehr wohl existierte, wenn auch nicht in der Verordnung, so doch in der Praxis?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Henzler.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Ich habe Ihnen geantwortet, dass es in der Verordnung keine Sternchenregelung für Schulen für Lernhilfe gibt. Wenn es Schulen geben sollte, die die Sternchenregelung widerrechtlich praktizieren, dann nennen Sie bitte deren Namen. Dann kann man dem nachgehen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 46**, Herr Kollege Heidel.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Ich frage die Landesregierung:

*Ist der Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bekannt, dass einige Ökolandwirte die Impfung ihrer Tiere gegen die Blauzungenkrankeheit verweigern?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Herr Kollege Heidel, die Weigerung einiger Landwirte, empfängliche Tiere gegen die Blauzungenkrankheit impfen zu lassen, ist uns bekannt. In einem Fall ist ein Verwaltungsverfahren anhängig, es ist aber noch nicht abgeschlossen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Heidel.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Um wie viele Landwirte handelt es sich?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Ich kann Ihnen im Moment nicht sagen, wie viele es sind. Ich liefere Ihnen die Zahl aber gern nach.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe die **Frage 47** auf. Herr Abg. Quanz.

**Lothar Quanz (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Ist bei der geplanten Änderung des sogenannten Bezirksfachklassenverzeichnisses mit dem Abzug der Fleischer- und Bäckerberufe von den beiden Berufsschulen in Eschwege und Witzenhausen und der Verlagerung nach Kassel zu rechnen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Herr Abg. Quanz, die geplante Fortschreibung der Verordnung über die Bildung von schulträgerübergreifenden Schulbezirken für Fachklassen an Berufsschulen sieht weder für die Berufsschule in Eschwege noch für die in Witzenhausen eine Änderung bei den Bäcker- bzw. Fleischerberufen vor.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe die **Frage 48** auf. Herr Abg. Bocklet.

**Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie viele Anträge bzw. Nachfragen von Schulen nach Bezuschussung aus dem Härtefonds für warmes Mittagessen an Schulen für bedürftige Kinder wurden seit Bestehen des Fonds seitens der Landesregierung bzw. der Kübel-Stiftung abschlägig beschieden?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Banzer.

**Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:**

Herr Abg. Bocklet, wie viele Nachfragen gestellt wurden, kann ich nicht beantworten. Aber die Karl-Kübel-Stiftung hat seit Bestehen des Härtefonds insgesamt vier Anträge von Schulen abgelehnt, da diese Schulen die Anforderungen des Härtefonds nicht erfüllen konnten.

In der Vereinbarung zur Umsetzung des Härtefonds zur Mittagessenversorgung an hessischen Schulen zwischen dem damaligen Sozialministerium und der Karl-Kübel-Stiftung wurde unter anderem festgehalten, dass ein Zuschuss nur gewährt werden kann, wenn eine Schule in der Regel an mindestens drei Tagen pro Schulwoche ein warmes und ausgewogenes Mittagessen anbietet. Dies war bei den antragstellenden Schulen nicht der Fall, sodass den Anträgen nicht zugestimmt werden konnte. Dies ist in der Tat viermal vorgekommen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Bocklet.

**Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, können Sie ausschließen, dass Anträge aus finanziellen Gründen abschlägig beschieden worden sind? Uns ist zu Ohren gekommen, dass einigen Schulen gesagt wurde, es sei kein Geld mehr vorhanden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Banzer.

**Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:**

Es ist – soweit man das in diesen Tagen überhaupt sagen kann – ausreichend Geld vorhanden. Das war allenfalls eine falsche Auskunft. Die kann ich natürlich nicht ausschließen. Aber so etwas ist uns nicht bekannt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die **Frage 49** ist zurückgezogen worden.

Ich rufe die **Frage 50** auf. Herr Abg. Klose.

**Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie beurteilt sie die Tatsache, dass die Konversionstherapien von dem überwiegenden Teil der seriösen Wissenschaftler als unwissenschaftlich und riskant für das psychische Wohlbefinden abgelehnt werden?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Banzer.

**Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:**

Herr Abgeordneter, es kann nicht die Aufgabe der Landesregierung sein, Theorien zu beurteilen. Ungeachtet dessen hält die Landesregierung Homosexualität jedoch nicht für eine Krankheit und infolgedessen auch nicht für therapiebedürftig oder für einer Therapie zugänglich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Klose.

**Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, teilt denn die Landesregierung die Auffassung der Bundesregierung, dass sich – Zitat – „sogenannte Konversionstherapien“ einem empirisch-wissenschaftlichen Ansatz in der Bewertung entziehen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Banzer.

**Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:**

Unter dem Vorbehalt dessen, was ich soeben zu Fragen der Wissenschaft und der Forschung gesagt habe, teile ich diese Stellungnahme.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe die **Frage 51** auf. Herr Abg. Klose.

**Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie beurteilt sie „Konversionstherapien“ oder „Reparationstherapien“ als therapeutische Behandlungsform für Personen, die sich aufgrund homosexueller Neigungen in Identitätskonflikten befinden?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Banzer.

**Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:**

Die Landesregierung glaubt, dass man Krankheiten mit Therapien behandeln kann. Aus der Logik des eben Gesagten folgt jedoch, dass dies für Homosexualität nicht gilt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe die **Frage 52** auf. Frau Abg. Dorn.

**Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Aus welchen Gründen findet der „6. Internationale Kongress für Psychotherapie und Seelsorge“ vom 21. bis 24. Mai dieses Jahres in der Philipps-Universität Marburg, bei dem Referenten eingeladen sind, die Therapien für Homosexuelle propagieren mit dem Therapieziel der Veränderung hin zur Heterosexualität, die Billigung der Landesregierung?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Banzer.

**Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:**

Dieser Kongress findet nicht die Billigung der Landesregierung. Ich habe eben schon deutlich gemacht, dass wir wissenschaftliche Kongresse nicht zu billigen oder zu missbilligen haben.

Soweit Sie aber die Vermietung der Räumlichkeiten meinen, muss ich auf Folgendes hinweisen. Die Vermietung von Räumen der Philipps-Universität Marburg an die Akademie für Psychotherapie und Seelsorge, den Trägerverein des infrage stehenden Kongresses, erfolgte im Rahmen der Autonomie der Hochschulen durch den Präsidenten der Universität auf der Grundlage der geltenden Vermietungsbedingungen der Philipps-Universität Marburg vom 29. April 2004. Nach § 4 dieser Vermietungsbedingungen kommt eine Vermietung insbesondere zur Abhaltung von Tagungen und Kongressen von wissenschaftlichen und kulturellen Gesellschaften, Gruppen, Vereinen und Verbänden in Betracht.

Die Akademie für Psychotherapie und Seelsorge, die nach den auf der Homepage gemachten Angaben vom Finanzamt Bad Homburg als gemeinnützig für wissenschaftliche Zwecke anerkannt worden ist, erfüllt diese formalen Voraussetzungen. Die Vermietung bedarf weder der vorherigen Zustimmung noch der nachträglichen Billigung der Landesregierung.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe die **Frage 53** auf. Frau Abg. Dorn.

**Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bewertet sie den Versuch der Beeinflussung der Wissenschaft, wie es die aktuelle Diskussion um Konversionstherapien bei Homosexuellen anlässlich des „6. Internationalen Kongresses für Psychotherapie und Seelsorge“ zeigt?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Banzer.

**Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:**

Ich bleibe bei der Logik, an die ich mich bei meinen vorherigen Antworten gehalten habe: Wir beurteilen keine

wissenschaftlichen Kongresse. Die ansonsten von mir geäußerte Bewertung erhalte ich aufrecht.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Dorn.

**Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Das Mikrofon geht nicht.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich erläutere es noch einmal: Wenn Sie einmal auf die Taste drücken, erscheint bei mir ein roter Fleck. Daraus kann ich dann bei Ihnen einen grünen Fleck machen. Aber Sie können das nicht. Sie können, wenn Sie noch einmal auf die Taste drücken, wiederum einen roten Fleck daraus machen. Dieses Spiel geht unendlich so weiter. Das gilt für alle.

Ich mache jetzt einen grünen Fleck aus Ihnen.

(Allgemeine Heiterkeit – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr charmant!)

**Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich danke Ihnen herzlich. Ich bin an jedem Tag von Herzen grün.

Ich frage die Landesregierung, ob sie mit mir einer Meinung ist, dass Räumlichkeiten einer Universität andere Qualitäten als sonstige Räume in einer Stadt haben und dass eine Universität Signale an die Gesellschaft sendet.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Banzer.

**Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:**

Frau Abgeordnete, das sind sicher unterschiedliche Räumlichkeiten. Aber die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein ganz besonderes Gut, und deshalb verstehe ich, dass es sehr schwierig ist, festzulegen, nach welchen Regeln eine Universität diese Vermietungsentscheidung zu treffen hat.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe die **Frage 54** auf. Frau Abg. Schulz-Asche.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welches Ziel verfolgt sie mit dem öffentlich angekündigten Konzept zum Einsatz jugendlicher Testkäufer bei der Prävention des sogenannten „Koma-Saufens?“*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Banzer.

**Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:**

Ich wurde anlässlich eines Interviews gefragt, wie ich mich grundsätzlich zu Testkäufen stelle. Ich wurde nicht gefragt, ob wir seitens des Ministeriums beabsichtigen, Testkäufe durchzuführen.

Wenn diese Testkäufe z. B. aufgrund der Anregung der kommunalen Ebene durchgeführt werden, halte ich sie für ein geeignetes Instrument, um mit den Menschen aus den Verkaufsstellen in ein Gespräch zu kommen. Dabei kann man hinterfragen, warum diese Situation eingetreten ist.

Es ist völlig klar, dass Konzepte, die die Absicht hätten, Straftatbestände zu provozieren und daraus dann noch die Verhängung eines Bußgeldes herzuleiten, unter juristischen Aspekten ausgesprochen fragwürdig wären. Aber ich glaube, dass sich ein ganz interessanter pädagogischer und auch ein Diskussionseffekt ergeben, wenn eine solche Situation herbeigeführt und gesagt wird: Sie haben eben doch einem Jugendlichen Alkohol verkauft. Sind Ihnen die Bestimmungen nicht klar? Können wir einmal darüber reden, was dadurch angerichtet wird?

Das ist der Hintergrund meiner Überlegung gewesen. Wenn es im Rahmen eines Gesamtkonzeptes vorgesehen ist, glaube ich, dass man schon wirkungsvolle und vernünftige Effekte erzielen kann.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Abg. Schulz-Asche stellt eine Zusatzfrage.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ist das Mikrofon jetzt eingeschaltet? – Da leuchtet es weder rot noch grün.

(Zuruf: Das ist auch gut!)

Aber das ist egal.

(Zuruf)

– Es leuchtet auch nicht schwarz, gelb oder dunkelrot. Es leuchtet gar nicht.

Habe ich Ihre Antwort jetzt richtig verstanden, dass Sie sagen, auf kommunaler Ebene sei das im Prinzip eine Möglichkeit, aber auf Landesebene verzichten wir darauf? Habe ich Sie da richtig verstanden? Wenn ich Sie richtig verstanden habe, frage ich: Was sehen Sie dann vor, um die Kommunen bei dieser Arbeit zu unterstützen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Banzer, Sie haben das Wort.

**Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:**

Wir haben die Suchtberatung kommunalisiert. Die Mittel für die Suchtberatung sind an die Kommunen weitergegeben worden. Im Rahmen dieser Aktivitäten ist auch das Hauptgewicht der Präventionsarbeit lokal, also örtlich, zu leisten. Das gilt für all die Bereiche, bei denen es um Prävention geht.

Insofern unterstütze ich diese Maßnahmen. Aber ich glaube, der Arm der Landesregierung ist nicht lang genug

und reicht nicht weit genug, als dass wir das wirkungsvoll und effizient von der Dostojewskistraße aus organisieren könnten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Wir kommen zu **Frage 55** des Herrn Abg. Schmitt.

**Norbert Schmitt (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Warum wurde zum dritten Mal innerhalb weniger Jahre auf der Bundesautobahn 67 zwischen der Anschlussstelle Büttelborn und dem Rüsselsheimer Dreieck und natürlich auch jeweils in der Gegenrichtung eine Großbaustelle eingerichtet?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Verkehrsminister Posch, Sie haben das Wort.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Kollege Schmitt, ich versuche, das zu erklären. Es stimmt, dass es dort diese Probleme gegeben hat. Das fing 1995 an. In der Zeit von 1995 bis 1998 wurde in diesem Abschnitt der A 67 eine Betonfahrbahn eingebaut. Dabei sind durch sogenannte Alkali-Kieselsäure-Reaktionen im Beton Schäden eingetreten, die es erforderlich machten, die Betonfahrbahn bituminös zu überbauen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf Deutsch gesagt: Ihr habt es zugeschmiert!)

Diese Arbeiten wurden Ende September/Anfang Oktober 2008 beendet. Gleichzeitig hat sich die Notwendigkeit ergeben, in diesem Abschnitt die Entwässerungseinrichtungen am Mittelstreifen zu sanieren.

Da werden Sie fragen: Warum wurde das nicht gleichzeitig gemacht?

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut!)

Diese Arbeiten konnten nicht gleichzeitig mit der im Jahre 2008 abgeschlossenen Fahrbahnsanierung durchgeführt werden. Dafür waren zwei Gründe maßgebend.

Erstens. Die Arbeiten an der Entwässerungseinrichtung erfordern in größerem Umfang Erdbewegungen. Diese konnten nicht gleichzeitig mit den Deckenbaumaßnahmen durchgeführt werden, da die Fahrbahn bzw. die Unterlage ansonsten ständig mit neuen Schichten verschmutzt würde.

Zweitens. Für die Durchführung der Arbeiten an der Entwässerungseinrichtung des Mittelstreifens ist die zeitgleiche Sperrung des linken Fahrstreifens beider Fahrtrichtungen notwendig. Dies war aufgrund der Verkehrsführung zum Zeitpunkt der Deckenbaumaßnahme nicht möglich.

Ihre nächste Frage lautet vermutlich: Warum ist das nicht unmittelbar danach gemacht worden?

(Heiterkeit des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut!)

Ich habe mir Ihre Frage genau angeguckt und strukturiere dementsprechend die Antwort.

(Beifall bei der FDP)

Dass die Arbeiten an der Entwässerungseinrichtung mit der entsprechenden veränderten Verkehrsführung nicht direkt im Anschluss an die Sanierung der Fahrbahn begonnen wurden, liegt darin begründet, dass die Sanierung der Fahrbahn erst im Oktober 2008 beendet wurde und die Arbeiten an der Entwässerungseinrichtung während der Winterpause dann für längere Zeit hätten unterbrochen werden müssen. Den Verkehrsteilnehmern sollte nicht zugemutet werden, über längere Zeit die Behinderung durch eine Baustelle auf sich nehmen zu müssen, während die Bauarbeiten witterungsbedingt ruhen. Die Baustelle zur Sanierung der Entwässerungseinrichtung wurde deshalb erst nach der Winterpause eingerichtet.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Der Fragesteller hat all seine Fragen von Ihnen beantwortet bekommen. Die Zusatzfrage kommt von Herrn Kollegen Kaufmann.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Staatsminister, darf ich aufgrund meiner Zusatzfrage von Ihnen hören, ob dieses etwas merkwürdige bituminöse Vorgehen bei der Baustelle deshalb gewählt wurde, um bei den Autofahrerinnen und -fahrern das Gefühl eines staufreien Hessens zu erzeugen, nachdem die Baumaßnahme endlich abgeschlossen war?

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Posch, Sie haben das Wort.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Kollege Kaufmann, das kann ich nicht bestätigen. Aber ich habe gesagt, dass damals aufgrund einer Alkali-Kieselsäure-Reaktion Schäden im Beton eintraten. Offensichtlich wurde dann die Entscheidung getroffen, nicht wieder eine Betonfahrbahn zu wählen, sondern eine bituminöse Überbauung vorzunehmen.

Es gibt einen Streit darüber, ob man Beton oder Bitumen nehmen soll. In diesem Fall haben sich die Leute zugunsten der Variante mit dem Bitumen entschieden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Abg. Schott stellt eine Zusatzfrage.

**Marjana Schott (DIE LINKE):**

Wäre die umgekehrte Reihenfolge der Sanierung des Abschnittes nicht sinnvoller gewesen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Posch, Sie haben das Wort.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Ich habe mich bemüht, nachzuvollziehen, warum das über einen längeren Zeitraum so gemacht worden ist. Ich sehe da kein fehlerhaftes Verhalten der Straßen- und Verkehrsverwaltung.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Wir kommen zu **Frage 56** des Herrn Abg. Wagner aus dem Taunus.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wurde der einstimmige Beschluss des Landtags (Drucks. 16/5552) vom 9. Mai 2006 umgesetzt, wonach der systematische Aufbau eines flächendeckenden Netzes schulpsychologischer Dienste und die Sicherstellung einer fachpsychologischen Beratung der Schulen in Fragen der Gewaltprävention erforderlich sind?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin, Sie haben das Wort.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Herr Abg. Wagner, die Fraktionen der CDU und der FDP haben folgenden Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2009 eingebracht: Es wird beantragt werden, 15 Stellen der Besoldungsgruppe A 13 nach Kap. 05 52 – 422 00 für Psychologieräte, Kennung 008, umzusetzen. – Das bedeutet, es soll für jedes Staatliche Schulamt eine zusätzliche Stelle für Schulpsychologen geben. Damit werden wir den einstimmigen Beschluss des Landtags vom 9. Mai 2006 umsetzen, wonach der systematische Aufbau eines flächendeckenden Netzes schulpsychologischer Dienste und die Sicherstellung einer fachpsychologischen Beratung der Schulen hinsichtlich Fragen der Gewaltprävention erforderlich sind.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Wagner stellt eine Zusatzfrage.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, verstehe ich Ihre Antwort richtig, die besagt, dass es bis zum jetzigen Zeitpunkt dieses flächendeckende Netze nicht gibt und damit der Beschluss des Landtags seit drei Jahren nicht umgesetzt wurde?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Henzler, Sie haben das Wort.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Herr Kollege Wagner, bereits jetzt gibt es dieses flächendeckende Netz. Hessen befindet sich hinsichtlich der Anzahl der Schulpsychologen und auch hinsichtlich der Anzahl der Schülerinnen und Schüler im Mittelfeld der Länder der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben uns aber jetzt dazu entschlossen, dieses Netz noch enger zu knüpfen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Wagner stellt eine Zusatzfrage.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, könnten Sie diesem Landtag sagen, wie viele Schülerinnen und Schüler in Hessen auf einen Schulpsychologen kommen und ob Sie wirklich ernsthaft der Meinung sind, dass man angesichts dieser Relation von einer flächendeckenden Betreuung reden kann?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Henzler, Sie haben das Wort.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

In Hessen kommen 12.293 Schülerinnen und Schüler auf einen Schulpsychologen. In Rheinland-Pfalz sind es 14.040, in Schleswig-Holstein 21.530 und in Niedersachsen 26.324.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das flächendeckend? – Hermann Schaus (DIE LINKE): Und wie ist es in Berlin? – Gegenruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Berlin sind alle für den Senat abgestellt!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abg. Kaufmann stellt eine Zusatzfrage. Herr Kollege Kaufmann, vielleicht können Sie das Mikrofon von Ihrer Nachbarin nehmen, denn anscheinend haben wir einen Defekt in Ihrem Mikrofon.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, können Sie angesichts der Tatsache, dass der Antrag der CDU und der FDP als „eingebracht“ nicht vorliegt, ausschließen, dass bei den Koalitionsfraktionen die Absicht, einen solchen Antrag einzubringen, erst aufgrund der mündlichen Frage des Kollegen Wagner erzeugt wurde?

(Lachen des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin, Augenblick, ich muss erst einmal die Anlage korrigieren.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Herr Kollege Kaufmann, das kann ich sehr wohl abschließen, weil ich diesen Antrag schon länger kenne.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich habe jetzt noch eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, können Sie uns erklären, warum in der Vergangenheit die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die dasselbe Ziel hatten, immer abgelehnt wurden?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Herr Kollege Al-Wazir, Anträge von Fraktionen dieses Hauses werden von Mehrheiten dieses Hauses abgelehnt. So ist das. Da können andere Fraktionen nicht erklären, warum bestimmte Mehrheiten bestimmte Anträge abgelehnt haben.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, damit sind alle Zusatzfragen erschöpft. – Ich rufe die **Frage 57** auf. Frau Abg. Fuhrmann – halt, Herr Kollege Kahl.

**Reinhard Kahl (SPD):**

Im Auftrage der Frau Kollegin Fuhrmann frage ich die Landesregierung:

*Für wie viele Grundschülerinnen und Grundschüler wurden Mittel aus dem Härtefonds „Mittagessenversorgung an hessischen Schulen“ bis zum zweiten Schulhalbjahr 2008/2009 gewährt?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Banzer.

**Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:**

Herr Abgeordneter, bis zum 31. Januar 2009 wurden insgesamt 3.092 Schülerinnen und Schüler in Grund-, Haupt- und Realschulen mit Mitteln aus dem Härtefonds gefördert. Eine differenzierte Aufstellung nach Schulen ist nur dann möglich, wenn es sich um reine Grundschulen gehandelt hat. Von den genannten 3.092 Schülern lassen sich 1.740 reinen Grundschulen, 639 reinen Hauptschulen – wenn man in diesem Zusammenhang das Wort „rein“ verwenden will – und Realschulen zuordnen. Bei der restlichen Schülerzahl von 713 kann keine weitere Differenzierung nach den Bildungsgängen der Sekundarstufe I vorgenommen werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Jetzt die **Frage 58**, Frau Abg. Cárdenas.

**Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Ich frage die Landesregierung:

*Ist es zutreffend, dass das Kultusministerium entgegen seiner permanenten Absichtsbekundungen, die „Eigenverantwortlichkeit“ von Schulen zu steigern, den Antrag der Kerschensteinerschule auf einen Schulversuch, der von Ortsbeirat, Schulgemeinde und Bildungsdezernat unterstützt wurde, abgelehnt hat, wie dies der „Frankfurter Rundschau“ vom 24. April 2009 zu entnehmen war?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin Henzler.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Frau Abg. Cárdenas, mit Erlass vom 1. April 2009 wurde der Antrag der Kerschensteinerschule, Grund- und Hauptschule in Frankfurt, auf Umwandlung der Schule in eine Kompetenzschule abgelehnt. Dies geschah aber nicht entgegen der von mir ausdrücklich unterstützten Entwicklung der Schulen zu mehr Eigenverantwortlichkeit hin, sondern weil sich die Kerschensteinerschule in ihrem Konzept außerhalb des hessischen Schulrechts bewegt. Sie hat ihr Konzept bereits rechtswidrig seit Beginn des Schuljahres 2008/2009 eigenmächtig umgesetzt. Als Beispiele sind hier nur die Aufhebung der Stundentafel, der Wegfall von Klassenarbeiten, Lernkontrollen und Notengebung zu nennen.

Der Antrag der Schule war am 09.01.2009 im Kultusministerium eingegangen. Im Vorfeld war die Schulleiterin in mehreren Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern des Staatlichen Schulamtes wie auch des Kultusministeriums darauf hingewiesen worden, dass der Antrag in der vorliegenden Form, soweit er erhebliche inhaltliche und organisatorische Änderungen in den Jahrgangsstufen 5 bis 7 vorsieht, nicht genehmigungsfähig ist. Ihr wurde eine Vielzahl von Änderungsvorschlägen unterbreitet, die sie aber nicht aufgegriffen hat.

Im Übrigen wurde die Schulleiterin darauf hingewiesen, dass viele ihrer Vorstellungen in Teilen bereits jetzt möglich und zulässig sind. Ergänzend merke ich an, dass seitens des Schulträgers zum Antrag der Schule kein zustimmendes oder unterstützendes Votum vorliegt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Der Kollege Wagner hat eine Zusatzfrage.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, angesichts der von Ihnen eben geschilderten Versagensgründe: Wie war es dann möglich, dass sich Ihr Amtsvorgänger Jürgen Banzer in öffentlichen Statements äußerst positiv zu diesem Schulversuch geäußert hat?



**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Henzler.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Herr Kollege Wagner, es gibt mit Sicherheit an diesem Schulversuch positive Dinge. Die können im Rahmen der Schulgesetzgebung verwirklicht werden. Aber es gibt in diesem Schulversuch auch Dinge, die nicht verwirklicht werden können, weil sie eben nicht dem Gesetz entsprechen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frage 59, Frau Abg. Cárdenas.

**Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Es ist nicht rot. – Ich frage die Landesregierung:

*Wie viele Schulen haben bisher von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, von G 8 zu G 9 zurückzugehen?*

Es ist auch nicht grün.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, die Farben sind bei mir vorhanden. Ich ergänze sogar noch. Wenn sie falsch sind, dann werden sie schwarz durchkreuzt. Vielleicht verhindert das den Druck zum falschen Zeitpunkt.

(Heiterkeit)

Frau Kultusministerin.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Frau Abg. Cárdenas, im Schuljahr 2008/2009 und zum kommenden Schuljahr 2009/2010 sind jeweils 22 Schulen von G 8 nach G 9 zurückgekehrt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frage beantwortet. – **Frage 60**, Herr Abg. Müller (Heidenrod).

**Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Schutzmaßnahmen bestehen bei hessischen Gerichten, um Amokläufe oder Schießereien wie kürzlich im Landgericht Landshut zu verhindern?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Justizminister Hahn.

**Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:**

An allen hessischen Landgerichten und allen Präsidialamtsgerichten werden sämtliche Besucherinnen und Besucher Eingangskontrollen unterzogen. Beim Betreten der Gerichtsgebäude muss ein Metalldetektorrahmen

durchschritten werden. Für eventuelle Nachuntersuchungen stehen Handsonden zur Verfügung.

Lediglich das Landgericht Marburg hat bisher eine entsprechende Ausstattung abgelehnt. Die finanziellen Mittel stehen jedoch zur Verfügung. Bei kleineren Amtsgerichten erfolgen entsprechende Kontrollen nur anlassbezogen, d. h. bei Anhaltspunkten für eine besondere Sicherheitsbedürftigkeit. Diese Kontrollmaßnahmen haben sich hessenweit bewährt.

Entgegen ersten Befürchtungen führen sie zu keinen nennenswerten Beeinträchtigungen, z. B. durch Wartezeiten. Obwohl die Maßnahmen ein Höchstmaß an Sicherheit bieten, können sie gleichwohl keine absolute Garantie für die Verhinderung von Wahnsinnstaten oder Amokläufen bieten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ist die Landesregierung bereit, den ehemaligen Justizminister Rupert von Plottnitz für die Einführung dieser Kontrollen im Jahre 2009 zu loben?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Hahn.

**Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:**

Wenn sich Ihr Gedächtnis mit dem meinen deckt, so ist es in der Verantwortung des Kollegen Rupert von Plottnitz passiert. Sicherlich hat bereits der damalige justizpolitische Sprecher der FDP-Fraktion diese Maßnahme gutgeheißen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Günter Schork (CDU))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Jetzt können wir gleich zu **Frage 61** kommen. Herr Kollege Frömmrich.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie kommt es, dass sie bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage des Abg. Günter Rudolph betreffend außerplanmäßige Beförderungen durch die geschäftsführende Landesregierung in der 17. Wahlperiode (Drucks. 18/98) sehr penibel auf den Wortlaut der Fragestellungen achtet, aber bei der Beantwortung der Fragen Ministeriumsbezeichnungen verwendet, die es zum Zeitpunkt der abgefragten Sachverhalte noch gar nicht gab?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Herr Kollege Frömmrich, erst einmal herzlichen Dank für diese Frage, denn mit dem Hinweis auf das penible Handeln der Landesregierung attestieren Sie, wenn Sie die Synonyme für „penibel“ sehen, der Landesregierung gewissenhaftes, ordentliches und sorgfältiges Arbeiten. Genau das ist der Anspruch, den wir haben.

(Lachen des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Insofern hat sich die Landesregierung bei der Beantwortung dieser Kleinen Anfrage daran orientiert, dass erstens die Kleine Anfrage bereits in der neuen Legislaturperiode gestellt worden ist und sich die Landesregierung konstituiert hatte, es also folgerichtig gewesen ist, die aktuelle Ministeriumsbezeichnung zu verwenden.

Es hatte zweitens den Zweck, Irritationen bei der Abgabe der Antwort zu vermeiden. Gleichzeitig sollte damit auch der Zweck erfüllt werden, die neuen Bezeichnungen ein Stück mehr zu etablieren.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Frömmrich.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Wird die Landesregierung in Zukunft, anstatt an der Fragestellung der Abgeordneten herumzumäkeln, eher darauf achten, bei der Beantwortung so präzise zu sein, dass die abgefragten Sachverhalte beantwortet werden und nicht Sachverhalte, die in der Zukunft liegen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Herr Kollege Frömmrich, die Frage ist für mich nicht ganz verständlich; denn Sie sprechen selbst in Ihrer Frage gerade von „Penibilität“, und ich habe Ihnen gerade gesagt, wenn man nachschaut, was „penibel“ heißt, so stellt man fest, das ist ein Synonym für: sehr ordentlich, gewissenhaft.

Insofern haben wir uns genau daran gehalten und das beantwortet, was der Fragesteller gefragt hat – und dies sehr penibel, wie Sie in Ihrer Frage selbst mitgeteilt haben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Wagner.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Staatsminister Grüttner, wäre es nicht penibel oder sehr ordentlich, wenn man einen Fehler gemacht hat, das einfach einmal zuzugeben?

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Ja – wenn man einen gemacht hat.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, die Fragestunde ist beendet.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Zuruf des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Regierungserklärung des Hessischen Ministers der Justiz, für Integration und Europa betreffend „Der europäische Integrationsprozess für Frieden und Demokratie“**

Dazu rufen wir mit auf **Tagesordnungspunkt 28:**

**Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Verbesserung der Rechtsetzung in der Europäischen Union – Drucks. 18/266 –**

sowie **Tagesordnungspunkt 32:**

**Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend CDU und FDP sabotieren EU-Gleichbehandlungspolitik – Drucks. 18/366 –**

Wir haben noch einen weiteren Tagesordnungspunkt dazu aufzurufen, ich habe diesen SPD-Antrag vorhin genannt. Sie wissen Bescheid, worum es geht. Alle sind aufgerufen.

(Günter Rudolph (SPD): Ja, Drucks. 18/432!)

– Danke schön. Es geht um **Drucks. 18/432**, die ist ebenfalls aufgerufen.

Die vereinbarte Redezeit beträgt 30 Minuten je Fraktion. Zuerst Herr Minister Hahn. Bitte schön, Sie haben das Wort zur Regierungserklärung.

**Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem, fast möchte ich sagen, historischen, Jahr gibt eine Reihe großer und wichtiger Jubiläen Anlass zum Feiern, aber auch zum Nachdenken:

Vor 90 Jahren trat die erste republikanische Verfassung in Deutschland in Kraft, 20 Jahre später, 1939, ging von deutschem Boden der Zweite Weltkrieg aus.

Am 23. Mai feiern wir den 60. Geburtstag unseres Grundgesetzes und blicken zurück auf 30 Jahre Direktwahl des Europäischen Parlaments.

Vor 20 Jahren fiel die Berliner Mauer – Auswirkung und sichtbares Zeichen der Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Erst dieser Fall machte den Beitritt von acht mittelosteuropäischen Staaten sowie Malta und Zypern vor fünf Jahren möglich.

5 Jahre, 20, 30, 60, 90 – meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dies macht uns sehr deutlich, dass die Geschichte der Freiheit und die Geschichte des Friedens in Europa ein immerwährender Prozess ist.

Vor zehn Jahren, am 1. Januar 1999, wurde der Euro als Buchgeld eingeführt. Von vielen Bürgerinnen und Bürgern auch in Deutschland zunächst mit Skepsis verfolgt, hat sich dieser in den letzten Jahren zu einer stabilen Währung entwickelt, die in der heutigen Finanz- und Wirtschaftskrise von ganz besonders großem Nutzen ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass die Europäische Union der Rahmen ist, in dem wir Europäer uns seit Jahren bewegen und in Zukunft bewegen werden. Diese Erfolgsgeschichte ist verbunden mit einer Vielzahl von Beitritten. Von zunächst sechs Mitgliedstaaten ist die Europäische Union auf heute 27 angewachsen, und weitere stehen vor den Toren und klopfen an.

Die Geschichte hat auch gezeigt, dass beides – Mauerfall und Osterweiterung der EU – zusammengehört: Die Wiedervereinigung Deutschlands war ein bedeutender Schritt auf dem Weg zur europäischen Integration. Die deutsche Einheit wäre unvollkommen geblieben, wäre nicht die Einigung Europas gefolgt.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Diese wichtigen Wegmarken erinnern uns nicht nur daran, dass freie Wahlen als Grundelement einer demokratischen Verfassung in Deutschland und in Europa nicht immer möglich und selbstverständlich waren. Sie machen uns vielmehr deutlich, was der europäische Integrationsprozess uns auch in Deutschland gebracht hat. Für Deutschland und den Kontinent ist die Europäische Union ein Garant für Frieden, Freiheit, politische Stabilität, Sicherheit und Wohlstand, für Menschenrechte und für die Menschenwürde.

Auch wenn die Geschichte der Europäischen Union mit einer Wirtschaftsunion begann und heute bei vielen der Blick sich wieder auf die Wirtschaft zu verengen scheint, so ist doch die Union weit mehr als nur eine Wirtschaftsunion: Sie ist eine Werte- und Kulturgemeinschaft. Europa hat seine Identität in einem von Christentum, Humanismus und Aufklärung geprägten Menschenbild, und es hat seinen Kern in der Würde und Einzigartigkeit des Individuums, in seiner Freiheit, selbst über sein Schicksal zu bestimmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Diskussionen, die ich in den letzten Tagen insbesondere mit jungen Menschen geführt habe, haben gezeigt, dass viele die Werte, für die die Europäische Union steht, nicht mehr richtig kennen. Deshalb ist es gerade in einem Jahr, in dem die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert sind, ihre, unsere Vertreter in das Europäische Parlament zu wählen, wichtig, an diese Werte zu erinnern und auf die großen Errungenschaften Europas hinzuweisen.

Sehr verehrte Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal einen Schritt zurückgehen und einen Blick auf die Anfänge der Europäischen Union werfen.

Denken wir einen Moment an Robert Schuman, Alcide de Gasperi, Jean Monnet, Konrad Adenauer: die Gründerväter der Europäischen Union. Diese versprachen sich durch eine gemeinsame Kontrolle über die Stahl- und Kohleindustrie ein Ende der Kriege und Krisen auf dem europäischen Kontinent. Diese Art des Abgebens von Souveränität an eine Staatengemeinschaft war nur wenige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs ein mutiger

Schritt. Letztlich hat die Geschichte aber gezeigt, dass die Unterzeichnung des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl Anfang der Fünfzigerjahre der einzig richtige Schritt war, um langfristig Frieden und Wohlstand in Europa zu sichern.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn sich in den heutigen Tagen und Wochen der eine oder andere darüber aufregt, dass die Gurken nicht gerade seien,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aufgehoben!)

die Glühbirnen nicht mehr in die Fassung passen oder was auch immer passieren soll, der Prozentsatz des Salzes im Brot vorgeschrieben wird – meine sehr verehrten Damen und Herren, das alles ist unwichtig gegenüber dem Erfolg, den die Europäische Union hat: seit 60 Jahren Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit ihrer Gründung hat die Europäische Union einen langen Weg zurückgelegt. Sie ist das Modell für das Zusammenwachsen eines ganzen Kontinentes unter dem Banner der Freiheit und der Demokratie. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Grundvoraussetzung für die Aufnahme in die Staatengemeinschaft der Europäischen Union eine funktionierende Demokratie ist. Für diesen Demokratisierungsprozess innerhalb der Union spielt das Europäische Parlament eine wesentliche Rolle.

Am Anfang der Geschichte des Europäischen Parlaments stand eine Versammlung mit 78 Parlamentariern, die 1952 mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl geschaffen wurde. Sie trug nicht den Namen Parlament, sondern den Namen Gemeinsame Versammlung und hatte ausschließlich beratende Funktionen. Ihre Mitglieder wurden nicht direkt gewählt, sondern von den nationalen Parlamenten entsandt.

Mit der Ausweitung einer zunächst reinen wirtschaftlichen Gemeinschaft hin zu einer politischen Union wurden die Kompetenzen des Europaparlaments gestärkt.

Dies führte im Jahre 1979 – vor genau 30 Jahren, meine sehr verehrten Damen und Herren – dazu, dass das Europäische Parlament erstmals direkt von den Bürgerinnen und Bürgern der damals noch neun Mitgliedstaaten gewählt wurde. Man erhoffte sich durch diesen Wahllakt eine verstärkte Anerkennung der europäischen Vereinigung innerhalb der Bevölkerung. Es war ein entscheidender Schritt für die demokratische Legitimation dieses Parlaments.

Heute, im 30. Jahr seiner Direktwahl, ist das Europäische Parlament das größte multinationale Parlament der Welt: Seine derzeit 785 Abgeordneten aus 27 Nationen vertreten rund 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Das Europäische Parlament repräsentiert damit die zweitgrößte Demokratie der Welt und spiegelt die ganze Bandbreite europäischer Kultur und Vielfalt wider.

In Deutschland sind am 7. Juni rund 64,3 Millionen Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, zur Wahl zu gehen. Ich finde es interessant, dass neben den 62,2 Millionen Bundesbürgern auch 2,1 Millionen Unionsbürger anderer Nationalitäten zur Wahl zugelassen sind. Zu den Wahlberechtigten gehören knapp 4,6 Millionen Erstwählerinnen

und -wähler. In Hessen, in unserer Heimat, sind von den rund 4,6 Millionen Wahlberechtigten 220.000 nicht deutsche EU-Bürger. Die größte Gruppe wahlberechtigter EU-Ausländer stellen übrigens die Italiener, gefolgt von den Polen und Griechen. Und es sind fast 290.000 junge Menschen aufgerufen, zum ersten Mal an einer Europawahl teilzunehmen.

Wie im Vertrag von Nizza festgelegt, wird sich das Europäische Parlament nach der diesjährigen Wahl nicht so belassen, wie es ist. Es wird auf 736 Sitze verkleinert. 99 davon entfallen auf deutsche Abgeordnete. Wenn hoffentlich der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt, bleibt diese Anzahl, die 99 Sitze, bestehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, welche Bedeutung hat das Europäische Parlament für die Bürgerinnen und Bürger? Europa mischt sich heute ganz konkret in die Lebensbereiche eines jeden Einzelnen ein und bestimmt unser Leben in vielfältiger Form. Es darf den Bürgerinnen und Bürgern deshalb nicht gleichgültig sein, wie diese Fragen der politischen Gestaltung im Entscheidungsprozess nach vorne gebracht werden.

Das Europäische Parlament ist inzwischen in der Gesetzgebung ein politischer Machtfaktor. 75 % der EU-Gesetzgebungsverfahren sind mit dem EU-Parlament und dem Ministerrat gemeinsam zu verabschieden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen im hessischen Parlament, wir müssen uns vor Augen führen, dass 70 % der Gesetze, die in unserem Bundesland Anwendung finden, ihre Grundlage im Europarecht haben. 25 % der Gesetze, die in Hessen Anwendung finden, haben ihre Grundlage im Bundesrecht, und nur – in aller Bescheidenheit – 5 % der Gesetze, die Grundlage für die Bürgerinnen und Bürger sind, verabschieden wir im Hessischen Landtag. Ich sage das einmal sehr deutlich, nicht um die Wichtigkeit des Hessischen Landtags zu dokumentieren, sondern um deutlich zu machen: Europa greift in das Leben der Menschen in unserem Lande ganz, ganz heftig ein. Deshalb müssen wir uns als Bürgerinnen und Bürger auch um die Europapolitik kümmern.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie der Abg. Lothar Quanz und Dr. Michael Reuter (SPD))

Hier geht es nicht um abstrakte Dinge, sondern um solche, die den Alltag eines jeden Einzelnen prägen, wie die Qualitätssicherung von Lebensmitteln, die Qualität von Luft und Wasser, die Sicherung von Spielzeug und die Handygebühren für das Telefonat im Urlaub; und ich habe ganz bewusst nur ganz wenig genannt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Europäische Parlament ist zudem ein einflussreicher, nicht zu unterschätzender Akteur im Entscheidungsprozess der Europäischen Union insgesamt. So überwachen unsere Parlamentarierkollegen im Europäischen Parlament das Handeln anderer EU-Institutionen. Dadurch, dass Ministerrat, Kommission und Europäische Zentralbank hier ihr politisches Handeln rechtfertigen müssen, wird die europäische Politik ein großes Stück transparenter, attraktiver und bürgernäher.

(Beifall der Abg. Wolfgang Greilich (FDP) und Axel Wintermeyer (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen, es gibt viele gute Gründe für die Europawahl. Der wichtigste Grund ist aber, dass das Europäische Parlament als einzige direkt gewählte EU-Institution die Stimme der Bür-

gerinnen und Bürger ist. Über ihren Abgeordneten nehmen wir Bürger direkten Einfluss auf die EU-Politik.

Trotz der steigenden Bedeutung des Europaparlaments haben die Prozentzahlen der Beteiligung an den Wahlen in den letzten Jahrzehnten aber leider kontinuierlich abgenommen. Gingen 1979 noch rund 67 % der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger der damals noch neun Mitgliedstaaten zur Wahl, waren es im Jahr 2004 nur noch 43 %. Ich muss Ihnen gestehen, wir müssen uns immer wieder daran erinnern, dass wir in Hessen die rote Laterne in Deutschland getragen haben. In Hessen sind gerade einmal 37,8 % der Bürgerinnen und Bürger bei der letzten Direktwahl zum Europäischen Parlament zum Wählen gegangen. Ich finde, es ist ein Auftrag an uns in der Politik, an die Freunde Europas und an die Medien, dass wir es schaffen, dass die Wahlbeteiligung in wenigen Wochen auch in Hessen wieder auf über 40 % steigt.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie der Abg. Lothar Quanz und Dr. Michael Reuter (SPD))

Um die Bürgerinnen und Bürger für die Arbeit und die Ideen der Europäischen Union zu interessieren und zu mobilisieren, müssen wir konsequente Aufklärung über die EU, ihre Kompetenzen und Institutionen erteilen. Die Hessische Landesregierung begleitet deshalb mit einer Vielzahl von Aktionen die Wahlen zum Europäischen Parlament. Dazu gehört neben Info-Flyern auch die gezielte Ansprache von jungen Erstwählerinnen und -wählern, wie z. B. im Februar der EU-Projekttag an Schulen oder die Vielzahl von Veranstaltungen während der diesjährigen Europawoche, die in der vergangenen Woche begangen worden sind.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich Ihnen namens der Landesregierung ausdrücklich danken. Ich habe an vielen Veranstaltungen teilgenommen, und ich habe über viele Veranstaltungen gelesen. Dabei habe ich festgestellt, dass fast immer Mitglieder des Hessischen Landtags anwesend waren und für die Europaidee geworben haben, egal welcher Partei sie angehören. Vielen herzlichen Dank an Sie, die Kollegen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Das nachlassende Interesse an der Europawahl fällt aber auch zusammen mit einer insgesamt zu verzeichnenden Europaskepsis. Dabei stehen wir angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise vor großen Herausforderungen, die ein deutsches Land wie Hessen, aber auch Mitgliedstaaten wie die Bundesrepublik Deutschland nicht allein werden meistern können. Das Thema Europa ist daher von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes.

Lassen Sie mich damit ausführlicher auf die Ziele und Inhalte der hessischen Europapolitik eingehen:

Ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Europapolitik wird in den kommenden Monaten die Verbesserung der Europafähigkeit des Landes und die Stärkung der Landesvertretung in Brüssel sein. Europapolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Innenpolitik. Jedes Ressort und jeder Fachausschuss sind von den europäischen Vorhaben betroffen. Es ist daher wichtig, dass in jedem Ressort eine Europakoordination in den Ministerbüros angelegt wird.

Genauso bedeutend ist eine angemessene Repräsentanz in Brüssel. Wir müssen erkennen, dass die europäische Ebene neben der regionalen und nationalen Ebene eine entscheidende Bühne darstellt, auf der wir aktiv sind und unsere hessischen Interessen nachdrücklich wahrnehmen.

Entscheidend sind sowohl ein frühzeitiges und nachdrückliches Auftreten der Hessischen Landesregierung in Brüssel, Luxemburg und Straßburg sowie in Europaangelegenheiten gegenüber der Bundesregierung als auch die Fähigkeit zur Durchsetzung hessischer Interessen durch Nutzung von interregionalen Netzwerken.

Ein weiterer, ein zweiter Schwerpunkt ist die Stärkung der europäischen Dimension des Wirtschafts-, Verkehrs- und Finanzstandortes Hessen. Hessen muss seine starke internationale Wettbewerbsstellung als herausragende europäische Wirtschaftsregion mit Frankfurt am Main als internationales Verkehrsdrehkreuz, als Finanzzentrum und bedeutender Versicherungsstandort der Eurozone und Sitz der Europäischen Zentralbank beibehalten.

Um den Finanzplatz Frankfurt am Main zu stärken, hat die Hessische Landesregierung einigtes vor:

Erstens. Wir wollen dazu beitragen, dass die europäische Versicherungs- und Finanzaufsicht mit Sitz der neuen europäischen Bankenaufsicht in Frankfurt am Main neu gestaltet wird.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Zweitens. Wir werden das House of Finance zu einem wissenschaftlichen Kompetenzzentrum und einem Aushängeschild europäischer Finanzforschung und -lehre weiterentwickeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Drittens. Wir werden alle wirtschaftsfördernden Aktivitäten des Landes Hessen und die Beratung über die Förderprogramme in einem Antragskompetenzzentrum bündeln und konzentrieren.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Na endlich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dabei ist mir das neue Antragskompetenzzentrum besonders wichtig. Dieses steht als Servicestelle des Landes interessierten Dritten mit Rat und Tat zur Seite und wird die bereits bestehenden Beratungsstellen unterstützen und vernetzen. Mein Ziel ist es, so eine bestmögliche Förderquote aus europäischen Mitteln für das Land Hessen zu erreichen.

Nicht zuletzt müssen wir auch mehr dafür tun, gut ausgebildete Menschen nach Hessen zu holen. Deshalb will die Hessische Landesregierung mit Stipendiatenprogrammen für Fach- und Führungskräfte in ausgewählten Ländern deren Hessen-Bindung unterstützen.

Von direkter Relevanz für die wirtschaftliche Stärke Hessens in Europa ist aber auch das Engagement der Landesregierung zur Stärkung der deutschen Sprache in Europa. Fast 100 Millionen Menschen haben in der Europäischen Union Deutsch als Muttersprache. Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen – das tue ich ganz bewusst in Kontinuität zu meinem Vorgänger Volker Hoff –, dass die deutsche Sprache gegenüber dem Englischen und Französischen innerhalb der Institutionen der EU gleich behandelt wird. Hierbei geht es nicht darum, die Sprachfähigkeit von Europaabgeordneten zu testen. Hierbei geht es darum, den deutschen und hessischen Unternehmen, Vereinen und Bürgern bei Ausschreibungen und Förderanträgen die gleichen Voraussetzungen zu verschaffen, wie sie ihre Konkurrenten in anderen europäischen Staaten haben. Der Wettbewerb darf nicht darunter leiden, dass die deutsche Sprache bei Ausschreibungen vernachlässigt wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Gerade für Hessen als Wirtschaftsstandort spielen Bildungs- und Innovationspolitik eine gewichtige Rolle. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass der Europabezug in der Bildung gestärkt wird und entsprechende Initiativen in allen Bildungseinrichtungen fortgeführt und intensiviert werden. Um unsere Jugend fit für den europäischen Wettbewerb zu machen, wollen und müssen wir das Erlernen von Fremdsprachen fördern.

In der Hochschulpolitik werden wir die Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre in den Geistes- und in den Naturwissenschaften so ausgestalten, dass die hessischen Hochschulen zu herausragenden Leistungen im nationalen, aber natürlich auch im internationalen Vergleich fähig sind. Dazu wollen wir die universitäre und die außeruniversitäre Forschung besser vernetzen und diese stärker in die europäische Forschungspolitik integrieren.

Um das Profil unseres Bundeslandes im internationalen Wettbewerb zu stärken, treiben wir die Internationalisierung und Außenwissenschaftspolitik voran. Wir wollen die internationale Mobilität von Studierenden steigern und den Austausch von Wissenschaftlern verstärken. Die Wissenschaftskooperationen mit den Partnerregionen in Europa, mit Vietnam, den USA und Australien sowie die Vietnamesisch-Deutsche Universität wird das Land Hessen weiter erheblich unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen eine schlankere und effizientere Europäische Union. Für die Hessische Landesregierung ist die sogenannte bessere Rechtsetzung im Bereich der Europäischen Union deshalb ein wichtiges Schwerpunktthema. Dies zeigt auch der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zu diesem Thema, der Ihnen bereits vorliegt und den wir nach dem Aufruf des Präsidenten gemeinsam behandeln.

In den schwierigen Zeiten von Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Europäische Kommission mehr denn je gefordert, konsequent und zügig Bürokratie abzubauen. Initiativen für eine bessere Rechtsetzung, insbesondere der Abbau von Bürokratie- und Statistiklasten, sind und bleiben eine dauerhafte Herausforderung für alle Ebenen im europäischen Mehrebenensystem. Wichtig ist, dass die Reformbemühungen zu spürbaren Entlastungen bei den Unternehmen, in den öffentlichen Verwaltungen und nicht zuletzt beim Bürger selbst führen. Wichtig ist auch, dass Bund, Länder und die EU bessere Rechtsetzung konsequent als Selbstverpflichtung begreifen.

In der Europäischen Union steht „better regulation“ seit der Deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 ganz oben auf der Agenda. Die EU hat sich als Zielmarke gesetzt, bis zum Jahr 2012 – das ist in drei Jahren – 25 % der Bürokratielasten abzubauen. Bisher hält die Kommission auch ihrem Bekunden nach an dem gesetzten Ziel fest. Sie hat in diesem Zusammenhang zudem Initiativen zur Gesetzesfolgenabschätzung und zur Rechtsvereinfachung gestartet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe allerdings erhebliche Zweifel daran, dass die bisherigen Bemühungen der Kommission ausreichen, um den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Anforderungen zu begegnen. Ich bin der festen Überzeugung, dass das ehrgeizige Ziel „25 % bis 2012“ nur erreicht werden kann, wenn die Europäische Union ihre Anstrengungen verschärft und sich die europäischen Institutionen auf einen gemeinsamen verbindlichen Fahrplan einigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Erforderlich ist ein klares Konzept für bessere Rechtsetzung und für Bürokratieabbau auf EU-Ebene, bei dem nicht, wie bisher, alle EU-Institutionen getrennt voneinander ihre Beiträge zur Zielerreichung vorantreiben. Wir brauchen einen Fahrplan „aus einem Guss“, abgestimmt zwischen Kommission, Rat und dem Europäischen Parlament.

Vor allem ist es wichtig, die künftige Rolle der bei der Kommission angesiedelten sogenannten Stoiber-Gruppe zu überdenken. Hier sehe ich ein großes Defizit und erhebliche strukturelle Mängel.

(Beifall des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Wir brauchen für einen effektiven EU-weiten Bürokratieabbau ein Gremium außerhalb der Kommissionsstrukturen, das wirklich unabhängig – so wie auf Bundesebene der Normenkontrollrat – Bürokratiekosten misst und umsetzbare Reduzierungsvorschläge erarbeitet.

Lieber Herr Kollege parlamentarischer Geschäftsführer, das Reizwort „Stoiber“ braucht man in dem Zusammenhang nicht als ein solches Reizwort aufzunehmen, wie Sie es gerade getan haben, sondern es ist ein strukturelles Problem der EU.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Wir wollen das Problem lösen! – Matthias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stoiber ist ein Problem, das ist richtig!)

– Wir können uns gern mit Stoiber auseinandersetzen. Aber ich glaube, dass das in diesem Zusammenhang nicht von so besonders großer Bedeutung ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will der Debatte über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und FDP nicht vorgreifen. Ich stelle für die Landesregierung fest, dass wir eine Entschlackung der Normen auf europäischer Ebene erwarten. Für uns ist eine starke EU eine schlanke EU, die die Subsidiarität beachtet und die nationalen und regionalen Parlamente ihre Arbeit machen lässt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich bitte noch auf die Möglichkeiten eines Landes wie Hessen eingehen, im Rahmen der europäischen Einigung das Zusammenleben der Menschen zu verbessern. Eine davon sind Regionalpartnerschaften. Nur im wechselseitigen Kennenlernen, im Austausch des Lebensalltags, gelingt ein Zusammenwachsen der unterschiedlichen Nationen, die die Europäische Union ungewiss unter einem Dach beheimatet.

Um auf europäischer Ebene möglichst effizient zusammenzuarbeiten, haben wir, die Hessen, das erste und einzige Mehrregionenhaus – nicht Mehrgenerationen-, sondern Mehrregionenhaus – in Brüssel gegründet. Kollegen aus der Aquitaine, aus der Emilia-Romagna, aus der Wielkopolska und aus Hessen arbeiten hier eng vernetzt zusammen, um für ihre Regionen das Bestmögliche zu erreichen. Diese Zusammenarbeit mit unseren Regionalpartnern in der EU werden wir intensivieren und die Partnerschaften mit den Regionen außerhalb der EU – Wisconsin, Jaroslavl und den beiden chinesischen Provinzen Hunan und Jianxi – politisch und wirtschaftlich weiterentwickeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine neue Partnerschaft planen wir mit einer Region in der Türkei. Hier

prüfen wir gerade, welche Region dafür besonders infrage kommt. Ich glaube, wir sind klug beraten, auch nach den Regionalpartnerschaften zwischen hessischen Kommunen und türkischen Kommunen zu schauen; und möglicherweise bietet sich dann sogar eine Region an, in der es bereits eine Reihe derartiger Regionalpartnerschaften gibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Hessische Landesregierung hat den Willen, dass Hessen als Land in der Mitte Deutschlands und im Herzen Europas als leistungsstarke Zukunftsregion seinen Einfluss in der Landes-, Bundes- und Europapolitik entschlossen nutzt. Dabei sehen wir die Europapolitik nicht als weiche Wohlfühlpolitik oder als Betätigungsfeld für Harmoniesüchtige, sondern durchaus auch als eine harte Interessenpolitik an.

Für unser Land, für Hessen, hat der europäische Einigungsprozess zuallererst Frieden und dann auch Wohlstand gebracht. Allein seit 1993 sind durch den Binnenmarkt in der Europäischen Union über 2,5 Millionen Arbeitsplätze neu entstanden. Die Europäische Union hilft uns dabei, unsere Standards zu halten und unsere wirtschaftliche Zukunft zu sichern. Als wichtige Verkehrsdrehscheibe im Herzen Europas und als bedeutender Finanzdienstleistungsstandort mit dem Sitz der Europäischen Zentralbank in Hessen haben wir ein großes Interesse an einer starken und wirtschaftlich integrierten Europäischen Union.

Wichtig sind für Hessen aber auch die Förderprogramme der Europäischen Union. Lassen Sie mich nur einige Beispiele nennen.

Bei den Strukturfonds stehen für den gesamten Förderzeitraum von 2007 bis 2013 EU-Fördermittel in Höhe von 263 Millionen € für den Teilbereich „Regionale Wettbewerbsfähigkeit“ und weitere 186 Millionen € für den Teilbereich „Beschäftigung“ zur Verfügung. Für das Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ stehen voraussichtlich weitere 10 Millionen € an EU-Mitteln für Hessen zur Verfügung.

Für die Landwirtschaft stehen für den Förderzeitraum 2007 bis 2013 insgesamt 218 Millionen € zur Verfügung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an dem 6. Forschungsrahmenprogramm der EU, von 2002 bis 2006 aufgelegt, haben sich alle hessischen Hochschulen mit insgesamt 265 Projekten beteiligt. Das entsprach eingeworbenen Mitteln in Höhe von 76,8 Millionen € allein für die Hochschulen. Insgesamt konnten an diesem 6. Forschungsrahmenprogramm 662 hessische Projekte partizipieren und 181 Millionen € an Forschungsgeld nach Hessen fließen.

Ich darf deshalb abschließend darauf hinweisen, dass die europäische Integration, d. h. im Sinne der Präambel des EG-Vertrags der immer engere Zusammenschluss der europäischen Völker, für Hessen als ein Land mit vielen internationalen Unternehmen und mit vielen ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern von hoher Bedeutung ist.

Die Hessische Landesregierung und ich als zuständiger Europaminister bekennen uns ausdrücklich zu dem europäischen Einigungsprozess. Wir treten dafür mit Nachdruck und ganzer Kraft ein. Wenn ich den Antrag der Sozialdemokraten von vor wenigen Stunden sehe, so stelle ich fest, dass wir uns in einem einig sind: Wir als Hessische Landesregierung wollen ganz offensichtlich genauso wie

die sozialdemokratische Fraktion in diesem Hause den Erfolg des Vertragswerks von Lissabon. Das gibt mehr Transparenz und mehr gemeinsames Europa.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister, die Fraktionsredezeit wäre zu Ende.

**Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:**

Dabei ist es jedoch wichtig, dass wir neben dem Verfahrenswerk den Gestaltungsprozess so organisieren, dass wir die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Integration und Zusammenleben in Europa müssen deshalb eine Aufgabe sein, wo wir in Kommunikation mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern treten.

Unter dem gemeinsamen europäischen Dach leben inzwischen rund 500 Millionen Menschen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, sie profitieren von den Freiheiten, die die Europäische Union ihren Bürgern gewährt, und sind Nutznießer der Grundfreiheiten, der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Niederlassungsfreiheit.

Die innereuropäische Migration macht aber inzwischen in fast allen Mitgliedstaaten nur noch einen kleineren Teil des Gesamtkomplexes Zuwanderung aus. So muss sich die EU in den nächsten Tagen und Wochen verschärfen auch mit der Einwanderung in die EU beschäftigen. Der Umgang mit der kulturellen Vielfalt ist für den europäischen Einigungsprozess unabdingbar. Völker mit verschiedenen Sprachen, verschiedenen Traditionen, verschiedenen Kulturen, mit einer häufig zueinander im Konflikt stehenden geschichtlichen Entwicklung – ich darf nur an die Konflikte zwischen Frankreich und Deutschland, nicht nur im letzten Jahrhundert erinnern –: Diese verschiedenen Völker in einem gemeinsamen Europa in Frieden und Freiheit zu organisieren, das muss und das wird die Arbeit einer vernünftigen Europapolitik einer Landesregierung und auch dieser Landesregierung in den nächsten Jahren sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich möchte deshalb dafür werben, dass die Bürgerinnen und Bürger am 7. Juni – das ist in vier Wochen – zur Wahl gehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, werben wir dafür, dass eine hohe Wahlbeteiligung zum einen ein klarer Auftrag für die Parlamentarier in Europa ist, Politik für die Bürgerinnen und Bürger zu machen. Werben wir dafür, dass eine hohe Wahlbeteiligung aber auch die Durchsetzungsfähigkeit deutscher Interessen in Europa stärkt.

Ich darf deshalb namens der Landesregierung in Zusammenhang mit der Europawahl zum Abschluss, an unsere Bürgerinnen und Bürger gerichtet, sagen: Bitte gehen Sie zur Europawahl. Am 7. Juni gibt es die Wahlmöglichkeit. Moralisch ist es eine Wahlpflicht für Freiheit und Frieden in Europa. – Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Vorsitzenden der Fraktion der SPD, Herrn Abg. Schäfer-Gümbel, das Wort.

**Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hahn, zunächst ganz herzlichen Dank für die Regierungserklärung zur europäischen Integration.

Die europäische Einigung ist ein historisch einzigartiges Friedens-, Freiheits-, Demokratie- und Fortschrittsprojekt. Niemals zuvor waren Frieden und Wohlstand fester auf unserem Kontinent verwurzelt als heute. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Frieden und Wohlstand sind nie selbstverständlich. Sie müssen immer wieder neu erarbeitet werden, auch in Europa.

Europa als Friedens- und Wohlstandsgemeinschaft: Dies ist der ursprüngliche Gedanke zur europäischen Einigung, die große Hoffnung, die am Anfang der Einigung stand. Es ist ein Gedanke, der weiterhin aktuell bleibt: für Frieden und Wohlstand in Europa und – was im globalen 21. Jahrhundert verstärkt hinzukommt – auch für Frieden und Wohlstand außerhalb von Europa. Für beides brauchen wir eine starke Europäische Union. Deshalb sind wir für Europa, für ein friedliches Europa.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Staatsminister Hahn hat zu Recht auf die Bedeutung des europäischen Integrationsprozesses für die Entwicklung von Frieden und Freiheit, Demokratie und Sicherheit hingewiesen, auch für die deutsche Einheit und die weiter gehende Verständigung zwischen Ost und West.

Ich will daran erinnern, dass dieser Erfolg auch durch die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt vorangetrieben wurde.

(Beifall bei der SPD)

„Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“ Dieser Programmsatz gilt nicht nur für die deutsche Einheit, sondern auch für die europäische Integration. Deshalb ist die Europäische Union auch kein marktradikales Projekt, wie sie von manchen diffamiert wird, sondern in ihrer historischen Tradition ein demokratisches, freiheitliches und friedliches Projekt. Auch wenn man gelegentlich durchaus Kritik an der Europäischen Union äußern darf – zuweilen muss man es auch –: Kritik darf aber nie zum Selbstzweck verkommen, schon gar nicht zu polemischer Generalkritik und antieuropäischem Populismus. Unsere Haltung ist eine andere.

(Beifall bei der SPD)

Wir erkennen die Realität an, finden uns mit ihr aber nicht ab. Wir kritisieren, um zu verändern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die europäische Einigung und ihre Institutionen sind bei aller Kritik im Detail ein Wert an sich, ein Wert für Freiheit, Frieden, Demokratie und Wohlstand. Wer wüsste das besser als die Deutschen? Wie kaum ein anderer Staat hat gerade Deutschland von der europäischen Einigung profitiert. Die Einbindung Deutschlands in die europäische Zusammenarbeit nach Ende des Zweiten Weltkriegs hat Deutschland den Weg aus der fatalen Isolation gebahnt, in die der Fanatismus und die verheerende Kriegstreiberei

der Nazis geführt hatten. Dass Deutschland heute wieder ein respektierter und geschätzter Partner in der Gemeinschaft der demokratischen und freien Staaten der Welt geworden ist, verdanken wir nicht nur, aber auch der Einigung Europas. Deutschland ist damals eine großartige Chance in einem Augenblick unserer Geschichte zuteil geworden, als wir eigentlich längst alle Chancen auf einen Neuanfang in Freundschaft und Partnerschaft verspielt hatten.

Hieran zu erinnern, gerade auch wenn wir in diesem Jahr den 60. Gründungstag der Bundesrepublik Deutschland feiern, ist von ungeschmälerter Bedeutung.

(Beifall bei der SPD)

Doch nicht nur politisch, auch wirtschaftlich hat die europäische Einigung Deutschland erhebliche Chancen eröffnet und Vorteile gebracht. Als exportorientierte Volkswirtschaft in der Mitte Europas profitiert Deutschland ganz besonders vom erleichterten Handel im Europäischen Binnenmarkt. Fast zwei Drittel der deutschen Ausfuhren gehen in Staaten der Europäischen Union. Dass Deutschland Exportweltmeister ist, verdanken wir damit auch dem Europäischen Binnenmarkt mit seinem freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital.

Die EU-Erweiterungen 2004 und 2007 um insgesamt zwölf Staaten aus Mittel- und Osteuropa sowie dem Mittelmeerraum haben den Europäischen Binnenmarkt weiter wachsen lassen. Die historische Bedeutung der Europäischen Union wiegt aber schwerer. Sie bedeutet das Ende des Eisernen Vorhangs und ein Europa der offenen Tür mit starken Brücken.

All dies zeugt davon: Europa und die Europäische Union liegen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Das galt bis hierhin, und das gilt auch weiterhin. Deshalb brauchen wir Europa.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Horst Klee (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im globalen 21. Jahrhundert kommt ein weiterer, und zwar entscheidender Grund hinzu, der für Europa spricht. Dort, wo die Nationalstaaten gegenüber global entfesselten Märkten an die Grenzen ihrer Gestaltungsmacht stoßen, kann und muss ein gemeinsames Europa mit seinem starken Gewicht helfen, den Vorrang der Politik gegenüber den freien Kräften des Marktes durchzusetzen. Dabei geht es z. B. um vernünftige Verkehrsregeln für die Finanzmärkte, die Spekulation ohne Blick für die Risiken und ohne Verantwortung für das Allgemeinwohl einen Riegel vorschieben.

(Beifall des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Dabei geht es auch darum, soziale Rechte und Standards im internationalen Handel durchzusetzen und für einen fairen Welthandel zu sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht außerdem um einen neuen Wurf, einen New Deal im Umwelt- und Klimaschutz, der unsere Welt auch für die nachkommenden Generationen als lebenswerten Raum erhält.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Was denn? Habt ihr etwas dagegen? Das wäre ganz neu.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, wir freuen uns!)

– Das ist doch schön, endlich wieder einmal dabei zu sein, gell?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Bei alledem gilt: Wenn Europa seine Kräfte bündelt, kann es mehr erreichen und einen Unterschied in der Welt machen. Wir wollen, dass Europa durch eigenes Beispiel und gemeinsamen Einfluss ein neues Bündnis von Wirtschaft, Arbeit und Umwelt schmiedet.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt wieder zum SPD-Programm!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dieser Erkenntnis liegt auch der vermeintliche Bruch zwischen der Landesregierung und mindestens der sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Wir sind davon überzeugt, Herr Staatsminister, dass das Europa von morgen sich nicht ausschließlich in seinem historischen Erfolg, einigen wenigen Einzelprojekten und dem Verweis auf den Bürokratieabbau erschöpfen darf. Dann wird Europa scheitern. Europa muss ein politischer Raum sein, der voll entwickelt wird. Ihre Regierungserklärung war weder ambitioniert noch zielführend.

(Beifall bei der SPD)

Europa ist kein Verwaltungszentrum. Europa ist kein Projekt der politischen Bildung. Es ist auch keine sonderpädagogische Einrichtung, sondern politischer Raum, der gestaltet werden muss, der mit Leben gefüllt werden muss. Deshalb haben wir Ihnen heute einen weitreichenden inhaltlichen Antrag vorgelegt.

Die internationale Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, die derzeit die Welt tief erschüttert, bestätigt unsere Einschätzung: Gerade in der Krise wird offenbar, wie wichtig ein politisch starkes Europa ist, das in der Lage ist, den globalen Markt in die Schranken zu weisen. Die Zeiten, in denen die Allmacht des Marktes als Allheilmittel beschworen wurde, sind unwiederbringlich vorbei. Das Jahr 2008 hat einen Zeitenwechsel eingeläutet. Wir brauchen jetzt eine Rückkehr gestaltender Politik, national, europäisch und international. Als entscheidende Ebene dazwischen brauchen wir die Europäische Union.

Deshalb unsere Botschaft: Wir sind nicht etwa für ein politisch schwaches Markteuropa, sondern für ein politisch starkes soziales Europa als gestaltende Kraft in der Globalisierung. Das ist unser Leitbild für das Europa des 21. Jahrhunderts.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Weil es ein politischer Raum ist, muss an dieser Stelle auch politisch Position bezogen werden. Dabei lernen manche schneller als andere und manche nie. Es ist noch nicht lange her, da konnte manchem die Politik in Deutschland und Europa nicht marktradikal genug sein. Als Franz Müntefering im Mai 2005 – aus heutiger Sicht nahezu visionär – vor den Auswüchsen des internationalen Finanzkapitalismus gewarnt und das Geschäftsmodell von Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften massiv kritisiert hat, wurde er vom heutigen CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla als Neandertaler-Sozialist gescholten.

Dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament widerfuhr Ähnliches. Er wurde



von den Liberalen im Europäischen Parlament als Voice of the Past, als Stimme der Vergangenheit, verspottet, als er 2007 zusammen mit seiner Fraktion mehr Transparenz und eine verbesserte Regulierung auf den Finanzmärkten gefordert hat. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Peter Ramsauer, hat noch im April 2008 Forderungen der SPD nach Regeln für Managergehälter als einen Schritt zurück in die Denkschule der DDR abgetan.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, nach dem Kollaps der internationalen Finanzwirtschaft wollen manche dies alles mittlerweile nicht mehr gesagt haben. Wer so schnell dem Zeitgeist hinterherläuft, dem ist nicht zu trauen, dass er die Spur hält, wenn es darauf ankommt, wenn auf schöne Worte Taten folgen müssen, wenn es gilt, Ankündigungen in Gesetze zu gießen, sei es in Deutschland oder in Europa.

(Beifall bei der SPD)

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise bedroht Wohlstand, soziale Sicherheit, Arbeitsplätze und Unternehmen in Deutschland und Europa mit einer bisher nicht gekannten Geschwindigkeit. Ursache der Krise waren Regulierungslücken, gepaart mit unverantwortlichem Handeln auf den internationalen Finanzmärkten, das allzu oft einzig von der Gier nach möglichst hohen Renditen bestimmt wurde.

Für uns steht fest: Märkte brauchen Regeln; denn sie regulieren sich nicht selbst und schon gar nicht zum Wohl der Allgemeinheit.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Finanzmärkte müssen eine dienende Funktion für die Realwirtschaft haben. Die Finanzwelt darf kein Schattenreich sein, das sich der Kontrolle durch Politik und Gesellschaft entzieht. Wir können und wollen nach der Krise nicht zurück zur Tagesordnung gehen. Es geht nicht um einen Betriebsunfall, sondern es geht um eine systemische Krise.

In einer großen Anstrengung haben wir Wirtschaft und Unternehmen durch staatliche Finanzmittel gestützt, um eine Verschlimmerung der Lage zu verhindern. Ein „Weiter so“ kann und darf es nach der Krise nicht geben. Es geht jetzt darum, eine neue Finanzmarktarchitektur aufzubauen, durch die derartige Krisen künftig verhindert werden. Durch engagiertes Einbringen in die Diskussion um eine neue Finanzmarktarchitektur wollen wir Frankfurt zum führenden Finanzplatz in Europa machen, und da habe ich Ihre Worte so verstanden, dass wir da nicht nur an einem Strang, sondern auch in die gleiche Richtung ziehen.

Wir wollen für Manager Vergütungssysteme, die sich am langfristigen Erfolg des Unternehmens orientieren, das bewährte deutsche Bankensystem mit Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Sparkassen sowie Genossenschaftsbanken erhalten, Steueroasen trockenlegen, Ratingagenturen, Hedgefonds und Private Equity Fonds stärker regulieren sowie die Banken- und Finanzmarktaufsicht europäisch und international weiter stärken und – auch da sind wir uns einig – in Frankfurt konzentrieren.

Wir stehen für eine sozial regulierte Marktwirtschaft in Deutschland und in Europa. Das war so, und das bleibt so, lieber Kollege Milde. Nicht Gewinnmaximierung für einige wenige, sondern Wohlstandsmehrung für möglichst

alle Menschen unserer Gesellschaft sind Ziel und Maßstab unserer Politik in Deutschland und Europa.

(Beifall bei der SPD)

Bislang stand die wirtschaftliche Integration im Zentrum der europäischen Einigung – mit dem Binnenmarkt und mit der gemeinsamen Währung. Beides waren und bleiben wichtige Projekte. Für sich genommen reichen sie aber nicht aus. Wir dürfen in Europa nicht bei bloßer Marktbeschaffung stehen bleiben. Auch im europäischen Binnenmarkt muss das Wirtschaften in eine politische und soziale Ordnung eingefasst sein. Wirtschaft und Soziales – und auch die Umwelt – gehören für uns zusammen. Wir fordern mit Nachdruck die weitere Umsetzung der Lissabon-Strategie, die Europa zum weltweit wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftstraum ausbauen will. Eine solche Strategie auf dem Weg zur langfristigen Dynamisierung von Wachstum, Beschäftigung und Innovation kann jedoch nur gelingen, wenn wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung gleichermaßen wie soziale und ökologische Verantwortung berücksichtigt werden. Die sozialen Grundrechte müssen im Konfliktfall vorgehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa kann politisch nur dann stark sein, wenn es handlungsfähig ist. Die Selbstbehauptung Europas und der Europäischen Union im ersten wirklich globalen Jahrhundert setzt politische Handlungsfähigkeit, getragen von demokratischer Legitimation, zwingend voraus. In einer erweiterten Europäischen Union mit 27 Mitgliedstaaten ist dies ohne den Mut zu innerer Reform nicht zu realisieren. Wir wollen, dass die Fortschritte im Lissabon-Vertrag für ein handlungsfähiges, politisch starkes und demokratischeres Europa Realität werden. Deshalb wollen wir und werben wir dafür, dass der Vertrag von Lissabon möglichst bald in Kraft tritt.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden in unseren Anstrengungen für ein demokratisches Europa nicht nachlassen. Herr Staatsminister Hahn, an der Stelle will ich Ihren Appell, den Sie am Ende Ihrer Rede ausgesprochen haben, ausdrücklich aufnehmen mit dem Aufruf, die Bürgerinnen und Bürger zu ermutigen, an der Europawahl am 7. Juni teilzunehmen. Ich denke, dass ich für alle Fraktionen in diesem Hause spreche, wenn ich sage: Wenn sich in diesen Tagen ein Journalist dafür feiern lässt – in Feuilletons, aber auch durch den Verkauf seines Buches –, dass er dafür wirbt, überhaupt nicht mehr zur Wahl zu gehen, dann ist das eine unerträgliche Situation. Das Wahlrecht in einer Demokratie kann man nämlich nicht wie Milch oder Brot bei Aldi oder in einem anderen Supermarkt kaufen, sondern es ist ein Grundrecht, das über viele Generationen hinweg auch gegen politische Verfolgung erkämpft und erstritten wurde. Es ist also keine Selbstverständlichkeit. Deshalb halte ich es für inakzeptabel, wenn Menschen, die sich an der heutigen politischen Debatte beteiligen, abfällig über das demokratische Wahlrecht reden und behaupten, Wahlen würden überhaupt nichts verändern. Ich halte das für unzulässig. Das gesamte Haus sollte solchen Versuchen entschieden entgegenreten.

(Allgemeiner Beifall)

Bei diesen Wahlen geht es in der Tat um viel. Ich habe versucht, das zu beschreiben. Es geht nämlich auch um Richtungsentscheidungen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir sind auch deshalb für ein politisch starkes Europa, weil das eine wesentliche Voraussetzung dafür ist,

ein soziales Europa gegen die freien Kräfte des Marktes durchzusetzen. Wir wollen die Sozialstaatlichkeit im globalen 21. Jahrhundert auf diesem Wege weiterentwickeln. Deshalb setzen wir uns für eine europäische Sozialunion ein, die den gleichen Rang wie die Wirtschafts- und Währungsunion haben soll. Wir wollen zeigen und die Menschen davon überzeugen, dass Europa keine Gefahr, sondern eine Chance für den sozialen Grundkonsens und die gelebte und organisierte Solidarität in unseren Gesellschaften darstellt.

Wir wollen „gute Arbeit“ als Leitprinzip für die Europäische Union verankern. Dazu müssen die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf europäischer Ebene weiter ausgebaut werden, insbesondere ihr Recht auf Beteiligung und Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen. Wir brauchen außerdem eine starke soziale Partnerschaft, bei der Arbeitgeber und Gewerkschaften auf Augenhöhe miteinander verhandeln. Das gilt für Deutschland und für Europa.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten gerade in der Sozial-, Arbeits- und Wirtschaftspolitik die Europäische Union als Ideengeber dort nutzen, wo wir diese Ideen aufnehmen können, beispielsweise bei der Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Initiativen, wie sie in den skandinavischen Ländern, insbesondere in Dänemark, erfolgreich getestet wurden. Auch der Herr Ministerpräsident, der gerade nicht im Raum ist, war ja einmal in Dänemark auf Bildungsreise. Das hat aber nichts genutzt. Es geht nicht darum, einzelne, ideologisch motivierte Projekte herauszunehmen, z. B. den Kündigungsschutz, sondern darum, sich umfassend mit dem zu beschäftigen, was in Dänemark entwickelt wurde. Auf der anderen Seite glaube ich, dass wir gerade in diesen Wochen aufgrund unserer Erfahrungen aus der Mitbestimmung und der guten Ergebnissen sowie der hohen Verantwortlichkeit der Unternehmen, die Mitbestimmung praktizieren, beim Umgang mit der Krise auch Ideengeber für andere Länder in der Europäischen Union sein können. Wir wollen dem Lohn- und Sozialdumping einen Riegel vorschieben. In Europa müssen gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort gelten.

(Beifall bei der SPD)

Für das Prinzip „gute Arbeit“ ist Folgendes besonders wichtig: Wir wollen mit einem europäischen Pakt gegen Lohndumping dafür sorgen, dass in allen EU-Mitgliedstaaten existenzsichernde Mindestlöhne gelten. In 20 der 27 EU-Mitgliedstaaten gelten bereits gesetzliche Mindestlöhne. Deutschland muss hier dringend nachziehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern, dass im europäischen Primärrecht eine soziale Fortschrittsklausel in Form eines rechtlich verbindlichen Protokolls eingeführt und darin klargestellt wird, dass die Europäische Union nicht nur dem wirtschaftlichen, sondern auch dem sozialen Fortschritt verpflichtet ist. Zwar verfügt der Lissabon-Vertrag über eine horizontale soziale Klausel, die soziale Fortschrittsklausel geht aber darüber hinaus, indem sie konkret verbesserte Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in Europa fordert. Gegenstand eines solchen Protokolls des sozialen Fortschritts müssen insbesondere die Koalitionsfreiheit, die Tarifautonomie und das Streikrecht der Gewerkschaften sein.

All dies ist kein frommer Wunsch, sondern aus unserer Sicht eine Anforderung für den dauerhaften Erfolg der demokratischen Integration. Das Ziel muss sein, ein Europa zu schaffen, in dem die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessert werden. Dabei muss die Vielfalt der Kulturen, Traditionen und Strukturen in den europäischen Mitgliedstaaten erhalten bleiben. Wir brauchen also eine Politik der dritten und vierten Ebene.

Die Europäische Union macht mit ihren verschiedenen Initiativen deutlich, wie sehr sie inzwischen auf die europäische, auf die nationale, aber auch auf die föderale und die kommunale Politik einwirkt. Gerade aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland können und müssen die Kommunen und Länder bei der Fortentwicklung des europäischen Ordnungsmodells eine wichtige Rolle übernehmen. Jenseits der Gesetzgebungskompetenz der Europäischen Union und des Deutschen Bundestags, beispielsweise in Fragen der Sozialgesetzgebung, ist die kommunale Ebene in enger Vernetzung mit den Ländern für die Sicherung der Daseinsvorsorge verantwortlich.

In den Kommunen manifestiert sich die Funktionsfähigkeit sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit in besonderer Weise. Deswegen werden wir viel dafür tun müssen, dass die Perspektive der kommunalen Ebene, aber auch der Länderebene sehr viel stärker in die europäische Politik eingebracht wird. Deshalb werden Sie von der Landesregierung uns immer dann an Ihrer Seite finden, wenn es darum geht, unsere spezifische Sichtweise in den europäischen Integrationsprozess einzubringen, weil die Wechselwirkungen entsprechend groß sind. Das haben viele Kommunen, beispielsweise bei der Eigenkontrollverordnung und im Vergaberecht, aber auch in vielen anderen Bereichen nicht nur erlebt, sondern an vielen Stellen auch erlitten.

Wir haben aber aus der kommunalen Praxis in anderen Mitgliedsländern viel gelernt. Die soziale Stadterneuerung in der Bundesrepublik Deutschland wäre ohne die Erfahrungen aus den Niederlanden und Großbritannien nicht denkbar, weil daraus vieles für die Bundesrepublik abgeleitet wurde.

Manchmal wirkt die europäische Dimension aber erst über die Rechtsetzung des Europäischen Gerichtshofs – nach Urteilen –, die im Wesentlichen aus wettbewerbs- und/oder diskriminierungsrechtlichen Setzungen abgeleitet wurde.

So hat der Europäische Gerichtshof beispielsweise – das ist sicherlich ein Beispiel, das viele aufgebracht hat – Bevorzugungen der Bürgerinnen und Bürger beim Zugang zu Museumseinrichtungen der eigenen Stadt, unter anderem durch gestaffelte Eintrittspreise, für europarechtswidrig erklärt.

Ähnlich verhält es sich mit der Entscheidung zu Feuerweherschutzanzügen. Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs dürfen keine weiter gehenden Anforderungen an Feuerweherschutzausrüstungen festgelegt werden, als es in der entsprechenden EG-Richtlinie vorgesehen ist.

Die Entscheidungen offenbaren den unvollständigen und fortentwicklungsbedürftigen Politik- und Rechtsrahmen des europäischen Ordnungsmodells und der Europäischen Union. Die Europäische Union versteht sich bislang als Binnenmarkt, und die Grundfreiheiten werden als ein Modell ohne öffentliche Wirtschaft und soziale Dimension betrachtet.

Wir alle haben doch die schwierigen Debatten über die Vergabepraxis erlebt. Dazu muss man wiederum sagen: Natürlich missbraucht der eine oder andere diese Vorgaben im Sinne dessen, was er selbst macht. Ich nenne als Beispiel die Vergabepraxis im öffentlichen Personennahverkehr in Hessen: Die Vergabe hat ohne europarechtliche Grundierung stattgefunden.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Das sind die Erfahrungen, die beispielsweise – im konkreten Fall – die Busfahrerinnen und Busfahrer gemacht haben. Ihnen wird erklärt, dass sie wegen des europäischen Vergaberechts Lohndumping erdulden mussten. Jenseits aller Schwierigkeiten, die man mit dem europäischen Vergaberecht grundsätzlich haben kann, war das Argument an dieser Stelle falsch.

Aber es geht auch um andere Stellen. Eine der schwierigsten Situationen haben wir gerade in diesen Tagen. Das wird den Wirtschaftsminister und den Europaminister interessieren. Vor allem aber interessiert es den Finanzminister.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Wir sitzen ja auch zusammen!)

– Das dachte ich mir, sozusagen als konzeptionelle Einheit auf der Regierungsbank. Wenigstens haben wir eine da sitzen.

Das interessiert vor allem auch die Sparkassen. Das Europäische Parlament hat in diesen Tagen eine wesentliche Veränderung bei der Bewertung der stillen Einlagen beschlossen. Sie hat für die Hessische Landesbank erhebliche Konsequenzen. Es ist uns nicht in ausreichendem Maß gelungen, Allianzen zu schmieden, um dies zu verhindern.

Aber es ist ein Beispiel dafür, dass wir unsere Anstrengungen auf kommunaler und auf Länderebene intensivieren müssen, um in den europäischen Entscheidungsprozessen Überzeugungskraft zu entwickeln; denn die Auswirkungen der Entscheidungen des Europäischen Parlaments können das Land Hessen unter dem Strich viel Geld kosten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das populäre Bild, wonach die europäische Politik konsensorientiert und technokratisch ist, ist ein Zerrbild. Es geht auch in Europa um politische Interessen.

Das betrifft auch den Liberalisierungsdruck der Europäischen Kommission auf Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die dem Gemeinwohl dienen und in Deutschland vorwiegend von den Kommunen erbracht werden, oder aber den Liberalisierungsdruck der EU-Kommission auf das deutsche Sparkassensystem, das sich gerade in der aktuellen Finanzkrise als verlässlicher Stützpfeiler des deutschen Bankensystems und wichtiger Finanzpartner für viele Unternehmen sowie für viele Bürgerinnen und Bürger erwiesen hat. Deshalb ist die Europawahl im Juni 2009 auch eine Richtungsentscheidung für Europa.

Der große Europäer und Sozialdemokrat Jacques Delors hat einmal gesagt, dass man einen gemeinsamen Markt nicht lieben kann. Er hatte recht. Das Wirtschaften im Europäischen Binnenmarkt und die gemeinsame Währung sind und bleiben wichtig. Europa muss aber mehr sein als ein Markt.

Die Zustimmung zur Politik und zu ihren Institutionen wächst immer dort, wo die Menschen Hoffnung in sie set-

zen: die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Deshalb muss deutlich werden, welche Hoffnung und welches Zukunftsversprechen mit der europäischen Einigung im 21. Jahrhundert verbunden sind. Nur so kann neue Begeisterung für die europäische Idee und die Europäische Union geweckt werden.

Unter Leitbild ist dabei klar: Es ist die Überzeugung, dass Europa politisch stark, wirtschaftlich erfolgreich und in Solidarität geeint eine überzeugende Antwort auf die soziale Frage geben kann, die sich im 21. Jahrhundert, dem Zeitalter der Globalisierung, stellt. Ein starkes und soziales Europa als Antwort auf die Globalisierung – das ist unser Weg. Das ist unsere politische Richtung für das Europa im 21. Jahrhundert. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Schäfer-Gümbel. – Als Nächste hat Frau Kollegin Osterburg für die CDU-Fraktion das Wort.

#### **Gudrun Osterburg (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor etwas mehr als zwei Jahren haben wir den 50. Geburtstag der Römischen Verträge gefeiert. Kurz vorher, am 1. Januar 2007, waren die südosteuropäischen Staaten Bulgarien und Rumänien Vollmitglieder der Europäischen Union geworden. Damit endete die fünfte Erweiterungsrunde der EU erfolgreich. Dies verdeutlicht wieder die Anziehungskraft und die Faszination Europas auf die europäischen Staaten und ihre Bürger.

Doch wieso weckt die Europäische Union eine solche Faszination? Wieso hat Europa eine solch starke Strahl- und Anziehungskraft? Wieso haben Europa und die Europapolitik einen solch hohen Stellenwert, dass wir heute in diesem Haus eine Regierungserklärung dazu gehört haben und sich fast alle Fraktionen positiv dazu äußern?

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

– Herr van Ooyen, ich nehme nicht an, dass Sie Ihre Meinung dazu über Nacht geändert haben. – Dies liegt an einer Tatsache, die für uns alle spürbar ist und auch in Zukunft spürbar bleibt: Europa ist unbestritten eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zum einen ist die Europäische Union als Werte- und Kulturgemeinschaft ein großer Global Player in der Weltgemeinschaft und ein Garant für Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Zum anderen wird die EU als starke Wirtschaftsmacht wahrgenommen, die für einen weltweit einmaligen Wohlstand bei guter sozialer Absicherung steht.

Lassen Sie mich im Folgenden kurz auf diese Punkte eingehen. Die wirtschaftlichen Vorteile der EU sind offenkundig: Mit der Aufnahme von zehn neuen Staaten im Jahr 2004 sowie von Bulgarien und Rumänien im Jahr 2007 ist der größte einheitliche Markt der Welt mit 500 Millionen Menschen entstanden. Der einheitliche Binnenmarkt ist für den Exportweltmeister Deutschland von enormer Bedeutung. Wir exportieren Waren im Wert von über 600 Milliarden € – also fast zwei Drittel unserer Ausfuhren – in andere Staaten der Europäischen Union.

Der gemeinsame Binnenmarkt bietet unserer Wirtschaft gute Absatzmöglichkeiten und ermöglicht den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland. Der Umfang der Handelsbeziehungen mit den neuen Mitgliedstaaten steigt sprunghaft an. Seit 1989 hat sich der EU-Handel mit den mittel- und osteuropäischen Staaten mehr als verdreifacht. Mittlerweile werden von deutschen Firmen allein in Osteuropa mehr Waren abgesetzt als in den USA und Kanada zusammen.

Dass es in den neuen Mitgliedsländern leicht möglich ist, Zweigbetriebe zu gründen, stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen. So werden vorhandene Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen.

Die Investitionen in den neuen Mitgliedstaaten führen zu einer Angleichung des Wohlstandsniveaus, schaffen Stabilität und sichern die jungen Demokratien in Osteuropa. Schätzungen zufolge bewirkt die Ausweitung des Binnenmarkts allein in Deutschland die jährliche Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um 0,5 Prozentpunkte. Die Wirtschaftsleistung der Europäischen Union steigt um 0,6 bis 0,8 Prozentpunkte pro Jahr.

Viele neue Produktentwicklungen können von den Unternehmen nur finanziert werden, weil den Unternehmern ein solch großer Markt ohne Handelsbeschränkungen zur Verfügung steht.

Der Binnenmarkt, insbesondere in Verbindung mit unserer gemeinsamen Währung, steigert den Wettbewerb zwischen den europäischen Unternehmen. Für die Verbraucher bedeutet dies niedrigere Preise und bessere Qualität der Produkte.

Aufgrund der Rechtsetzung der Europäischen Union wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche nationale Monopole aufgehoben. Beispielhaft soll hier an den Kommunikationsmarkt und den Flugverkehr erinnert werden. Die Folge davon waren Innovationen und Preissenkungen. Heute sind Telefonieren und Fliegen so günstig wie noch nie. Ein funktionierender Energiebinnenmarkt ist unser nächstes Ziel.

Ein weiterer Erfolg beim Verbraucherschutz sind die Kennzeichnungsvorschriften für Lebensmittel sowie die Produktstandards für Kinderspielzeug. Auch die Verlängerung der Gewährleistungspflicht auf zwei Jahre geht auf die Europäische Union zurück.

Der Euro, unsere gemeinsame Währung, ist nach dem Dollar die wichtigste Reservewährung der Welt. In der Zeit der Weltwirtschafts- und Finanzkrise hat sich der Euro als Bollwerk erwiesen. Er hat das Auftreten negativer Entwicklungen abgeschwächt.

Jean-Claude Juncker sagte in seiner Laudatio zur Verleihung des Preises der Hanns Martin Schleyer-Stiftung an Altbundeskanzler Helmut Kohl, dass ohne die Einführung des Euro, die Kohl durchgesetzt habe, Europa jetzt in Zeiten der Wirtschaftskrise im wechselfpolitischen Chaos versinken würde.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Dieses Beispiel zeigt: Die Europäische Union ist die Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. In einer ganz schwierigen Situation zeigen wir Europäer ganz viele Gemeinsamkeiten. Nur gemeinsam setzen wir weltweit unsere Vorstellung hinsichtlich eines effizient regulierten Finanzmarktes und hinsichtlich eines weltweiten Wirt-

schafts- und Sozialmodells durch. So sichern wir unsere Arbeitsplätze und unseren Wohlstand.

Das Gleiche gilt für die Einführung weltweiter Umweltstandards. Die Umweltverschmutzung macht nicht an den Landesgrenzen halt, sondern sie betrifft uns alle. Nur mithilfe einer starken Europäischen Union können wir dem Klimawandel wirksam begegnen und eine weltweite Reduzierung der Treibhausgase und eine höhere Energieeffizienz durchsetzen. Innerhalb der Europäischen Union schaffen einheitliche Standards gleiche Wettbewerbsgrundlagen und erschließen neue Absatzmärkte für die Umweltindustrie.

Neben den wirtschaftlichen Vorteilen bietet die Europäische Union ihren Bürgern ein hohes Maß an Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bei hoher innerer Sicherheit. Jeder Bürger der EU kann sich innerhalb der Europäischen Union frei bewegen. Er kann leben, lernen und arbeiten, wo er möchte. Das ist europäisches Bürgerrecht.

Für unsere Jugend ist es mittlerweile eine Selbstverständlichkeit, während ihrer Schul- und Ausbildungszeit andere Staaten der Europäischen Union näher kennenzulernen. Sie nutzen eines der zahlreichen europäischen Austauschprogramme, verbringen eine gewisse Zeit im Ausland und sammeln dort Erfahrungen, die ihnen nicht nur im Berufsleben zahlreiche Vorteile erbringen.

Die Europäische Union fördert seit Jahren den Austausch Jugendlicher in jetzt 27 Ländern Europas. Zahlreiche Förderprogramme wie Sokrates, Leonardo da Vinci, Comenius oder Erasmus bieten jungen Menschen vielfältige Möglichkeiten, an ausländischen Universitäten zu studieren, die Sprache eines der Nachbarländer vor Ort kennenzulernen und ein Praktikum, einen Teil ihrer Ausbildung oder einen Fachkurs im europäischen Ausland zu absolvieren.

Die Reisefreiheit innerhalb Europas ist nur durch strenge Kontrollen an den Außengrenzen der Europäischen Union und durch große Anstrengungen bei der Kriminalitätsbekämpfung möglich. Die Europäische Union geht wirksam gegen die grenzüberschreitende und organisierte Kriminalität vor und unterstützt die Mitgliedstaaten im Kampf gegen die Korruption. Viele der bisherigen Erfolge bei der Rechtsstaatlichkeit und der Rechtssicherheit in den osteuropäischen Ländern wären ohne die Mitgliedschaft in der Europäischen Union nicht erreicht worden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ein gemeinsames Europa auf der Grundlage gleicher Werte und Ziele sichert den Frieden in Europa und in der Welt. Seit über 60 Jahren haben die Staaten der Europäischen Union keine Kriege mehr gegeneinander geführt. Dies ist die längste Friedensphase in der Geschichte des europäischen Kontinents.

Wir treten jetzt, nach den großen Erweiterungsrounden der letzten Jahre, für eine Phase der Konsolidierung ein. Die Festigung der Identität der Institutionen der Europäischen Union muss jetzt Vorrang vor weiteren Beitritten haben, damit die EU handlungsfähig bleibt. Gerade in den zuletzt aufgenommenen Ländern ist noch viel im Kampf für Rechtsstaatlichkeit und gegen die Korruption zu tun. Wachsamkeit ist hier immer und überall geboten. Sollte es in Zukunft wieder zur Aufnahme von Staaten kommen, ist die Einhaltung der Standards der Europäi-

schen Union hinsichtlich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten zwingende Voraussetzung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Weltweit engagiert sich die Europäische Union als starker Akteur bei der Friedenssicherung und übernimmt Aufgaben, die von den einzelnen Nationalstaaten nicht mehr bewältigt werden können. Die Erfolge der Europäischen Union sind vielfältig, ihre Aufgaben zahlreich. Die Europäische Union hat über die europäische Gesetzgebung einen direkten Einfluss auf unser Leben.

Am 7. Juni 2009 wird das Europäische Parlament neu gewählt werden. Auch hierbei wird es wieder um eine Richtungsentscheidung gehen. Die Menschen werden die Möglichkeit haben, mit ihrer Stimme die Erfolgsgeschichte der freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Europäischen Union fortzuschreiben.

Die Christlich Demokratische Union ist und bleibt die Europapartei.

(Beifall bei der CDU)

Wir setzen uns auf allen Ebenen für eine starke und zugleich handlungsfähige Europäische Union als Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft ein. Unsere Vision ist die der Europäischen Union der Bürger. Die Erfolgsgeschichte können wir nur fortschreiben, wenn wir die Europäische Union in den Herzen der Menschen verankern. Deswegen wollen wir, dass die Europäische Union transparenter und demokratischer gestaltet wird.

Wir treten nachhaltig für den Vertrag von Lissabon ein. Durch ihn gewinnt die Europäische Union die notwendige Handlungsfähigkeit zurück; und das Subsidiaritätsprinzip wird gestärkt. Henry Kissinger könnte nicht mehr süffisant fragen: Wenn ich die Europäische Union anrufen will, welche Nummer wähle ich dann? – Mit dem Reformvertrag würde die Antwort gegeben. Die Europäische Union würde sich als einheitlicher Ansprechpartner in der Welt neu aufstellen. Nachdem beide tschechischen Parlamentskammern nunmehr dem Vertragswerk zugestimmt haben, sind wir dem Ziel wieder ein gutes Stück näher gerückt.

Die CDU-Fraktion tritt wie die Landesregierung für eine starke hessische Landesvertretung in Brüssel ein. Nur so können hessische Interessen gewahrt und wirksam verteidigt werden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Zu den hessischen Interessen zählen wir auch die Gleichbehandlung der deutschen Sprache gegenüber der englischen und der französischen.

Die CDU will eine konsequente Fortschreibung der europäischen Wissenschafts- und Forschungspolitik auf der Grundlage ethischer Prinzipien. Durch eine konsequente Verzahnung der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Politik werden wir unsere Spitzenposition in den Zukunftstechnologien halten und werden unsere zukünftige Wettbewerbsfähigkeit sichern.

In schwierigen wirtschaftlichen Zeiten halten wir an der sozialen Marktwirtschaft als bewährte Lösung für die Zukunft fest.

Eine Steuer der Europäischen Union lehnen wir ab. Die Europäische Union darf keine eigenen Kompetenzen zur Erhebung von Steuern oder zur Aufnahme öffentlicher Kredite erhalten. In Zeiten wie diesen wäre die Ankündi-

gung der Erhebung neuer Steuern genau das falsche Signal.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Ich komme jetzt auf den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Verbesserung der Rechtsetzung in der Europäischen Union, Drucks. 18/266, zu sprechen. Wir wollen eine effiziente und bürgernahe Europäische Union. Das heißt, dass die Europäische Union nicht als ein bürokratisches Ungetüm in den Köpfen der Menschen verwurzeln darf. Das Thema „better regulation“ ist für uns daher von größter Wichtigkeit. Wir begrüßen die gute Arbeit der Stoiber-Gruppe und das Ziel, bis zum Jahre 2012 25 % der Bürokratie- und Verwaltungslasten abzubauen.

Dies bedeutet auch für zahlreiche hessische Unternehmen eine Entlastung und ist somit zentral für deren internationale Wettbewerbsfähigkeit. Der Europaminister hat in seiner Rede ausführlich zu diesem Thema Stellung genommen.

Zum Antrag der GRÜNEN, Drucks. 18/366. Insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe wollen wir vor einer Ausweitung der Bürokratie schützen. Nach der Einführung des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes entstanden den deutschen Unternehmen rund 1,73 Milliarden € Kosten für betriebliche Schulungen. Viele Unternehmen haben Probleme mit der Umsetzung des AGG, weil sie sich teure Spezialabteilungen nicht leisten können. Zu besonderen Schwierigkeiten käme es im Versicherungswesen, da die konkrete Bewertung und Differenzierung von Risiken verhindert würde. Dies bedeutet Einschränkungen beim Angebot und Prämiensteigerungen für die Versicherten. Eine weitere Verschärfung der Antidiskriminierungsrichtlinien lehnen wir daher ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der Antrag der SPD-Fraktion, den wir erst heute bekommen haben, beinhaltet so viele Punkte, die Herr Schäfer-Gümbel in seiner Rede ausführlich behandelt hat, dass wir froh sind, dass sich die SPD-Fraktion damit einverstanden erklärt hat, den Antrag in den Europaausschuss zu geben, da wir über die Punkte inhaltlich noch lange diskutieren müssen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wenn wir Sie überzeugt haben, ist es ja gut! – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Es kommt darauf an, wie kompromissfähig Sie sind.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wir sind immer kompromissfähig!)

Sie sehen, wir haben klare Vorstellungen vom Europa der Zukunft. Gemeinsam mit unseren Kollegen von der EVP-Fraktion im Europaparlament und der Hessischen Landesregierung wird sich die CDU-Fraktion mit aller Kraft für die Durchsetzung der Europaerfolgsgeschichte einsetzen. Das wollen wir tun. Wir tun dies aus tiefster Überzeugung, und wir tun dies zum Wohle der Menschen, für die Freiheit, die Demokratie und den Frieden in Europa und der Welt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Osterburg. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Herr Häusling zu Wort gemeldet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Florian Rentsch (FDP): Wo ist denn die Kuh? – Zurufe von der CDU und der FDP)

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Hahn, Sie wollten heute den großen Funken für Europa zünden. Bei Ihrer Regierung hat es auch noch nicht so richtig gezündet, wenn ich die leeren Regierungsbänke sehe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wir waren alle da!)

Wenn Sie darauf hinweisen, dass am 7. Juni Europawahl ist – so weit gehen die Gemeinsamkeiten –, finden wir es auch gut. Wir sind uns in noch einem Punkt einig. Wir müssen allen klarmachen, dass wir gemeinsame Ansätze in Europa brauchen, dass wir nur gemeinsam die weltweite Wirtschaftskrise lösen können, aber auch – davon haben Sie überhaupt nicht geredet –, dass Europa Antworten auf die Herausforderungen des Klimawandels geben muss. In Ihrer Rede ist überhaupt nicht vorgekommen, dass Europa Antworten im sozialen Bereich geben muss. Dazu wollen wir doch etwas beitragen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Michael Reuter (SPD))

Wir sehen mit Sorge, dass es in Deutschland durchaus Tendenzen gibt, das Heil wieder in nationalen Antworten zu suchen – ich schaue ein bisschen nach links. Das lehnen wir ab. Es kann nur gemeinsame europäische Antworten geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Hahn, zu Ihrer Rede. Das hat weitgehend an einen kleinen Volkshochschulkurs erinnert: Wir lernen etwas über Europa. Wie viele Europaabgeordnete sitzen im Parlament? – Das alles können Sie jetzt beantworten. Aber ich hätte ganz gerne einmal gewusst, wo diese Landesregierung in Europa eigentlich ankommen und wo sie hinkommen will. Was geben Sie denn für Antworten auf die zukünftigen Herausforderungen?

Dazu kann man nur feststellen: Sie reden zwar nett über Europa, aber ansonsten, wenn man einmal Ihre Europapolitik, gerade die der Vorgänger- oder der schwarz-gelben Regierung rückwirkend betrachtet, haben Sie doch immer mehr auf dem Bremshebel gesessen, statt auf dem Gaspedal gestanden. Und das setzt sich hier fort.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Hahn als Kämpfer gegen die Bürokratie – dann schaut man in den Haushalt

(Horst Klee (CDU): Nur Sprüche!)

und sieht als Erstes, es werden 13 neue Stellen geschaffen. 13 neue Stellen im Kampf gegen die Bürokratie – da kann doch irgendetwas nicht zusammenpassen.

Herr Hahn, wenn Sie vielleicht einmal das Telefonieren einstellen und zuhören würden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist genauso glaubwürdig wie Herr Stoiber als Oberbürokrat in Brüssel zur Bekämpfung der Bürokratie. Das schließt sich nahtlos daran. So viel ist davon zu halten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abg. Volker Hoff und Horst Klee (CDU))

Herr Hahn, was die Europafähigkeit des Landes Hessen betrifft – wenn Sie ein Defizit sehen, dass es an der Umsetzung hapert, dass Europamittel nicht gut oder nicht vollständig in die Regionen abfließen, dann wollen wir Ihnen gerne dabei helfen. Aber dafür – für eine neue Administration – jetzt neue Stellen zu schaffen, ist wahrscheinlich der falsche Weg. Sie müssen es überall verankern – Sie haben das angedeutet –: in den Ministerien, in den Behörden vor Ort. Dafür brauchen wir keine neue Antragskommission.

Schauen wir einmal auf die schwarz-gelben Jahre der Europapolitik zurück und erinnern uns daran, was uns im Gedächtnis geblieben ist. Es gab einen Europaminister Riebel. Der hat seine ganze Energie dafür eingesetzt, REACH zu verhindern, weil er gesagt hat: REACH, die Ordnung der europäischen Chemikalienpolitik, gefährdet den Standort der chemischen Industrie in Hessen.

Bei ihm war nie nur ein Wort zu hören, dass es mehr in Europa gibt, dass es auch einen Verbraucherschutz in Europa gibt und dass diese ganzen Sachen nicht gegen irgendjemanden gemacht werden, sondern dass wir Umwelt- und Verbraucherschutz kombinieren müssen. Das hat die Amtszeit von Herrn Riebel geprägt.

Dann kam Herr Hoff mit seiner kurzen Amtszeit. Was bleibt uns davon in Erinnerung?

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Vieles – der Apfelwein!)

– Sie sagen es. Der heldenhafte Kampf der Hessen um den hessischen Apfelwein. Es wurden Szenarien nationaler Bedrohung beschworen durch das, was von Brüssel gekommen ist. Es wurden Konferenzen einberufen. Es wurde der Eindruck vermittelt,

(Volker Hoff (CDU): Sie sind ein simpler Schwätzer, wissen Sie das? – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, na, na!)

dass Hessen kurz davorsteht, national in den Untergrund zu gehen. Ich finde, das ist gerade der Punkt. Beschäftigen wir uns doch einmal damit, was von hessischer Europapolitik bei den Bürgern hängen geblieben ist.

(Volker Hoff (CDU): Wenn Sie so in Brüssel auftreten! Das ist eine Schande! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, na, na!)

Wenn Sie es als Ihr größtes Verdienst empfinden, dass Sie den Apfelwein gerettet haben, sei es Ihnen gerne gegönnt. Aber dafür – das wissen Sie auch – hätte vielleicht ein Anruf in Brüssel bei der zuständigen Kommissarin gereicht. Dann hätten Sie das Problem auch lösen können.

Sie stellen immer den Kampf gegen Bürokratie, gegen die Bösen aus Brüssel in den Mittelpunkt Ihrer Politik, ohne einmal die Chancen Europas wahrzunehmen und ohne einmal davon zu reden, dass Europa für Hessen wesentlich mehr bedeutet. Und das wünsche ich mir von Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Herr Hahn knüpft nahtlos daran an. Ich sage einmal: Wie haben Sie eigentlich darauf reagiert, dass Ihre Landwirtschaftsministerin vorige Woche die Veröffentlichung der Agrarzahlungen gestoppt hat – ein eindeutiger Verstoß gegen gemeinsames europäisches Recht?

(Kurt Wiegel (CDU): Das ist Datenschutz!)

Da auch die weiteren Gerichtsurteile negativ sind, besteht für Deutschland die Gefahr eines Anlastungsverfahrens durch ein Strafverfahren.

(Zuruf des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

– Jawohl, Herr Minister Hahn. Wenn Sie es nicht wissen, dann können Sie mir jetzt zuhören.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Deutschland – Hessen an der Spitze – setzt sich gegen Europarecht. Warum machen Sie das? Nur weil Sie dem Bauernverband an diesem Punkt gefallen wollen? Nur weil Sie hier ein bisschen Zustimmung erheischen wollen? Aber Sie riskieren den ganz klaren Bruch mit europäischem Recht, wenn Sie gegen die Transparenz verstoßen. Wenn Sie das noch nicht wahrgenommen haben, dann sollten Sie mit Ihrer Kollegin einmal darüber reden, dass das so nicht geht und dass man damit wiederum kein positives Bild hessischer Politik setzen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Judith Lannert (CDU): Lassen Sie einmal Ihre Belehrung, und kommen Sie zum Thema!)

Diese Transparenzrichtlinie ist doch eine Grundlage zukünftiger europäischer Politik. Wir wollen, dass Zahlungen offengelegt werden. Wir wollen, dass nachvollziehbar wird, wofür die Europäische Union Geld ausgibt. Wenn sich Hessen dagegen wehrt, dann wehren Sie sich auch gegen die Offenheit, gegen die Transparenz finanzieller Mittel, die in die Regionen kommen. Das kann nicht im Sinne der Steuerzahler sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CDU, beim Thema Europa haben Sie sich kürzlich nicht gerade mit Lorbeer geschmückt: Bei der Aufstellung Ihrer Europaliste wollten Sie den Vorsitzenden der Europa-Union in die Wüste schicken und durch einen bekannten Europapolitiker aus dem Landtag ersetzen. Dazu kann man nur sagen: Liebe CDU-Basis, herzlichen Glückwunsch dafür, dass Sie so europafreundlich waren und doch noch anders gewählt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linkspartei, das kann man von Ihnen nicht behaupten. Gerade in Sachen Europa ist Ihre Politik von einer – man muss fast sagen – Europafeindlichkeit, von einer Europaskepsis geprägt. Wenn man die Reden Ihres Vorsitzenden hört, hat man den Eindruck, zurück zur nationalen Politik ist das, was wir in Zukunft brauchen.

Das ist der falsche Weg. Sie haben Ihre europafreundlichen Abgeordneten aus dem Europaparlament abgewatscht und aus dem Verkehr gezogen. Sie sind in Deutschland die einzige Partei, die sich gegen den Lissabon-Vertrag stellt und somit genau das verhindert, was Europa braucht, nämlich den Konsens über die Lissabon-Strategie, mehr Rechte für das Europäische Parlament, aber auch mehr demokratische Rechte.

(Judith Lannert (CDU): Und Sie versenken gerade Ihre Rede!)

Ich wünsche mir, dass Sie zu diesem Konsens zurückkehren, damit wir uns in Deutschland gemeinsam – ich glaube, wir haben hier eine große Mehrheit – auf dem Bo-

den des Lissabon-Vertrags einigen und Europa voranbringen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Europa brauchen wir neben dem wirtschaftlichen Ansatz aber auch den sozialen Ansatz. Den müssen wir in den Vordergrund stellen. Wir brauchen nicht ein Europa nur der Wirtschaft, sondern wir brauchen dringend ein Europa, das auch sozial zusammenkommt, das sich soziale Normen setzt. Nur so können wir die Mehrheit in dieser Gesellschaft mitnehmen.

Wir brauchen eine europäische Politik, die sich ganz klar auf den Weg begibt, um eine europäische Wissensgesellschaft zu begründen. Im Jahr 2009 befinden wir uns im Jahr der europäischen Kreativität und Innovation. Ich hoffe, das wird in vielen Schulen als Projekt umgesetzt. Das sollte auch für uns ein Ansporn sein. Herr Minister, Sie haben nicht erwähnt, dass wir das in vielen Schulen als Projekt voranbringen.

Ich möchte noch auf ein weiteres Thema eingehen, das Frau Osterburg hier eben nur am Rande gestreift hat. Wie wird das Projekt Europa weitergehen? Haben wir eine Perspektive? Haben wir Visionen von Europa?

Ich verstehe Europa in Zukunft nicht als eine Festung, die dichtmachen muss, die sich gegenüber dem Rest der Welt abschotten muss. Ich glaube, wir können es nicht hinnehmen, dass jeden Tag, jede Woche Menschen im Mittelmeer ertrinken und sich diese Europäische Union in Zukunft nicht darauf verständigen kann, eine einheitlich geregelte europäische Zuwanderungspolitik in Angriff zu nehmen.

Da ist auch Deutschland sehr stark in der Verantwortung. Das können wir nicht an Italien oder Spanien abschieben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Frau Osterburg, Sie haben es angesprochen, und der Herr Minister hat einen Schlenker dazu gemacht: Sie wollen eine Partnerschaft mit einer Region in der Türkei. Ich habe gedacht, Sie sagen hier etwas zum Türkeibeitritt – eine der Fragen, die in den nächsten Jahren sehr wohl auf der Agenda steht.

(Judith Lannert und Peter Beuth (CDU): Sagen Sie doch etwas dazu! – Gegenruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er ist doch gerade dabei! – Minister Jörg-Uwe Hahn: Der Tarek muss helfen!)

Ich sage Ihnen: Es ist ein verhängnisvoller Fehler, wenn wir die türkischen Reformbemühungen dadurch torpedieren, dass wir ihnen jede Aussicht auf einen Beitritt nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Hahn, das habe nicht ich gesagt, sondern das hat Ihr außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, Herr Hoyer, gesagt – und wenn wir mit der FDP in vielen Punkten nicht einig sind, so sind wir uns in diesem Punkt durchaus einig. Ich hoffe, Sie auch.

(Zuruf des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

Ich hoffe, es gibt noch Teile innerhalb der Union und der FDP, die ihre Versprechen von damals auch ernst nehmen und die Türkei nicht ausgrenzen.

Die Europäische Union ist kein Projekt, das mit dem Glauben in Verbindung gebracht wird, sondern mit demokratischen Werten; Europa muss als Friedensprojekt gese-

hen werden. Es ist kein Projekt des christlichen Glaubens, ausdrücklich nicht.

(Horst Klee (CDU): Dann klären Sie den Begriff der demokratischen Werte, ehe Sie hier darüber schwadronieren!)

Sie wissen genau, natürlich muss es in der Türkei noch einen Prozess geben. Der hat begonnen. Aber wir haben der Türkei 40 Jahre lang eine Beitrittsperspektive gegeben,

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

und wenn es in der Türkei jetzt Bemühungen um einen solchen Reformprozess gibt, wir jetzt aber diese Tür zu machen, dann wird das wirklich verhängnisvoll.

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Deshalb: Es gibt Verträge, und diese Verträge müssen eingehalten werden. In ein paar Jahren werden wir uns darüber unterhalten, ob die Türkei diese Verträge erfüllt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Horst Klee (CDU): Dafür muss man etwas machen!)

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt eigentlich darauf gewartet, dass diese Regierung neben dem Projekt der Wirtschaftsförderung auch noch etwas anderes sagt. Herr Hahn, Sie haben aber nichts gesagt, außer: Wir müssen uns für Hessen in Europa starkmachen, wir müssen unsere Vertretung in Brüssel dazu ausbauen, damit hessische Wirtschaftsinteressen dort umgesetzt werden können.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Es ging um Arbeitsplätze!)

Herr Hahn, Sie haben da etwas missverstanden. Die Interessenvertretung von Hessen in der Europäischen Union kann doch nicht darin bestehen, dass wir jetzt eine Handelsmission in Brüssel eröffnen oder dort eine Nebenstelle der IHK bilden. Nein, die Hessische Landesvertretung ist eine Vertretung, die allen Bürgern offenstehen soll. Sie müssen sie doch zu einem Bürgerbüro machen, nicht zu einer Handelsvertretung. Das vermisste ich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe des Abg. Horst Klee (CDU) und des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

Ich habe schon gesagt: Bei Ihnen stehen Themen wie Verbraucherschutz, soziale Themen, Themen, die sich mit dem Begriff Umwelt beschäftigen, überhaupt nicht im Mittelpunkt. Die Europäische Union hat zukünftig darin einige ihrer Hauptaufgaben. Diesen Hauptaufgaben müssen wir uns in Zukunft widmen.

Wir müssen es schaffen, europäische Wirtschaftspolitik mit der Umwelt zu verbinden. Ich begrüße es ausdrücklich, wenn sich die SPD-Fraktion jetzt auch für einen Green New Deal ausspricht; dann sind wir an diesem Punkt einer Meinung: bei der Verbindung der europäischen Wirtschaftspolitik mit der Umweltpolitik über neue wirtschaftspolitische Ansätze bei der Förderung erneuerbarer Energien, der Förderung der Nachhaltigkeit. Wenn es uns nicht gelingt, das in der europäischen Politik umzusetzen, dann wird es schwer werden, in den nächsten Jahren in Europa glaubhaft diese Umweltpolitik voranzubringen. Dann wird es aber auch für Europa schwer, glaubhaft internationales Gewicht zu erhalten oder zu gewinnen, um diese Dinge auch auf der Weltbühne umsetzen zu können. Das ist von ganz zentraler Bedeutung.

Herr Minister, Sie müssen dafür sorgen, dass die Mittel, die von der Europäischen Union kommen – Sie haben sie hier aufgezählt, das sind nicht unerhebliche Mittel für die Strukturfonds und für den ländlichen Raum –, zielgerichtet in Hessen eingesetzt werden. Das liegt in Ihrer Verantwortung, zusammen mit den Ministerien, die diese Mittel ausgeben.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Ja!)

Ich finde, da ist noch einiges zu tun, um zielgerichtet europäische Mittel in die ländlichen Regionen zu leiten.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Nicht nur in die ländlichen Regionen!)

Es gibt hier erhebliche Potenziale. Die liegen zum Teil brach. Ich finde, hier ist Ihr Engagement gefragt, damit diese Mittel in den ländlichen Regionen ankommen und dadurch den Leuten auch ein Gefühl gegeben wird, Europa ist ein Projekt, das auch den Leuten vor Ort wirklich etwas bringt.

In jedem anderen Land sehen Sie es deutlich. Dort steht ein großes Schild „Europa fördert ...“ Bei uns sehen Sie das nicht. Ich wünsche mir, dass bei vielen Projekten, in denen 30 oder 40 % europäische Mittel stecken, auch dieses Schild steht – damit die Leute wissen: Viele Entwicklungsprojekte in den ländlichen Regionen sind von der Europäischen Union gefördert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ich mir nicht wünsche – wir hatten diese Debatte –, ist, dass europäische Mittel für die ländlichen Regionen abgezweigt werden, um unsinnige Projekte wie den Flughafen Kassel-Calden zu fördern. Das ist mit Sicherheit kein Projekt, wo ich mir ein solches Europa-Schild wünsche.

(Horst Klee (CDU): Fragen Sie einmal den ehemaligen Ministerpräsidenten!)

Ich würde mir auch wünschen, dass Sie bei der Umsetzung vieler nationaler Richtlinien – ich sagte es ja, bei vielen Dingen stehen Sie nicht auf dem Gaspedal – nicht auf der Bremse stünden, sondern national und in Hessen das umsetzen, was die Europäische Union vorgibt.

Was ist denn mit der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie, die wir umsetzen müssen? Da denke ich nur an die Werra, an die Versalzung. Wo ist da Hessen?

Ich finde, Hessen muss gerade bei diesem Projekt erst einmal seine Hausaufgaben machen, um dann vielleicht sagen zu können: In Hessen sind wir bei der Umsetzung vieler europäischer Naturschutzrichtlinien führend. – Auch das vermisste ich an dieser Stelle. Herr Hahn, von Ihnen und vom Umweltministerium erwarte ich mir da einfach positive Ansätze und Innovationen, die Sie aus Europa mitnehmen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben es gesagt: 70 % des Rahmens der Umweltgesetze werden im Europäischen Parlament gesetzt. Es sind gerade die Umweltgesetzgebungen, die in erster Linie positiv aus Brüssel kommen. Und wir sagen: Da ist Deutschland nicht immer an der Spitze derjenigen, die in Europa etwas voranbringen. Wir erinnern uns nur an die Kanzlerin, die bekanntlich verhindert hat, dass die Abgasrichtlinie früher in Kraft tritt.

Ich denke, wir haben uns in Deutschland keinen Gefallen damit getan, da auf der Bremse zu stehen. Wir müssen es



als Chance bewerten, dass wir umwelttechnologisch an der Spitze stehen. Das nehmen Sie nicht wahr. Ich wünsche mir, dass Sie das in Zukunft auch einbringen und nicht in vielen Punkten – gerade bei der Umweltgesetzgebung – auf der Bremse stehen.

Eine Kanzlerin, die an die Gletscher fährt, sich dort abbilden lässt und sagt, Europa sei toll, Europa müsse führend sein, aber ein Jahr später bei der Wirtschaftskrise schon wieder sagt, wir sollten all dies einmal vergessen, denn wir müssten uns um die Wirtschaftspolitik kümmern, macht keine glaubwürdige Politik. Die Bürger draußen werden dies merken, und sie werden sich dem auch entgegenstellen.

Europa kann nur gelingen, wenn wir Umwelt und Wirtschaft zusammenbinden und wirklich ein Projekt daraus machen. All das sehen Sie nicht. Sie sehen diese Verbindung nicht. Sie sehen den Umweltschutz immer noch als Bremse. Solange Sie das noch nicht verstanden haben, werden Sie Europa nicht voranbringen. Dafür stehen wir, Herr Hahn.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Schluss. Ein Jahrestag – –

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

– Sie sind doch der gescheiterte Europapolitiker, dann können Sie ja noch etwas dazu sagen und sich zu einer Kurzintervention melden.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte nur noch einen Punkt nennen. Der Auflistung für die Zukunft können Sie noch eines hinzufügen, und zwar warum wir als GRÜNE mit Europa so stark verbunden sind. Denn wir sind die Europapartei. Wir begleiten diesen Prozess, und wir bringen Europa nach vorne.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind vor 30 Jahren zum ersten Mal bei der Europawahl als Gesamtpartei angetreten. Wir haben damals unseren Erfolg begründet. Genau an diese Politik knüpfen wir an. Wenn es jemanden gibt, der über Europa glaubwürdig reden kann, dann sind es wohl die GRÜNEN. Große Europäer wie Daniel Cohn-Bendit

(Zurufe von der CDU: Oh! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, so ist es!)

sind auf europäischer Ebene wirklich diejenigen, die für Europa sprechen. An diese Tradition wollen wir anknüpfen. Das ist kein kleines Karo, wie das Herr Hahn hier von sich gibt, sondern wir brauchen europäische Politik im großen Rahmen und ein Hessen, das vorangeht und nicht auf der Bremse steht. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Häusling. – Herr van Ooyen, ich darf Ihnen jetzt für die Fraktion DIE LINKE das Wort erteilen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt wird die Internationalität der LINKEN zu Grabe getragen!)

#### Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Häusling, viele von uns in der LINKEN haben die Parole „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ noch nicht vergessen. In diesem Geist sind wir groß geworden, und er hat uns bisher auch noch nicht verlassen.

(Horst Klee (CDU): Die Produktion steht still, wenn der starke Arm es will!)

– Herr Klee, es ist auch richtig, dass dies auch für Federal-Mogul gilt. Herr Klee, es ist ganz wichtig, dass in Ihrer Heimat hier in Wiesbaden die Kolleginnen und Kollegen von Federal-Mogul sagen: „Die Produktion steht still, wenn der starke Arm es will!“ Wenn irgendjemand aus dem Betrieb entlassen werden soll, dann stehen die Kolleginnen und Kollegen jedweder internationaler Herkunft zusammen und sagen: „Nicht mit uns!“ Das ist ganz klar.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nur der starke Arm von Oskar! Das ist das Problem!)

Erlauben Sie mir zunächst eine Klarstellung: Wir, die LINKEN, die Sozialisten, die Arbeiterparteien, verstehen uns als die ältesten Verfechter des europäischen Gedankens.

(Lachen bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Internationale Solidarität ist ein wesentlicher Teil unserer Geburtsurkunde.

(Beifall bei der LINKEN)

Deutlichster Ausdruck ist unser Nein zum Krieg. Es war Jean Jaurès, der große französische Sozialist, der kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges ausrief, dass Arbeiter nicht auf Arbeiter schießen. Das war die gemeinsame Position der II. Sozialistischen Internationale in Basel im Jahre 1912. Damals bekannten sich auch viele Sozialdemokraten dazu.

Es kam anders. Schuld waren Großmachtinteressen und Profitsucht, Nationalismus und Chauvinismus. Die Zeche zahlten die kleinen Leute mit unermesslichen Opfern. Wenn wir uns heute kritisch mit der Europäischen Union auseinandersetzen, dann deshalb, weil die Menschen darüber mitentscheiden wollen, ob militärisch oder sozial aufgerüstet werden soll. Wir wollen, dass die soziale Verpflichtung des Eigentums Vorrang vor der Freiheit des ungezügelten Marktes hat.

Wir wollen, dass die öffentlichen Dienstleistungen ausgebaut und nicht mit Bolkestein-, Arbeitszeit- und Entsende-richtlinien entsorgt werden.

(Beifall bei der LINKEN – Horst Klee (CDU): Eieiei!)

Und wir wollen, dass der Europäische Gerichtshof den sozialen Rechten Vorrang vor der Profitorientierung geben muss. Dazu brauchen wir eine soziale Grundverständigung, die andere Maßstäbe setzt als der Lissabon-Vertrag.

Dies wird auch durch die jüngste Umfrage belegt, diese zeigte letzte Woche ganz interessant, dass über 70 % der deutschen Bevölkerung Neuverhandlungen über den Lissabon-Vertrag wollen, um der Abrüstung und den sozialen Standards Vorrang einzuräumen.

Deshalb wollen wir LINKEN ein Signal setzen gegen die Phrasen des neoliberalen Einheitsdenkens, die uns vorgaukeln, es gebe keine Alternativen zur herrschenden Po-

litik. Angeblichen „Zwängen der Globalisierung“ sowie einer Europäischen Union, die uns lediglich Militarisierung, Umweltzerstörung und weiteren Sozialabbau bringt und gleichzeitig die globale Armut und globale Probleme mehrt, setzen wir eine Globalisierung der Solidarität, des Widerstands und der Alternativen entgegen.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Weil wir Armut, Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und prekäre Beschäftigung in ganz Europa nicht hinnehmen, setzen wir uns für eine Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik ein, die sich nicht an Börsennotierungen, sondern an den Bedürfnissen der Menschen und dem Schutz der Natur orientiert. Dazu gehören sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, Mindeststandards bei Kranken-, Arbeitslosengeld und Renten sowie europäische Mindestlöhne. Der Ausbau der Mitbestimmungsrechte gehört für uns zu einem demokratischen Europa, ohne Wenn und Aber.

Qualitativ hochwertige Bildung ist für uns ein öffentliches Gut, zu dem alle Menschen freien Zugang haben müssen. Ein soziales Europa muss in der Lage sein, politische Lösungen zu finden und politische Alternativen zur Militarisierung Europas zu entwickeln. Das Ziel ist eine Weltordnung auf der Grundlage von Frieden und Solidarität.

Die Maßnahmen des GATS-Übereinkommens der WTO, die Dienstleistungsrichtlinie und alle künftige Richtlinien, mit denen die öffentlichen Dienste weiter liberalisiert oder privatisiert werden sollen, werden wir zurückweisen. Die öffentlichen Dienste dürfen nicht zu einer Ware werden, die den Spielregeln des Marktes gehorcht.

Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte sind zu stärken. Die demokratische Kontrolle der Wirtschaft muss ausgeweitet, die Verursacher der Krise aus Politik und Wirtschaft müssen zur Zahlung herangezogen werden. Vor allen Dingen müssen abgeschlossene Tarifverträge und die Tarifautonomie verteidigt werden.

Die grundlegende Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik, die wir wollen, muss einhergehen mit einer umfassenden, allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit. Nur so ist das Ziel, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, zu erreichen. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist auch von großer kultureller Bedeutung.

Wir brauchen eine andere, eine neue Energiepolitik, die auf der Entwicklung neuer Energiequellen und der Einsparung von Energie beruht. Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung sind zu den grundlegenden Erfordernissen zu zählen.

Ein neues europäisches Sozialmodell hat der Gleichstellung der Geschlechter Rechnung zu tragen und muss in alle Politikbereiche integriert werden. Für ein derartiges Sozialmodell werden wir auf die Zusammenarbeit der linken Kräfte gemeinsam hinarbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lokal und regional verankerte globale Bewegungen, die auf der europäischen Ebene vernetzt sind, sind die Grundvoraussetzung dafür, dass reale Schritte in Richtung Frieden und individuelle Freiheit, soziale Gleichheit, Solidarität und Vernunft im Umgang mit der Natur gegangen werden.

(Aloys Lenz (CDU): Das ist doch schon geschehen!)

Diese Schritte müssen heute, ausgehend von Verteidigungskämpfen um erreichte soziale und demokratische

Standards, um öffentliche Leistungen und öffentliches Eigentum, durchgeführt werden.

Im Europäischen Sozialforum, im europäischen Sozialforumsprozess wollen wir zum einen die Akteure demokratischer Kämpfe und politischer Aktivitäten auf der lokalen, regionalen, nationalstaatlichen und EU-Ebene europaweit vernetzen – für ein Europa der Menschen, das solidarisch mit den Menschen im globalen Süden und offen gegenüber der Welt ist. Zum anderen wollen wir die globalen Bewegungen für eine Welt freier, sozial gleicher und solidarischer Menschen stärken.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen, ausgehend von unseren Erfahrungen, von unseren alltäglichen sozialen und politischen Aktivitäten und unserer – so haben wir das im europäischen Sozialforumsprozess genannt – „Charta der Prinzipien für ein anderes Europa“, an die Arbeit für einen sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft und Europas gehen.

Die Kriegsursachen wurden und werden durch die Herrschenden in den Zentren der kapitalistischen Weltwirtschaft produziert. Die geltenden europäischen Verträge und die Politik der Europäischen Union sowie ihrer Mitgliedstaaten haben das Anwachsen der Kriegsursachen befördert.

(Horst Klee (CDU): Was ein Blödsinn! – Aloys Lenz (CDU): Das ist eine Unverschämtheit!)

– Doch, das ist eindeutig. Die Krise, von der Frau Osterburg überhaupt nicht geredet hat, gibt es in Europa tatsächlich. Ich will es nur einmal andeuten. – Dahinter stehen letztendlich die herrschenden kapitalistischen Produktions- und Konsumtionsweisen, die kapitaldominierten Lebensweisen großer Teile der Bevölkerung für ein solches Produkt.

(Clemens Reif (CDU): Schauen Sie sich einmal selbst an!)

Sie sind zugleich die Ursachen für soziale Nöte, Unterdrückung und Fremdbestimmung, für globale gesellschaftliche Spaltung in Nord und Süd, für Armut, Elend und viele kriegerische Konflikte im globalen Süden, für die Zerstörung des Klimas und der natürlichen Lebensgrundlagen, für die zutiefst ungerechte Aneignung und Nutzung von Energie- und Naturressourcen, von Flächen für die Lebensmittelproduktion.

(Clemens Reif (CDU): Ein Ferienhaus in Bordeaux besitzen und hier den Proletarier spielen!)

Die UN-Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation, FAO, meldete im September 2008, dass sich die Zahl der weltweit Hungernden von 854 auf 923 Millionen Menschen erhöht hat. 1,4 Milliarden Menschen gelten als Working Poor. 2,8 Milliarden Menschen leben von weniger als 2 \$ am Tag, 1,2 Milliarden von weniger als 1 \$.

Die Europäische Union hat einen hohen Anteil an diesen skandalösen Tatsachen. Hier – also in diesem EU-Europa – gibt es offiziell 78 Millionen Arme, darunter 19 Millionen jünger als 17 Jahre. 19 % der Kinder und Jugendlichen unter 17 Jahren leben unter der Armutsgrenze.

Doch in Europa werden die Ressourcen nicht vor allem zur Bekämpfung von Armut eingesetzt. Vielfach werden sie verschwendet und die überlasteten Ökosysteme weiter übernutzt. Vor allem die Konzerne der Energiewirtschaft, aber auch der Automobilbranche, der Chemie- und

Agrarindustrie und das Militär zerstören natürliche Lebensgrundlagen.

(Clemens Reif (CDU): Sie ziehen die Glaubwürdigkeit mit Ihrem Bordeaux --)

– Bordeaux-Wein wird auch von Proletariern hergestellt, der ist ganz köstlich.

In den nächsten zehn Jahren wird entschieden, ob die globale Klimakatastrophe noch abgewendet werden kann. Sie trifft wiederum zunächst die global Ärmsten.

Soziale Ungleichheit bedeutet immer, dass Menschen nicht frei sind, nicht über ihr Leben bestimmen können, dass sie mit Repressionen konfrontiert sind und sich nicht oder nur sehr beschränkt in die Entwicklung der Gesellschaft einbringen können.

(Leif Blum (FDP): Aber eure Gleichheit hat die Freiheit gebracht?)

In diesem Sinne werden wir das Anliegen des GRÜNEN-Antrages mittragen, zumal wir bereits im Europaausschuss in der letzten Legislaturperiode der EU-Gleichbehandlungsrichtlinie als Grundlage hessischer Politik zugestimmt haben.

Um es konkret zu machen: Wir wollen die Vervollkommnung der EU-Grundrechtecharta hinsichtlich der sozialen Rechte, der Rechte von Ausländerinnen und Ausländern und des Schutzes der individuellen Freiheitsrechte. Diese sollen unverzüglich umgesetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Vor dem Hintergrund einschneidender EuGH-Urteile zur Arbeitsvergütung, zum sozialen Schutz von Beschäftigten und zu gewerkschaftlichen Aktionsmöglichkeiten fordern wir, die Europäischen Verträge so abzuändern, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Diskriminierung und Sozialabbau geschützt werden.

Es muss sofort aufhören, dass vor den Küsten der EU Menschen ertrinken, dass sich die EU vor und innerhalb ihrer Außengrenzen mit Lagern vor unliebsamen Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten „schützt“.

(Beifall bei der LINKEN)

Menschenrechtswidrige Frontex-Einsätze sollen sofort eingestellt, die „Shame Directive“ aufgehoben werden.

Über die Annahme europäischer Verträge müssen prinzipiell Volksabstimmungen entscheiden.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

Es sollen klare Regelungen zum Schutz personenbezogener Daten auf der Unionsebene erarbeitet und angewandt werden.

Das Recht auf einen existenzsichernden Mindestlohn bzw. eine individuelle existenzsichernde Grundsicherung soll kurzfristig EU-weit gewährleistet sein.

Sofort muss wirksam und nachhaltig gegen Finanz- und Wirtschaftskrisen vorgegangen werden.

Jetzt muss begonnen werden, das Konzept „Decent Work“ – die Forderungen der internationalen Gewerkschaftsbewegung – konsequent zu realisieren.

Die Einführung einer einheitlichen Steuerbasis und eines Mindestsatzes für Körperschaftsteuern in Europa ist notwendig, ebenso die Erhebung einer spezifischen Primär-

energie- und CO<sub>2</sub>-Steuer sowie der Tobin Tax bzw. Finanzumsatzsteuer. Das sind Forderungen, die wir auch an Europa erheben.

Die Europäische Union soll unverzüglich auf alle Maßnahmen und Projekte verzichten, die ihre militärische Angriffsfähigkeit erhöhen. Sie soll sofort deutlich machen, dass sie die Prioritäten ihrer Außenpolitik grundsätzlich überdenkt – insbesondere durch den sofortigen Ausstieg ihrer Mitgliedsländer aus Militäreinsätzen, die Auflösung der Battle Groups und die Umwandlung der Europäischen Verteidigungsagentur in eine Abrüstungsagentur.

(Beifall bei der LINKEN)

Die EU soll nur Importe von Waren fördern, wenn die Herstellerländer alle Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO, der Weltgesundheitsorganisation und das Kyoto-Protokoll einhalten bzw. einen entsprechenden Stufenplan dafür verfolgen, der sie diesen Zielen näher bringt.

Jeder Handels- und jeder Kooperationsvertrag der Europäischen Union soll die Menschenrechtsklausel enthalten; ihre Umsetzung muss wirksam kontrolliert werden.

Indem Akteure Gemeinsamkeiten mit anderen suchen, sich die Probleme der anderen, insbesondere der Schwächeren und Schwächsten, aneignen und zuerst solche Handlungsoptionen für die politische Problembearbeitung einspielen, über die andere nicht verfügen, werden neue politische Bündnisse und solidarisches Miteinander entwickelt. Sie sind die Voraussetzungen für gesellschaftliche Transformationsprozesse in Richtung individuelle Freiheit in sozialer Gleichheit, gesellschaftlicher Solidarität und intakter Natur.

Wir sind nicht der Auffassung, wie in dem Antrag von FDP und CDU formuliert, dass angesichts der Krise die Kontrollmechanismen abgebaut werden sollen. Die umfassende Deregulierung hat mit Bürokratie- und Verwaltungsabbau wenig zu tun. Im Gegenteil, die Kontrollen in wichtigen Bereichen müssen ausgeweitet, und hier muss tatsächlich besser kontrolliert werden.

Für diese Ziele werden wir im Europawahlkampf eintreten. Wir werden den Europawahlkampf aktiv gestalten. Dazu haben wir uns mit vielen Gewerkschaften und vielen Initiativen auch beim Europäischen Sozialforum als einer gemeinsamen Plattform für die politische Auseinandersetzung in diesem Wahlkampf eingesetzt. Beim nächsten Europäischen Sozialforum im Juni des nächsten Jahres in Istanbul werden wir diese Arbeit fortsetzen und vertiefen. Wir gehen davon aus, dass DIE LINKE in Europa natürlich mit der Türkei als Mitgliedstaat in einem gemeinsamen Europa zu tun haben wird. Deshalb lasst uns von unten dieses gemeinsame Europa weiterentwickeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein kurzes Wort noch zu dem SPD-Antrag, der uns erst heute Morgen vorlag. Thorsten Schäfer-Gümbel hat schon einiges dazu gesagt. Ich hoffe, dass er noch einmal darüber nachdenkt, ob nicht in den Formulierungen, die gemeinsam zwischen SPD und DGB zustande gekommen sind, etwas weiter gehende Formulierungen zu finden sind als in dem vorliegenden Antrag. Wir werden noch einmal darüber nachdenken, ob nicht so eine Plattform, die gemeinsam von SPD und DGB entwickelt worden ist, eine bessere Grundlage für einen Entschließungsantrag sein könnte als der jetzt vorgelegte. Ich denke, es war deshalb gut, dass wir es an den Ausschuss gegeben haben. Viel-

leicht kann man da im Einzelfall noch einmal darüber reden.

Grundsteine für das andere, bessere Europa legen wir aber auch am kommenden 16. Mai in Berlin. Berlin ist neben Brüssel und Prag eine der europäischen Metropolen, in denen wir mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund für einen Sozialpakt für Europa demonstrieren werden. Die Krise soll bekämpft, die Verursacher sollen zur Zahlung veranlasst werden. Schön wäre es, wenn dort viele Kolleginnen und Kollegen für ein soziales Europa zusammen demonstrieren würden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke schön, Herr van Ooyen. – Herr Krüger, Sie haben die Möglichkeit, jetzt Ihre Position für die FDP-Fraktion vorzutragen. Bitte schön.

#### **Fritz-Wilhelm Krüger (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss sagen: Nach den letzten – ich weiß nicht – 15 Minuten fällt es einem wirklich schwer, wieder zu dem Thema zurückzukommen. Herr van Ooyen, das, was Sie hier vorgetragen haben, kann ich wirklich nur in Abwandlung eines Zitats aus Bayern vom Nockherberg klassifizieren: Der linke Herr van Ooyen über die linke Europapolitik des Herrn van Ooyen aus der Sicht des Herrn van Ooyen. – Das war der Inhalt Ihres Vortrags.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Hugo Klein (Freigericht) (CDU))

Oder, ernsthafter qualifiziert: Sie haben wieder versucht, uns einzureden, dass die EU militaristisch und neoliberal ist. Sie wollen die gesamte EU zu Grabe tragen, wie Sie das in diesem Hause schon einmal getan haben.

(Abg. Janine Wissler (DIE LINKE): Belege!)

Meine Damen und Herren, da kann ich nur antworten, wie es öfter mal geschieht. Ich antworte mit einem Zitat: „Aus ideologischen und parteitaktischen Gründen befasst sich die Linkspartei zu wenig mit den wirklichen Inhalten des Lissabon-Vertrages.“ Das ist ein wortwörtliches Zitat Ihrer Europaabgeordneten Kaufmann, nachzulesen in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vom 15. Februar 2009.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer diese Diskussion auch nur in den Ansätzen verfolgt hat, der weiß, dass man das, was wir hier eben vonseiten der LINKEN geboten bekommen haben, nicht ernst nehmen darf. Ehrlich gesagt, weigere ich mich, dass wir uns in diesem Haus auf diesem Niveau mit dem Thema Europa und dem Lissabon-Vertrag auseinandersetzen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Damit ist alles gesagt, was meines Erachtens zu diesem Beitrag der LINKEN anzumerken ist. Jedes Wort mehr wäre tatsächlich eine gewisse Verschwendung. Ich bin sonst nicht so. Aber in diesem Fall muss ich das klipp und klar sagen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Sie reden immer noch über uns! – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als diese Regierungserklärung auf die heutige Tagesordnung gesetzt wurde, war ich eigentlich der Meinung, dass wir uns im Wesentlichen in großer Einigkeit damit auseinandersetzen, dass es erhebliche Fortschritte in Bezug auf die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon gegeben hat.

Es ist vorhin schon einmal erwähnt worden: Wir alle sollten uns eigentlich darüber freuen, dass es nur noch eine letzte Hürde gibt. Diese ist das Referendum in Irland. – Wer die Meldungen der letzten Zeit verfolgt hat, der weiß, dass insbesondere nach den Ergebnissen der Abstimmung in Tschechien diese Hürde ganz offensichtlich zu nehmen sein wird. Leider Gottes, muss ich sagen, haben wir von dieser – ich sage einmal – positiven Nachricht hier heute nicht sehr viel gehört. Das war eine ganz große Enttäuschung, und es tut mir aufrichtig leid.

Ich habe noch einmal einen Blick in Ihre damals von GRÜNEN und SPD geplante Koalitionsvereinbarung geworfen. Ich war eigentlich davon überzeugt, dass heute zumindest 50 % der Beiträge zu Europa so wären, dass man sogar Beifall klatschen könnte – zu den 50 % in der damals zumindest beabsichtigten Koalitionsvereinbarung mit der SPD. Das, was der Kollege Häusling hier heute geboten hat, kann ich überhaupt nicht mehr nachvollziehen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Natürlich muss man das alles mit einem guten Schuss Humor machen. Ich finde es schon sehr humoristisch, uns Herrn Daniel Cohn-Bendit als großen Europäer hier sozusagen gleichberechtigt mit Adenauer, Schuman usw. vorzuführen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist humoristisch sicher in Ordnung. Ob es ein wesentlicher Beitrag für unsere heutige Debatte und eine Ergänzung zu der Regierungserklärung ist, wage ich etwas zu bezweifeln.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich muss klipp und klar sagen: Dieser ganze Beitrag der GRÜNEN hat nichts anderes gezeigt, als dass Sie bei der Regierungserklärung nicht zugehört haben. Das kann ich möglicherweise noch nachvollziehen.

(Demonstrativer Beifall der Abg. Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Marius Weiß (SPD) – Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie kennen Herrn Hahn schon länger!)

– Nein, aus Sicht der GRÜNEN kann ich es nachvollziehen, persönlich nicht.

Was man aber nicht mehr nachvollziehen kann, ist, dass Sie sie nicht einmal gelesen haben. Auch diese Chance haben Sie gehabt. Meine sehr geehrten Damen und Herren und insbesondere liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wenn Sie das gelesen hätten, lässt sich überhaupt nicht mehr nachvollziehen, was Herr Häusling hier von sich gegeben hat. Denn es sind klare und deutliche Ausführungen zu dem Thema Finanzplatz und Versicherungsstandort Frankfurt gemacht worden – ich kann

es jetzt nur schlagwortartig machen; ansonsten läuft die Zeit wieder davon –,

(Zuruf des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

zum Verkehrsdrehkreuz usw. Es ist ausführlich erläutert worden, dass das Antragskompetenzzentrum keine eigene Behörde oder was auch immer in dem Sinne werden soll, wie Sie es hier dargestellt haben. Es ist ausführlich über die Bedeutung von Regionalpartnerschaften gesprochen worden.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich nenne außerdem das Thema Ausschuss der Regionen und die Landesvertretung in Brüssel. Das alles ist klipp und klar nachzulesen und von Herrn Hahn ausführlich und sachlich hier begründet worden. Das gilt auch für das Thema der Förderung der deutschen Sprache und das Thema Bildung und, und, und.

Dann bekommt man einen solchen Beitrag geliefert, der entweder schon beinahe Ansätze von Vergesslichkeit innerhalb von Minuten zeigt oder im Grunde genommen nur noch als bössartige Missinterpretation zu werten ist.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Ich schlage vor – das können wir in den nächsten Tagen sicher tun -: Wir lesen einmal die Rede von Herrn Hahn nach und dann den Redebeitrag von Herrn Häusling und stellen sie einmal gegenüber.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Häusling ist dreimal besser! – Zuruf des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

– Herr Hahn, ich stimme Ihnen auf Ihren Einwurf zu: Das muss man sich nicht unbedingt antun. Aber es ist vielleicht den Schweiß der Edlen wert, um das Thema noch einmal zu erläutern und zu zeigen, was Sie gesagt haben und was hier daraus gemacht worden ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Herrn Häusling schläft niemand ein!)

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, jedenfalls war es nichts anderes als das Abarbeiten an der Person des Ministers. Zur Sache haben Sie für dieses Thema hier heute jedenfalls nichts beigetragen, außer zu erklären, wer aus Ihrer Sicht großer Europäer ist und wer heute für die europäische Einigung zu feiern wäre.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dann kommen wir zu einem Thema, das sich in allen Bereichen, letztendlich auch in dem SPD-Antrag wiederfindet.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie reden nur über die anderen!)

Das Thema Europa wird ausschließlich auf das Thema Umwelt und Soziales reduziert.

Es ist zwar sehr kreativ, das auch in Englisch zu machen: New Green Deal oder Green New Deal – oder weiß der Teufel was. Es ist nichts anderes als ein „New Word“ für eine uralte Sache. Egal, wie Sie das Ding nennen, es wird dadurch nicht besser.

(Beifall bei der FDP)

Denn Umwelt und Soziales ist ein Thema. Ich verstehe auch diese reflexhaften Reaktionen nicht mehr, dass man sich immer dann, wenn die FDP in diesen Bereichen einmal den Finger für eine vernünftige Politik hebt, darauf stürzt.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wann denn das? – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich will versuchen, das anhand des SPD-Antrags klarzumachen.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn man die Punkte 1 und 2 des SPD-Antrages liest, hat man den Eindruck: Das könnte ein wunderbarer Einstieg in einen gemeinsamen Antrag sein.

Dann liest man aber weiter und stellt fest, dass am Ende oder schon in der Mitte von Punkt 2 die Feder ein Stückchen nach links rutscht. Bei Punkt 3 rutscht sie endgültig nach links, wenn es um das Thema Hedgefonds und Private-Equity-Investoren geht, wenn es um das Thema Banken und die überheblichen Formulierungen geht.

Sie können sich darüber beschweren, aber ich frage mich, wie die SPD im Hessischen Landtag „mit Genugtuung“ feststellen kann, „dass das deutsche Bankensystem mit öffentlich-rechtlichen ...“ Das ist zwar inhaltlich richtig, aber das stellt man doch nicht in einer Europäischen Gemeinschaft gegenüber den Nachbarn mit Genugtuung fest. Das ist ein Fehlgriff und eine Überheblichkeit,

(Beifall bei der FDP – Günter Rudolph (SPD): Das ist doch albern!)

die man beinahe bei dem berühmten Satz einordnen könnte, den ich hier nicht wiederholen will, bei dem es um das berühmte deutsche Wesen geht. – Es geht aber noch weiter.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich kann nur feststellen, dass Sie sich offensichtlich getroffen fühlen.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von was denn? – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit was haben Sie eben die SPD verglichen? – Günter Rudolph (SPD): Das war eine Unverschämtheit! Sie sollten sich entschuldigen!)

– Ich sehe überhaupt keinen Grund dafür, dass Sie sich aufregen. Sie stellen in dieser Krise mit Genugtuung fest, dass das deutsche Bankenwesen verglichen werden sollte, und stellen es den Nachbarn als Vorbild vor.

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Das halte ich für überheblich, und dabei bleibe ich. Dafür habe ich mich nicht zu entschuldigen, erst recht nicht Ihnen gegenüber, wenn Sie solche überheblichen Äußerungen treffen, ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der FDP)

Sie müssen selbst nachlesen, was Sie sich da leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich verstehe die Aufregung überhaupt nicht. Wenn man Sie auf etwas hinweist, was Sie fehlerhaft machen,

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

dann schreien Sie auf. Auf der anderen Seite hätten Sie, insbesondere meine Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, vorhin bei dem Vortrag des Herrn Häusling eigentlich weinen müssen.

Lassen Sie uns zur Sache zurückkommen.

(Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gernot Grumbach (SPD): Gute Idee!)

– Ich finde Ihre Bemerkung „Gute Idee“ richtig. Ich musste mich allerdings erst mit den unsachlichen Punkten Ihrer Anträge auseinandersetzen. Das ist wohl klar.

(Beifall bei der FDP – Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren, was in der Regierungserklärung gesagt wurde, sollten wir einheitlich noch einmal unterstützen. Ich möchte das in dem Satz zusammenfassen: Die Europäische Union ist die einzige politische Gemeinschaft der Welt, die erfolgreich Frieden, Menschenrechte, Rechtsstaat und soziale – in Klammern – Marktwirtschaft exportiert, und sie arbeitet auf der Grundlage eines urliberalen Wertes, der Freiheit. Dies sollten wir nicht vergessen.

(Beifall bei der FDP)

Wie es hier teilweise geschehen ist, was ich aber nicht kritisiere: Wir sollten uns bemühen, nicht nur hier im Hause, sondern auch darüber hinaus im Vorfeld für die Europawahl das festzustellen, was wichtig ist festzustellen, dass es nicht nur um den ökonomischen Teil der Europäischen Union geht. Es ist die Einheit der Vielfalt, es sind die Themen Wohlstand, Werte, Kultur, wiederum zusammengefasst. Ich wiederhole mich: Es ist die Vielfalt in einer Einheit oder die Einheit der Vielfalt, die das Wesen dieser Europäischen Gemeinschaft ausmacht.

Meine Damen und Herren, das ist sehr intensiv und sehr klar und deutlich in der Regierungserklärung des Ministers Hahn rübergekommen. Wir hätten uns heute auch wünschen sollen – den Aufschrei höre ich schon wieder –, dass zumindest eine etwas größere Präsenz der Kolleginnen und Kollegen bei diesem Thema existiert hätte.

(Günter Rudolph (SPD): Bei der Regierungserklärung vorhin waren sie alle da!)

– Schauen Sie einmal hinter sich, wie leer das aussieht.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Nein, ich habe ausdrücklich die SPD angesprochen. Ich habe ausdrücklich alle anderen ausgenommen.

(Günter Rudolph (SPD): Wir sind nicht mehr so viele, zu meinem Bedauern!)

Also nicht schreien, wenn Sie nicht betroffen sind. Aber die SPD, die sich hier als großer Verfechter von Europa gebärdet, sitzt mit mehr oder minder leeren Reihen da, außer dem Fraktionsvorsitzenden Schäfer-Gümbel. Sonst hat es nicht viel gegeben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Günter Rudolph (SPD): Ich habe Sie mir auch angehört!)

Damit stärken Sie nicht den Wunsch nach einer hohen Wahlbeteiligung, sondern damit schwächen Sie den Wunsch nach einer hohen Wahlbeteiligung.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie einmal etwas zu Europa!)

Das war ein nicht produktiver Beitrag zur Regierungserklärung. Damit meine ich das, was die SPD und die anderen Fraktionen hier abgeliefert haben. Wir hätten uns gefreut, wenn Sie das etwas stärker unterstützt hätten, wenn Sie dem Thema Europaverdrossenheit nicht noch Vorschub geleistet hätten, sondern diese Dinge etwas positiver dargestellt hätten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie Sie?)

Meine Damen und Herren, insofern möchte ich zu den Anträgen und zu dem Verfahren der Anträge nur noch zwei Bemerkungen machen. Ich habe es bereits gesagt, in der Formulierung der Punkte 3, 4 und 5 des SPD-Antrages besteht sicher erheblicher Umformulierungsbedarf. Sie haben aber bereits erklärt, dass Sie den Antrag in den Europaausschuss geben wollen. Dort können wir versuchen, Einigung zu erzielen.

Zu dem Entschließungsantrag der GRÜNEN haben wir bereits vor einem Jahr eine Abstimmung im Europaausschuss gehabt. Das ist jedermann noch deutlich.

(Thorsten Schäfer-Gümbel und Günter Rudolph (SPD): Jeder Frau auch!)

Deswegen sollten wir heute darüber endgültig abstimmen und das nicht noch einmal im Ausschuss haben.

Bei unserem Antrag gehen wir selbstverständlich, weil er so überzeugend ist, von Ihrer aller Zustimmung aus.

Ich bedanke mich und wünsche trotz unserer etwas auseinandergehenden Debatte, dass wir eine hohe Wahlbeteiligung bei der Europawahl am 7. Juni haben werden.

(Günter Rudolph (SPD): Bei so einer Rede wird das schwer!)

Ich glaube, es steht uns allen gut an, zu wünschen, dass die letzte Hürde – das Referendum in Irland – durch einen positiven Bescheid der Bevölkerung jetzt auch genommen wird. – Herr Präsident, normalerweise finde ich es in Ordnung, dass sich der Kollege Rudolph so aufregt. Aber ich würde es begrüßen, wenn er nicht andauernd mit seiner Nachbarin redet, sondern wenn er zuhören würde, wie wir zu dem Verfahren stehen.

(Günter Rudolph (SPD): Ich kann mehrere Sachen gleichzeitig! Aber er war nicht so spannend!)

– Nach dem Beitrag der SPD wage ich das zu bezweifeln, Herr Kollege.

Ich hoffe, wir haben einen guten Europawahlkampf und ein gutes Ergebnis. Wir werden die Europamüdigkeit überwinden, und wir werden auch in Hessen hoffentlich eine hohe Wahlbeteiligung haben. Das zumindest sollten wir uns alle gemeinsam wünschen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Krüger.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache zur Regierungserklärung des Hessischen Ministers der Justiz, für Integration und Europa betreffend eu-

ropäischer Integrationsprozess für Frieden und Demokratie.

Mit aufgerufen waren Tagesordnungspunkt 28, Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Verbesserung der Rechtsetzung in der Europäischen Union, Tagesordnungspunkt 32, Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend CDU und FDP sabotieren EU-Gleichbehandlungspolitik, und Tagesordnungspunkt 64, Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend ein Europa des sozialen Fortschritts. Nach meinem Kenntnisstand sollen alle Anträge zur weiteren Beratung dem Europaausschuss überwiesen werden. – Kein Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Dann komme ich zu **Tagesordnungspunkt 3:**

#### **Wahlen zu den Verwaltungsausschüssen und Theaterbeiräten bei den Staatstheatern**

##### **a) Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Verwaltungsausschuss und den Theaterbeirat beim Staatstheater Darmstadt**

Nach dem Vertrag zwischen dem Land Hessen und der Stadt Darmstadt über den Betrieb des Staatstheaters Darmstadt vom 9. bzw. 24. November 1971 wählt der Hessische Landtag für die Dauer seiner Wahlperiode drei Mitglieder sowie drei stellvertretende Mitglieder für den Verwaltungsausschuss des Staatstheaters Darmstadt.

Es liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP vor. – Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Wenn kein Widerspruch ergeht, kann offen über den Vorschlag abgestimmt werden. – Kein Widerspruch, dann können wir so verfahren.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Wahlvorschlag **Drucks. 18/405** zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Fraktionen der CDU, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Gibt es Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE ist der Wahlvorschlag mit großer Mehrheit angenommen. Damit sind die im Wahlvorschlag genannten Damen und Herren Abgeordneten als Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Verwaltungsausschusses und des Theaterbeirats beim Staatstheater Darmstadt gewählt.

##### **b) Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Verwaltungsausschuss und den Theaterbeirat beim Staatstheater Kassel**

Nach dem Vertrag zwischen dem Land Hessen und der Stadt Kassel über den Betrieb des Staatstheaters Kassel vom 9. bzw. 24. November 1971 wählt der Hessische Landtag für die Dauer seiner Wahlperiode drei Mitglieder sowie drei stellvertretende Mitglieder für den Verwaltungsausschuss des Staatstheaters Kassel.

Auch hier gibt es einen gemeinsamen Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP. – Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Erhebt sich Widerspruch gegen eine offene Abstimmung? – Das ist nicht der Fall.

Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen. Wer der **Drucks. 18/406** zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE ist der Wahlvorschlag mit großer Mehrheit angenommen. Damit sind die im Wahlvorschlag genann-

ten Damen und Herren Abgeordnete als Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Verwaltungsausschusses und des Theaterbeirats beim Staatstheater Kassel gewählt.

##### **c) Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Verwaltungsausschuss und den Theaterbeirat beim Staatstheater Wiesbaden**

Nach dem Vertrag zwischen dem Land Hessen und der Stadt Wiesbaden über den Betrieb des Staatstheaters Wiesbaden vom 9. bzw. 24. November 1971 wählt der Hessische Landtag für die Dauer seiner Wahlperiode drei Mitglieder sowie drei stellvertretende Mitglieder für den Verwaltungsausschuss des Staatstheaters Wiesbaden.

Auch hierzu gibt es einen gemeinsamen Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP. – Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Gibt es Widerspruch gegen eine offene Abstimmung? – Das ist nicht der Fall.

Ich lasse über **Drucks. 18/407** abstimmen. Wer möchte zustimmen? – CDU, FDP, GRÜNE und SPD. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE ist auch dieser Wahlvorschlag mit großer Mehrheit angenommen. Ich darf den Damen und Herren, die in dem Wahlvorschlag genannt sind, zu ihrer Wahl zum Mitglied bzw. stellvertretenden Mitglied des Verwaltungsausschusses und des Theaterbeirats beim Staatstheater Wiesbaden gratulieren.

Verabredungsgemäß komme ich zu **Tagesordnungspunkt 38:**

##### **Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend die Geschäftsordnung des Hessischen Landtags – Drucks. 18/403 –**

Es ist keine Aussprache vorgesehen.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Niemand. Enthaltungen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 4:**

##### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Erstes Hessisches Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz – Drucks. 18/350 –**

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs hat sich Frau Kollegin Hammann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet. Frau Hammann, Sie haben verabredungsgemäß siebeneinhalb Minuten Redezeit.

##### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Aller guten Dinge sind drei. Dies ist unser dritter Versuch, etwas zu verändern, was die Wärmedämmung bei Gebäuden angeht, die auf einer Grundstücksgrenze stehen.

Vor Ihnen liegt der Entwurf für ein Erstes Hessisches Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz. Sie merken an den Worten „erstes Gesetz“, dass noch mehrere Gesetzentwürfe kommen werden. Da, wo andere erst Konzepte in Auftrag geben müssen, handeln wir; denn wir wissen, was zu tun ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade im Gebäudebestand schlummern unglaublich große Energie-

einsparpotenziale, die bisher nicht genutzt wurden. Warum wurden sie nicht genutzt? Weil es in Hessen keine rechtlichen Regelungen gibt, die Eigentümer von Häusern, die auf einer Grundstücksgrenze stehen, in die Lage versetzen, eine nachträgliche Wärmedämmung aufzubringen, wenn es der liebe Nachbar nicht will. Dies ist ein Problem. Wir alle reden über den Klimaschutz. Wir alle reden über Energiesparmaßnahmen. An dieser Stelle hat der Gesetzgeber aber bisher versagt.

Ich habe es vorhin schon gesagt: Dies ist unser dritter Versuch. Leider ist es in der letzten Legislaturperiode nicht gelungen, eine Entscheidung herbeizuführen, eine Gesetzesänderung vorzunehmen, weil die Legislaturperiode vorzeitig zu Ende ging. Wir geben heute einen Gesetzentwurf in die Diskussion. Sie können aus dessen Inhalt erkennen, dass wir sehr wohl auch Anregungen, die vonseiten der CDU gegeben worden sind, in diesen Gesetzentwurf aufgenommen haben, weil sie sinnvoll waren. Jetzt liegt es an Ihnen, Ihren Worten auch einmal Taten folgen zu lassen.

Die Diskussion währt schon sehr lange, über drei Jahre. Wir bekommen unzählige Mails, Anrufe und Briefe, in denen uns Hauseigentümer bitten, aktiv zu werden und endlich etwas zu tun. Hier spielen ja nicht nur ökologische Aspekte, sondern sehr wohl auch materielle Fragen eine Rolle. Wer heutzutage Hauseigentum hat und nachträglich keine Wärmedämmung anbringen kann, der weiß, dass seine Immobilie an Wert verlieren wird. Gerade dieses Problem haben wir in alten Ortskernen, aber auch in alten Reihenhaussiedlungen.

Unser Gesetzentwurf greift dieses Problem auf. Er enthält neben vielen anderen Regelungen eine Duldungspflicht für den Nachbarn, dessen Grundstück an das Haus angrenzt, an dem eine Wärmedämmung angebracht werden soll. Unser Entwurf enthält aber keine Unverhältnismäßigkeiten. Das betone ich noch einmal ausdrücklich. Es gibt Bundesländer, die uns an dem Punkt voraus sind. Auch wir haben natürlich einen Blick über unsere Landesgrenze geworfen und konnten feststellen, dass man in Nachbarländern bereits reagiert und entsprechende gesetzliche Regelungen getroffen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Menschen warten auf eine Entscheidung des Hessischen Landtags, die es ihnen ermöglicht, an ihrem Haus eine Wärmedämmung aufzubringen. Wir reden hier oft über Konjunkturprogramme. Das wäre ein Konjunkturprogramm, das das Land Hessen nicht einen einzigen Euro kostet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wäre ein Konjunkturprogramm, das die Bauwirtschaft und natürlich auch das Handwerk stützen würde. Das heißt, Arbeitsplätze würden gesichert und sogar geschaffen. Das sollte uns sehr recht sein, denn wir wollen, dass gerade in diesen Bereichen Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden.

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Lassen Sie Ihren Worten Taten folgen. Wir haben hier schon Debatten darüber geführt, wie Hessen beim Klimaschutz im Vergleich mit anderen Bundesländern abschneidet: Hessen liegt auf dem beschämenden letzten Platz. Wir haben in Hessen bis jetzt im Klimaschutz nichts Positives vorzuweisen. Es ist zwar sehr löblich, dass sich die Landesregierung jetzt Gedanken darüber macht, wie man Energiekonzepte erarbeiten und vielleicht auch umsetzen kann; aber der Gesetzentwurf, den wir Ihnen heute vorlegen, bietet Ihnen die Chance, schnell eine Vorschrift um-

zusetzen, die es den Hauseigentümern ermöglicht, sich klimafreundlich, energiefreundlich und in materieller Hinsicht positiv zu verhalten.

Ich fordere Sie auf, mit uns in die Diskussion einzutreten und unserem Antrag zuzustimmen. Das dürfte Ihnen eigentlich nicht schwerfallen – angesichts dessen, was wir an Vorschlägen, die von Ihnen damals gekommen sind, in den Gesetzentwurf eingearbeitet haben. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Hammann. – Ich eröffne die Aussprache. Als Erste hat sich Frau Kollegin Wallmann für die Fraktion der CDU zu Wort gemeldet. Bitte, Frau Kollegin Wallmann.

#### **Astrid Wallmann (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie sagt man so schön? Man sagt: „Aller guten Dinge sind drei“ – wobei die besondere Betonung gewiss nicht auf dem Wort „gut“ liegt. Die GRÜNEN unternehmen nämlich bereits den dritten Anlauf, um einen Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen Nachbarrechtsgesetzes einzubringen. Um schlicht nichts anderes geht es bei dem Gesetzentwurf, den sie vorgelegt haben. Es ist ein hochtrabender Name für ein Recyclingprodukt.

(Peter Beuth (CDU): Genau!)

Kurz zur Historie: Bereits in der 16. Wahlperiode brachte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Entwurf für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Nachbarrechtsgesetzes ein. Dieser Versuch scheiterte nach der Anhörung kläglich, da insbesondere die eigentumsrechtlichen Fragen nicht abschließend geklärt waren

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er scheiterte an der CDU! So war es!)

und der Gesetzentwurf in vielen weiteren Punkten nicht handhabbar war. Mithin war die gesamte handwerkliche Umsetzung des Gesetzentwurfs einfach nur mangelhaft.

(Beifall bei der CDU)

In der vorangegangenen kurzen Wahlperiode, also vor gut einem Jahr, unternahm Ihre Fraktion einen erneuten Versuch und brachte einen in den wesentlichen Punkten nur leicht modifizierten Gesetzentwurf zu besagter Thematik ein. Aufgrund bestimmter Ereignisse – an die wir alle uns noch sehr gut erinnern können – fiel der Gesetzentwurf der GRÜNEN zusammen mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Hessischen Nachbarrechtsgesetzes und der Hessischen Bauordnung nach einer erfolgreich durchgeführten schriftlichen Anhörung der Diskontinuität anheim.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Vorgeschichte ändert jedoch nichts daran – ich glaube, darin sind wir alle uns nach wie vor einig –, dass eine zeitgemäße Reformierung des Nachbarrechts notwendig geworden ist. Dabei gilt es, den bestehenden grundsätzlichen Konsens in der Sache auch in Zukunft zu wahren. Uneinigkeit besteht lediglich in Bezug auf die konkrete Umsetzung.



Wie so oft muss man bei der anstehenden Änderung des Nachbarrechts eine schwierige Abwägung vornehmen. Auf der einen Seite geht es darum, rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit durch energetische Gebäudesanierungen, die zu einer Senkung des Energieverbrauchs führen, ein weiterer Beitrag zur Werterhaltung bzw. zur Wertsteigerung der Gebäudesubstanz und zum Klimaschutz geleistet wird.

Auf der anderen Seite darf nicht verschwiegen werden, dass energetische Gebäudesanierungen vielfach das grundgesetzlich geschützte Eigentumsrecht des jeweils betroffenen Nachbarn tangieren. Was diesen zentralen Punkt der Abwägungen betrifft, versuchen die GRÜNEN in dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht einmal ansatzweise, die verschiedenen, zum Teil kollidierenden Interessen in Einklang zu bringen oder für einen Ausgleich zu sorgen.

(Beifall bei der CDU)

Der Entwurf enthält insbesondere keine Regelung, aus der ein Vorrang der Innendämmung hervorgeht. Häuser können aber nun einmal auch von innen nach außen isoliert werden. Der nachträgliche Einbau einer Wärmedämmung kann also auch auf eine andere als die in dem Gesetzentwurf vorgeschlagene Weise erfolgen, sofern der Aufwand vertretbar ist.

Auch der angemessene Ausgleich für den Eigentümer des betroffenen Grundstücks ist in Ihrem Gesetzentwurf nicht hinreichend normiert. Bei der zu regelnden Interessenabwägung geht es aber nun einmal nicht um Lappalien, sondern um die Eigentumsgarantie, die als Grundrecht im Grundgesetz enthalten ist. Jede Diskussion hierüber muss daher äußerst sensibel geführt werden.

(Peter Beuth (CDU): So ist es!)

Wie die Vorgeschichte gezeigt hat, ist auch diesmal damit zu rechnen – ich verrate sicherlich nicht zu viel –, dass die Landesregierung einen eigenen Entwurf vorlegen wird.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): In der übernächsten Wahlperiode!)

Für meine Fraktion, die Fraktion der CDU, rege ich daher an, den Entwurf der Landesregierung abzuwarten, um dann in diesem Zusammenhang umfangreiche und vor allem sorgfältige Beratungen vorzunehmen. Wir lassen unseren Worten also Taten folgen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Wallmann. – Frau Hofmann, Sie haben sich für die FDP-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön.

(Günter Rudolph (SPD): Sie ist immer noch in der SPD!)

– SPD, das habe ich doch gesagt.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

– Was habe ich gesagt?

(Günter Rudolph (SPD): Sie müssen noch ein bisschen üben! – Weitere Zurufe von der SPD)

Frau Hofmann, das kann überhaupt nicht sein. Sie sind seit Jahren Mitglied der SPD-Fraktion.

#### **Heike Hofmann (SPD):**

Richtig.

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU und der SPD)

– Nein, meine Damen und Herren, ich bin Mitglied der SPD-Fraktion und werde es auch bleiben. Ich bin es gern.

(Beifall bei der SPD – Helmut Peuser (CDU): Sind Sie sich sicher? Dass Sie es gern bleiben möchten, hat nichts zu sagen! Das möchte Frau Tesch auch! – Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie die Vorrednerinnen bereits gesagt haben, hat uns der Inhalt des vorgelegten Gesetzentwurfs von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – wohlgemerkt, unter einem anderen Titel, vielleicht auch mit der einen oder anderen unterschiedlichen Regelung – bereits in der letzten und in der vorletzten Legislaturperiode beschäftigt.

In der Tat ist es so, dass die ganze Genese dieses Gesetzentwurfs etwas unglücklich verlaufen ist. Umso wichtiger ist es aber, dass wir uns am heutigen Tag erneut damit beschäftigen; denn damit will man einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz leisten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben der Energieeinsparung, der Steigerung der Energieeffizienz und der verstärkten Nutzung regenerativer Energien ist es gerade für uns als Landesgesetzgeber besonders wichtig, weitere Hürden und Hemmnisse abzubauen, damit wir einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz und zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels leisten.

(Beifall bei der SPD)

Frau Hammann hat bereits ausgeführt, dass wir gerade bei den Altbauten ein enormes Potenzial haben, wenn es darum geht, durch Sanierung und Wärmedämmung einen entscheidenden Beitrag zu leisten.

An dieser Stelle möchte ich etwas zu Frau Wallmann sagen, die in der letzten und in der vorletzten Legislaturperiode diesem Haus noch nicht angehört hat und es deswegen vielleicht auch nicht besser wissen kann. Wir haben bereits in der Anhörung sehr ausführlich über die Innendämmung diskutiert und das auch mit Fachleuten besprochen. Was die Fachleute betrifft: Ein namhafter Architekt hat uns in der Anhörung sehr deutlich gesagt, dass die Innendämmung nicht oder nur in den seltensten Fällen praktikabel ist und dass in der Praxis die Wärmedämmung von außen das tauglichste Mittel ist, um einen entscheidenden Beitrag zur Energieeinsparung zu leisten.

In der Tat ist es so, dass das bestehende Hessische Nachbarrechtsgesetz – insbesondere im Zusammenhang mit der Grenzabstandsregelung – oft die nachträgliche Installation einer Wärmedämmung von außen behindert oder ausschließt.

Frau Hammann hat es gesagt: Wir müssten uns also nur in anderen Bundesländern umschaun. Sechs andere Bundesländer haben ihre Nachbarrechtsgesetze oder die Bauordnungen entsprechend geändert. Insofern müssen wir in Hessen das Rad nicht neu erfinden, sondern brauchen vielleicht nur das nachzuvollziehen, was uns andere Bundesländer vorgemacht haben.

Aber – Frau Wallmann, Sie haben es angesprochen – wir befinden uns in einem hochsensiblen Bereich, nicht nur

nachbarrechtlich, sondern auch verfassungsrechtlich. Gemeint ist der Eingriff in Art. 14 Grundgesetz, bei dem es um die Eigentumsgarantie geht. Das verpflichtet uns, nicht nur juristisch sehr sorgfältig an diese Problematik heranzugehen, sondern insgesamt sehr sensibel und, was die Anhörung betrifft, entsprechend sauber zu arbeiten.

Deshalb ist es uns, der SPD-Fraktion, auch sehr wichtig, dass wir in der Anhörung sehr genau abwägen, welche praxistauglichen Regelungen in dem Gesetz normiert werden. Es würde uns, die SPD-Fraktion, schon interessieren, wann die Regierung beabsichtigt, ihren eigenen Gesetzentwurf vorzulegen. Nachdem die Fraktion der GRÜNEN ihren Gesetzentwurf im zweiten Anlauf vorgelegt hatte, hatten wir, als die Landesregierung nachzog, die Möglichkeit, in einem gemeinsamen Gesetzgebungsverfahren darüber zu beraten.

Ich kann Ihnen im Namen der SPD-Landtagsfraktion sagen, dass es sehr gut wäre, wenn wir über beide Gesetzesinitiativen gemeinsam beraten könnten. Das würde uns das Gesetzgebungsverfahren erleichtern. Deswegen wäre ich den Vertretern der Landesregierung sehr dankbar, wenn sie hier sagen würden, wann sie vorhaben, ihren Gesetzentwurf einzubringen.

Abschließend möchte ich sagen, dass die SPD-Fraktion das Gesetzgebungsverfahren konstruktiv begleiten wird. Uns ist der Klimaschutz eine Herzensangelegenheit. Das ist das Zukunftsthema überhaupt. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, dass wir diesem Haus umgehend einen eigenen, umfassenden Entwurf für ein Energiegesetz vorlegen werden.

(Peter Beuth (CDU): Die Freude ist groß!)

In diesem Sinn vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Hofmann. – Herr Müller, Sie haben für die FDP-Fraktion das Wort.

#### **Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir befassen uns zum dritten Mal mit diesem Gesetzentwurf. Zum Glück ist es bei mir das erste Mal. Ich muss mir das also nicht wiederholen antun.

Vom Grundsatz her sind wir uns alle einig: Es macht Sinn, diese Dämmung vorzunehmen.

Allerdings ist dieser Antrag wirklich nicht neu. Das einzig Neue ist, dass die GRÜNEN einen Teil – –

(Heike Hofmann (SPD): Das ist kein Antrag!)

– Es ist ein Gesetzentwurf, vielen Dank. – Die GRÜNEN haben einen Teil der Regelungen aus dem Gesetzentwurf der Landesregierung des letzten Jahres übernommen. Sie haben aber eben auch nur einen Teil übernommen. Einige Regelungen haben sie weggelassen.

Deswegen sind wir in der Tat darauf angewiesen, abzuwarten, bis der Gesetzentwurf der Regierung eingebracht worden ist und wir das hier gemeinsam beraten können. Insofern vielen Dank an die Mitglieder der SPD für das Zeichen, dass wir die beiden Gesetzentwürfe gemeinsam beraten werden.

An dem Gesetzentwurf der GRÜNEN ist die Überschrift neu. Das zeigt einmal wieder eine der großen Stärken der GRÜNEN – das kann man so sagen –: das Verkaufen ihrer Politik nach außen. Da wird schon einmal die Kuh quer durch Hessen transportiert, um in Wiesbaden vor dem Aldi zu stehen. Oder es werden Regelungen des Hessischen Nachbarrechtsgesetzes in das Erste Hessische Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz umgetauft.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Nur keinen Neid!)

– Nein, Neid kommt da wahrlich nicht auf. Denn das ist nur die Überschrift. Das, was in dem Gesetzentwurf steht, hat sich nicht geändert.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Was das Dämmen einer Hauswand mit den Zukunftsenergien zu tun hat, muss mir vielleicht irgendwann einmal jemand von Ihnen in einer Ausschusssitzung erklären.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Jederzeit!)

Da geht es um den Klimaschutz, aber nicht um die Zukunftsenergien.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Jederzeit!)

Wie gesagt, für die FDP bleibt es dabei: Wir unterstützen dieses Ansinnen grundsätzlich. Allerdings ist auch klar, dass der Gesetzentwurf, so wie er hier eingebracht wurde, nicht beschlossen werden kann. Das liegt nicht nur daran, dass einzelne Regelungen nicht übernommen wurden. Das liegt vor allen Dingen auch daran, dass die GRÜNEN hier ganz nach der spiesschen Lehre verfahren, die besagt: „Eigentum ist nicht so wichtig“, und entsprechende Regelungen vorsehen.

Frau Hofmann hat es angedeutet: Es handelt sich um ein sehr sensibles Feld, das da bearbeitet wird. Hier geht es um das Grundrecht auf Eigentum. Das ist eben ein wichtiges und bedeutendes Grundrecht, auch wenn wir hier schon anderes gehört haben. Deswegen müssen wir hier aufpassen.

Unserer Auffassung nach gibt es drei Dinge, auf die wir aufpassen müssen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Eigentum, Eigentum, Eigentum!)

Zunächst ist zu sagen: Die Duldungspflicht des Nachbarn ist nur dann hinnehmbar, wenn zuvor geprüft wird, ob es vergleichbare Alternativen gibt, wie diese Wand gedämmt werden kann. Das muss geprüft werden. Denn vielleicht gibt es im Moment technische Probleme bei der Dämmung der Innenwand. Aber die Technik kann sich entwickeln. Wir sollten eine solche Prüfung der Alternativen keinesfalls ausschließen. Das war im Entwurf der Regierung aus dem Jahr 2008 enthalten. Das haben die GRÜNEN herausgeschmissen.

Bei dem zweiten Punkt geht es um die Definition der „unwesentlichen Beeinträchtigung“, die Sie jetzt aufgenommen haben. Wir müssen uns noch einmal ganz genau ansehen, ob wir diese Definition hier so brauchen. Denn damit schränken wir genau das Ziel ein, das mit diesem offenen Rechtsbegriff verbunden wird. Das soll eine flexible Handhabung angesichts der Gegebenheiten vor Ort ermöglichen. Es soll der Rechtsprechung den notwendigen Freiraum einräumen. Das wird hiermit genau nicht wirk-

lich befördert. Der Verweis auf die Mindeststandards der Energieeinsparverordnung ist da nicht übermäßig hilfreich. Insofern müssen wir prüfen, ob wir uns die Definition in dieser Form nicht besser ersparen sollten.

Entscheidend ist für uns der dritte Punkt.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Müller, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Dr. Jürgens gestatten?

**Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):**

Ich gestatte sie nach Ende meiner Rede. – Entscheidend ist der dritte Punkt. Dabei geht es darum, dass die GRÜNEN es als überflüssig empfunden haben, eine Entschädigungsregelung in den Gesetzentwurf aufzunehmen. Wir haben es hier mit einem Eingriff in das Eigentumsrecht zu tun. Da geht es nicht um eine Enteignung. Das wird jeder so sehen. Deswegen schreit das geradezu nach einer Entschädigungsregelung.

(Beifall bei der FDP)

Dies ist erheblich. Ich kann Ihnen garantieren, dass wir Liberalen es nicht zulassen werden, dass mit dem Recht auf Eigentum so umgegangen wird.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Abschließend möchte ich noch etwas Versöhnliches sagen. Der Gesetzentwurf der GRÜNEN wurde zum dritten Mal eingebracht, der Gesetzentwurf der Landesregierung wird zum dritten Mal eingebracht werden. Wir werden es in diesem Jahr schaffen, dieses Thema vom Tisch zu kriegen. Wir werden am Ende dahin kommen, dass das Grundanliegen, nachträgliche Wärmedämmung an Bauten vorzunehmen, die bis an die Grundstücksgrenze reichen, im dritten Anlauf zu einem guten Ende kommt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das wird auch Zeit!)

Insofern sollten wir den Gesetzentwurf der Landesregierung abwarten und das dann gemeinsam in den Ausschüssen diskutieren. Dann werden zu einem guten Ergebnis kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Herr Dr. Jürgens.

**Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege, haben Sie mitbekommen, dass die Definition hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit gerade einer der wesentlichen Aspekte war, die in den Anhörungen in der letzten und vorletzten Wahlperiode von den Sachverständigen verlangt wurden?

**Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):**

Ja, das war einer der Punkte. Ich habe das nicht mitbekommen, weil ich, wie Sie wissen, nicht dabei war. Aber es gibt die Protokolle der entsprechenden Anhörungen.

Das ist richtig. Ich habe nicht gesagt, dass überhaupt keine eingebaut werden muss. Nur die Art der Definition, wie sie hier mit dem Gesetzentwurf vorliegt, ist meiner An-

sicht nach falsch. Es ist fragwürdig, ob wir die so verwenden können. Denn das geht in eine einseitige Richtung.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen müssen wir das überprüfen.

(Anhaltender Beifall bei der FDP – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Müller, vielen Dank. – Für eine Kurzintervention erhält Herr Al-Wazir das Wort.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Müller hat gefragt, was die Wärmedämmung mit den Zukunftsenergien zu tun hat. Herr Kollege, Sie müssen nicht bis zur nächsten Ausschusssitzung warten. Das ist relativ einfach zu erklären.

Wenn Sie die Energieprobleme der Zukunft lösen wollen, müssen Sie drei E beachten.

Das erste E betrifft die Einsparung. Daran arbeiten wir jetzt.

(Zuruf von der CDU: Jawohl, Herr Lehrer!)

Das zweite E betrifft die Effizienz. Bei dem dritten E geht es um die erneuerbaren Energien.

(Zuruf von der CDU: Jawohl, Herr Lehrer!)

Ich sage Ihnen: Sie werden von uns noch die Entwürfe für ein Zweites, ein Drittes und ein Viertes Hessisches Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz auf den Tisch gelegt bekommen. Denn wir wollen Sie dazu bringen, dass endlich etwas geschieht. Das ist doch das Hauptproblem, mit dem wir es zu tun haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der Grund, warum wir das hier leider zum dritten Mal einbringen müssen. Herr Kollege Müller, beim ersten Mal – das ist noch gar nicht so lange her, es ist trotzdem schon in der vorletzten Legislaturperiode gewesen – ist es den Mitgliedern der ablehnenden Mehrheit der CDU-Fraktion – die Mitglieder der FDP waren, wie immer, im Beiboot hintendran – gar nicht aufgefallen, dass wir den Wortlaut des Gesetzestextes aus Baden-Württemberg 1 : 1 abgeschrieben hatten. Herr Kollege Müller, im Land der Häuslebauer ist das schon seit Jahrzehnten geltendes Recht.

Insofern kann ich Ihnen zu dem Stichwort „Eingriff in das Eigentumsrecht“ sagen: Mir ist nicht bekannt, dass in Baden-Württemberg der Sozialismus herrscht. Vielmehr herrschen, nach dem, was mir bekannt ist, in Baden-Württemberg die CDU und die FDP.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Sie regieren!)

Was die CDU angeht, war es zumindest noch nie anders. Ich glaube, bei irgendeiner Irrung oder Wirtung gab es zu Anfang des Landes Baden-Württemberg sogar einmal einen Ministerpräsidenten der FDP. Insofern kann ich sagen: Wenn Sie behaupten, dass das, was wir hier vorschlagen, Sozialismus sei, dann sollten Sie einmal nach Süden schauen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Al-Wazir, vielen Dank. – Ich darf in der Folge der Redner fortfahren. Frau Wissler, Sie erhalten jetzt Gelegenheit, für die Fraktion DIE LINKE zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen.

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die alarmierenden Klimaberichte der Vereinten Nationen und anderer machen seit Jahrzehnten deutlich, dass für den Klimaschutz mehr getan werden muss als das, wozu internationale Klimakonferenzen und die führenden Wirtschaftsunternehmen derzeit bereit sind. Die Überhitzung des Klimas wird weltweit weitreichende Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschen haben. Das betrifft nicht nur die Gegenden, die akut von Überschwemmungen und Verödung bedroht sind, sondern das betrifft auch Hessen. Dass Sie, die Mitglieder der Landesregierung, auf diese Bedrohungen, die mittlerweile sogar von Militärstrategen und konservativen Innenpolitikern beschrieben werden, nicht reagieren, ist fahrlässig und geradezu erschreckend.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihre Nachhaltigkeitsstrategie legt die Mängel einer Politik offen, die sinnvolle Projekte mit jährlich zu bewilligenden Finanzierungen abspeist. Wirklich nachhaltig wirkt sie nur hinsichtlich der Enttäuschung der Menschen, die sich ernsthaft für den Klimaschutz engagieren und von der Regierung erwarten, dass sie die Dringlichkeit dieses Thema endlich erkennt.

Dieser Dringlichkeit wird aber auch nicht durch große Titel und Namen der nötige Nachdruck verliehen. Die dazugehörige Drucksache wurde schon angesprochen. Es handelt sich um Drucks. 247 aus der vergangenen Wahlperiode. Sie trug den einfachen, schlichten und treffenden Titel: „Änderung des Hessischen Nachbarrechtsgesetzes“. Inhaltlich ging es dabei um genau dieselbe Frage, über die wir heute reden. Heute hat das allerdings den großen Namen: „Erstes Hessisches Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz“.

Großer Name – kleiner Gesetzentwurf. Damit wecken Sie natürlich die Neugierde auf die weiteren Gesetzentwürfe. Aber inhaltlich – –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der zweite Gesetzentwurf wurde vor zwei Stunden eingebracht!)

– Gut, ich werde ihn mir direkt nach meiner Rede anschauen.

Inhaltlich aber zielt der Entwurf in die richtige Richtung. Die Wärmedämmung an Altbauten enthält gewaltige Potenziale an Energieeinsparung, und das ist noch mehr als durch alle auf Bundes- und Länderebene beschlossenen Erleichterungen und Förderungen für den nachhaltigen Neubau. Ein Umbau des Baubestandes könnte dabei helfen, dass volkswirtschaftliche und individuelle Kosten reduziert werden und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß gesenkt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass eine solche Sanierung der Bausubstanz erhebliche positive Auswirkung auf die Konjunktur und auf den Arbeitsmarkt hätte, liegt auf der Hand. Wie bei vergleichbaren Gesetzentwürfen der GRÜNEN stolpern Sie immer wieder an der empfindlichen Stelle, wenn es nämlich um die Einschränkung des Rechts auf Eigentum geht.

Um tatsächliche Rechtssicherheit für Mieter und Eigentümer zu schaffen, die neuen Freiheiten dieses Gesetzes in Anspruch zu nehmen, wären noch zwei Klarstellungen vorzunehmen, was eine „unwesentliche Beeinträchtigung“ bei der Nutzung des betroffenen Grundstückes ist. Darüber gibt es keine verlässliche Bestimmung. Mit einer vagen Formulierung, die wir ins Gesetz schreiben, provozieren wir geradezu nachbarschaftlichen Streit bis in die x-te Instanz.

In der Begründung Ihres Gesetzentwurfs verweisen Sie auf „erhebliche Beeinträchtigungen des Nachbargrundstückes“. Wollen wir solche Beeinträchtigungen, und zu welchem Grad wollen wir die gestatten oder eben auch nicht? Ich finde, es klingt ein bisschen so, als würden Sie vor den Konsequenzen Ihres eigenen Vorschlages zurückschrecken, weil das Eigentum nicht angerührt werden soll. Darauf zielt auch die Festlegung, dass die Nutzung der Wärmeisolierung nicht „außer Verhältnis“ zu den dadurch entstehenden Nachteilen stehen dürfe.

Die Frage ist: Wie hoch bewerten Sie nun den Klimaschutz im Verhältnis zu den Eigentumsrechten? – Frau Wallmann, Herr Müller, Sie sprechen vom Schutz des Eigentums. Ich frage Sie einmal: Gilt das auch für die Menschen des Südens? Gilt das auch für die Menschen, die ihr Eigentum durch Überschwemmung, durch Hochwasser infolge der Klimakatastrophe verlieren? Gilt der Schutz des Eigentums auch für diese Leute?

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir dabei sind, über Energiepolitik zu reden – wir liegen heute ganz gut in der Zeit, eine Stunde vor der Zeit –, veranlasst mich der Titel des Gesetzentwurfs, ein paar Ausführungen grundsätzlicher Art zu machen,

(Hartmut Honka (CDU): Zugabe!)

weil der Regierung offensichtlich Inspirationen auf dem Weg zum Musterland der erneuerbaren Energien fehlen. Deshalb möchte ich mit ein paar Anregungen aushelfen. Vielleicht kann das in Ihr Zukunftsenergiegesetz einfließen. Manchmal hilft es, einen Blick über den Atlantik zu werfen. Von Amerika können wir in der Tat lernen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– Meine Herren, nicht so schnell. Sie denken jetzt natürlich an US-amerikanische Arbeitsmarktpolitik. Ich meine etwas anderes. Ich habe etwas Interessantes gelesen, und zwar über eine Initiative in Venezuela.

(Zurufe von der CDU: Ah! – Lachen des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

Das wird Sie interessieren. Die Regierung unter Hugo Chávez hat die Mission – –

(Zurufe von der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, bitte! – Frau Wissler, Sie haben ganz allein das Wort.

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Die Regierung unter Hugo Chávez hat die „Misión Revolución Energética“ ins Leben gerufen. Das heißt zu Deutsch „Mission Energie-revolution“. Damit sollen die Energieversorgung dezentralisiert, Energie eingespart und erneuerbare Energien ausgebaut werden.

Das wichtigste Projekt ist ein Windpark auf der Halbinsel Paraguaná. Weitere Windparks sind geplant. Auch die Solarenergie soll dort eine weitaus stärkere Rolle spielen.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

– Herr Irmer, ich weiß gar nicht, was Sie haben. Ich spreche hier gerade über unseren potenziellen Absatzmarkt für die Wachstumsbranche in Nordhessen.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ich wollte Sie nur auf die Widersprüche in Ihrer Politik aufmerksam machen!)

In Venezuela sind vermutlich nordhessische Wechselrichter oder deutsche Windradtechnik im Einsatz. Ich rede hier über einen Absatzmarkt.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU) – Gegenruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Was ich besonders interessant fand, war, dass seit 2006 in Privathaushalten, in Unternehmen und in den Regierungsgebäuden – um zum ersten E, der Energieeinsparung, zu kommen – mehr als 53 Millionen Glühbirnen durch Energiesparlampen ersetzt wurden, und das auf Staatskosten. Das hat so funktioniert, dass mehrere Tausend junger Menschen durchs Land von Haushalt zu Haushalt gezogen sind und dort diese Sparlampen verteilt haben,

(Zuruf des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

womit enorme Einsparungen von umgerechnet etwa 2 Milliarden US-\$ erzielt werden sollen. Panama macht das jetzt nach. Dort werden 6 Millionen Sparlampen verteilt, um Stromverbrauchsspitzen zu kappen und Blackouts zu verhindern. Ich finde, das wäre doch eine Sache, die man durchaus auch in Hessen überlegen könnte.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Verschenken ist sicher die ansprechendste Art, eine neue Technik schnell zu verbreiten. Europa setzt bei der Glühbirne im Gegensatz zu Venezuela lieber auf Verbote. Bis 2012 soll der Verbrauch verboten werden. Ich möchte also die Mitglieder der Regierungsfractionen ermutigen, sich bei der Bearbeitung ihres Zukunftsenergiegesetzes an der venezolanischen Energie-revolution ein Beispiel zu nehmen und positive Anreize zu setzen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Atomkraftwerke!)

Wem etwas geschenkt wird, der hat doch weniger Motivation, sich mit seinem Nachbar um überstehende Isolierteile zu streiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich habe noch Kollegin Hammann, die sich zu Wort gemeldet hat. Sie haben das Wort für 2:34 Minuten.

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir während der Redebeiträge ein paar Punkte notiert. Ich hatte mir vorher ein bisschen Luft gelassen, damit ich die Möglichkeit habe, noch zu reagieren.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Schön!)

Frau Wissler, ich möchte mit Ihnen anfangen. Man kann alles vorschreiben. Aber man muss beachten, dass es auch Gesetze zum Schutz des Eigentums gibt. Das heißt für uns, wir haben diese Formulierung mit der Beeinträchtigung explizit mit hineingenommen, weil wir wollen, dass etwas umgesetzt wird und vor Gericht Bestand hat. Es kann niemandem zugemutet werden, wenn der Nachbar auf der Grundstücksgrenze dämmt, dass er nicht mehr durch sein Hoftor hineinkommen kann.

Es gibt Dinge, die muss man in einem Gesetz mit beachten. Sie unterstützen dieses Gesetz. Deshalb sind wir d'accord. Deshalb rede ich lieber zu den Kolleginnen und Kollegen der CDU und zu den Kollegen der FDP.

Wir können abwarten, klar. Aber es nützt nichts. Es muss gehandelt werden. Sie hätten längst Zeit gehabt, einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen. Sie haben ein Ministerium im Rücken. Das haben wir nicht. Wir haben auf das reagiert, was damals an Anregungen gekommen ist. Dies haben wir mit eingebaut. Herr Müller, deswegen stimmt der Vorwurf „neuer Titel, gleicher Inhalt“ nicht. Wir haben das eingebaut, von dem wir dachten, das können wir übernehmen, damit vielleicht auch die CDU bereit ist, unserem Gesetzentwurf zu folgen.

Frau Wallmann, ich denke, so einfach kann man es sich nicht machen. Ich habe bewusst gewartet, weil ich von Ihrer Seite wissen wollte, wie Ihr Gesetz aussehen wird. In der Presse haben Sie dies schon kundgetan. Ich war sehr erstaunt, als ich lesen musste – „Wiesbadener Tagblatt“, 09.05., im Pressespiegel vorhanden, Sie hatten eine 100-Tage-Bilanz abgegeben –:

So kommt es, dass Astrid Wallmann an ihrem hundertsten Arbeitstag einen Gesetzentwurf zum Nachbarschaftsrecht auf dem Tisch hat – von CDU und FDP eingebracht.

Ich frage Sie: Wo ist er denn?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Axel Wintermeyer (CDU): Wir haben noch ein bisschen Zeit bis zu den 100 Tagen!)

Meine Damen und Herren, das macht den Unterschied zwischen Ihnen und uns aus. Wir handeln, wir legen Ihnen etwas vor, und Sie reden nur darüber.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir geben Ihnen die Chance, an unserem Gesetzentwurf teilzuhaben und ihm auch die Zustimmung zu geben. Ich sage Ihnen, die Grundstückseigentümer, die Hauseigentümer wollen jetzt endlich Ergebnisse haben und nicht weiter darüber geredet wissen. Wir haben es in der Hand. Meine Damen und Herren, ich fordere Sie auf, schauen Sie einmal nicht auf Ihr Parteibuch, sondern auf die Menschen, die endlich die Lösungen von Ihnen erwarten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Hahn.

**Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:**

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Bereits in der letzten oder in der vorletzten Legislaturperiode hat sich das Hohe Haus mit der Frage der Anbringung von Wärmedämmung an die Grenz wand von Bestandsbauten auseinandergesetzt. Dass das heute das dritte Mal ist, haben mehrere Kolleginnen und Kollegen schon hervorgehoben.

Ich will vielleicht darauf eingehen, dass der Gesetzentwurf bisher immer den Namen „Gesetz zur Änderung des Hessischen Nachbarrechtsgesetzes“ hatte. Von diesem ein wenig prosaischen und insbesondere nicht wörtlich zu nutzenden Namen haben die Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN jetzt offensichtlich Abstand genommen, weil sie – ich mache das nun ähnlich wie eben Frau Hammann – von dem Thema Inhalt auf das Thema Verpacken und Verkaufen übergegangen sind. Meine Damen und Herren, ansonsten ist es zum großen Teil dasselbe Thema.

Herr Kollege Rentsch, ich glaube, es gibt einen gewissen inhaltlichen Unterschied zu den Gesetzentwürfen, die die GRÜNEN in den letzten beiden Legislaturperioden vorgelegt haben. Frau Kollegin Hammann hat vollkommen recht, sie haben tatsächlich ein bisschen auf die Vorlage des Gesetzentwurfs der Landesregierung in der 17. Legislaturperiode rekurriert.

Ich wollte nur darauf hinweisen, dass man jetzt ganz offensichtlich nicht mehr so sehr die Änderung des Nachbarrechtsgesetzes im Auge hat, sondern dass man eine Reihe von Gesetzentwürfen produzieren möchte. Der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN hat das eben auch deutlich gemacht: Es soll noch Entwürfe für ein Zweites, Drittes, Viertes Hessisches Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz geben. Natürlich werden wir uns als Landesregierung mit allen Ihren Gesetzentwürfen mit der notwendigen sachlichen Distanz auseinandersetzen.

Verehrter Kollege Herr Al-Wazir, ich muss nur darauf hinweisen – und das tue ich sehr bewusst –: Sie haben eben über ein Bundesland erklärt, die „Irrungen und Wirrungen der Geschichte“ hätten dazu geführt, dass dort ein Liberaler Ministerpräsident gewesen sei. In aller Freundschaft will ich nur festhalten: Ich glaube, wir sollten das im Protokoll mit Gänsefüßchen umgeben. Ich finde, es gehört sich nur bedingt, dass sich ein hessisches Landtagsmitglied derartig über die politischen Entwicklungen eines Nachbarbundeslandes ausspricht.

(Beifall bei der FDP)

Ich wollte das nur einmal gesagt haben, da Sie mit Recht auch immer meine Äußerungen relativieren, wenn sie falsch sind – das kommt allerdings selten vor.

(Lachen bei der SPD)

Ich bitte darum, dass wir das ein bisschen anders angehen. Frau Kollegin Hammann, darüber hinaus darf ich Ihnen zusagen, dass sich die Landesregierung bereits in einem Abstimmungsprozess befindet. Frau Wallmann hat vollkommen zu Recht darauf hingewiesen, dass dieser Abstimmungsprozess innerhalb der Regierung und innerhalb der Koalitionsfraktionen bald zum Ende kommen wird.

Unter sehr strenger Beachtung des Gesetzentwurfs der Landesregierung aus der 17. Legislaturperiode werden wir hier einen Vorschlag einbringen. Frau Kollegin Hammann, es unterscheidet Fraktionen von Regierungen, dass wir Regeln zu beachten haben, nach denen Gesetzentwürfe verfahrenstechnisch zu behandeln sind – wer angehört wird, bevor die Entwürfe ins Parlament kommen können. Daher gehe ich davon aus, dass wir wohl die Zeit bis nach der Sommerpause benötigen, um den Gesetzentwurf hier im Hessischen Landtag einzubringen.

Sie wissen genauso gut wie ich, dass es eine Reihe von Problemen in Ihrem Gesetzentwurf gibt, die wir anders lösen wollen. Das ist insbesondere der Widerstreit zwischen den Interessen der Personen, die ein entsprechendes Grundstück besitzen, das nunmehr anderweitig genutzt werden soll. Da schreibt unsere Verfassung, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Entschädigungsleistungen vor. Über diese Entschädigungsleistungen haben Sie sich in Ihrem Gesetzentwurf bisher nicht geäußert. Das müssen wir tun, damit wir einen verfassungsgemäßen Gesetzentwurf vorlegen. Wir werden Ihnen einen entsprechenden Entwurf zur Diskussion geben.

Darüber hinaus ist immer die Frage – Frau Kollegin Hofmann hat darauf hingewiesen –, dass man bei einem Widerstreit zwischen Verfassungsgütern eine Abwägung vornehmen muss. Hier steht zweimal Eigentum gegen Eigentum, und deshalb muss an manchen Stellen versucht werden, den weniger schweren Eingriff in das Gesetz zu schreiben, anstatt das, was Sie vorgeschrieben haben.

Zum Dritten wollen wir auch von anderen Bundesländern lernen – indem nämlich eine Reduzierung der Gefahr, dass der Rechtsfrieden zwischen Nachbarn gestört wird, in den Gesetzentwurf mit aufgenommen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wegen der fortgeschrittenen Zeit möchte ich jetzt nicht noch weitere Details erörtern. Ich möchte Ihnen gegenüber die herzliche Bitte äußern – auch Frau Wallmann hat das bereits getan –: Wir wären sehr dankbar, wenn Sie mit den Anhörungen des Gesetzentwurfs der GRÜNEN im Parlament zuwarten könnten, bis wir den Gesetzentwurf, der sich noch in der Abstimmung mit den durch die Landesregierung Anzuhörenden befindet, hier einbringen werden. Ich sage zu: Das passiert so zügig wie möglich.

Dann können wir, nachdem wir so erleuchtende Ausführungen über Venezuela gehört haben, überlegen, wer wen als Sachverständigen zu den Anhörungen einlädt. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, damit ist die erste Lesung vollzogen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Georg Dick ist dort Botschafter, der organisiert uns ein schönes Programm!)

– Habt ihr jetzt die Reise nach Caracas besprochen? Okay, ich werde aber die Reiseanträge nur mit einem Hinflug genehmigen, der Rückflug ist selbst zu zahlen.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wir haben die erste Lesung vollzogen. Vereinbarungsgemäß überweisen wir den Ge-

setzentwurf federführend an den Ausschuss für Recht und Integration und beteiligen den Umweltausschuss und den Wirtschaftsausschuss. – Dem widerspricht niemand. Damit ist das so beschlossen.

Ich will noch einige Mitteilungen geben, die heute Mittag unterblieben sind.

Nochmals: Der Kulturpolitische Ausschuss tagt nachher in Raum 204 M, wenn wir die Überweisung beschließen, und zwar im Anschluss an diese Sitzung.

Ich will nicht versäumen, heute noch nachträglich der Kollegin Waschke und dem Dr. Büger zu runden Geburtstagen zu gratulieren: Herzlichen Glückwunsch vom Hause für das nächste Jahrzehnt.

(Allgemeiner Beifall)

Nun kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 7:**

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes – Drucks. 18/400 –**

sowie zu **Tagesordnungspunkt 9:**

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes – Drucks. 18/402 –**

Zur Einbringung erteile ich das Wort dem Abg. Dr. Herr, Fraktion der CDU.

**Dr. Norbert Herr (CDU):**

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! CDU und FDP bringen Ihnen heute Änderungen zum Schulgesetz und zum Lehrerbildungsgesetz ein. Worum geht es?

Bei den Änderungen des Schulgesetzes handelt es sich in erster Linie um formale Korrekturen, die sich aus der im letzten Jahr erfolgten Nachbesserung bei der Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges ergeben. Betroffen ist im einen Teil der Wahlunterricht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der bisherige Wahlpflichtunterricht von vier bis sechs Stunden wird in Wahlunterricht überführt und kann von den Schulen flexibel in den Jahrgangsstufen 5 bis 9 eingesetzt werden. Auf diese Weise eröffnen wir besondere Angebote im Rahmen des Schulprofils sowie Förder- und Differenzierungsangebote.

Neben dem bisherigen Wahlpflichtunterricht können auch Profilierungs-, Förder- und Orientierungsangebote in die Gesamtstundenverpflichtung einbezogen werden. Dies hängt von der Entscheidung der Schule selbst ab. Hier sind auch die dritte Fremdsprache für die Gymnasien und die zweite Fremdsprache für die Realschule Bestandteil – ich nenne als Beispiel Latein oder Griechisch bei altsprachlichen Gymnasien. Durch diese Verbesserung wird die Belastung der Schülerinnen und Schüler in der Mittelstufe des verkürzten gymnasialen Bildungsganges entscheidend verringert. Dies wird in § 5 des Schulgesetzes neu geregelt.

Auch die Kontingentstudentenafel ist einbezogen – das sind jene zwingend vorgeschriebenen 260 Wochenstunden von der Jahrgangsstufe 5 bis zum Abitur, die die Schulen flexibel verteilen können. Im Ergebnis sind hier für die Beschlussfassung sowohl der Schulleiternbeirat als auch die Schulkonferenz zuständig.

In einem weiteren Teil geht es um die Vorverlegung der Schulanmeldung. Dies ist erforderlich geworden, weil wir in den Koalitionsvereinbarungen ein Schulvorbereitungsjahr neu geplant haben. Dies soll eine intensive und nachhaltige Förderung eines jeden Kindes im letzten vorschulischen Jahr ermöglichen.

Wesentlicher Bestandteil dieser Förderung sind die Vorlaufkurse, die je nach individuellem Bedarf durchgeführt werden sollen und die ab dem Schuljahr 2010/2011 bereits auf zwölf Monate ausgedehnt werden. Dazu muss die Anmeldung um ein halbes Jahr vorgezogen werden, nämlich von September/Oktober auf den März, damit diese Förderziele auch erreicht werden können.

Meine Damen und Herren, diese Vorverlegung stellt sicher, dass die Vorlaufkurse früher beginnen können und damit die Anmeldung für das Schulvorbereitungsjahr rechtzeitig erfolgen kann.

Schließlich wird in dem Schulgesetz die integrierte Gesamtschule in ihrer Differenzierung neu geregelt. Die Regelung der Zweizügigkeit war eine Folge von Beschlüssen des letzten Jahres durch Rot-Rot-Grün, lässt aber den Anspruch einer Schwerpunktbildung und einer Fachleistungsdifferenzierung nur in unzureichendem Maße zu.

(Heike Habermann (SPD): Das steht in der Begründung, aber das ist Schwachsinn!)

Die Modifikation auf Dreizügigkeit ist erforderlich, um eine sinnvolle pädagogische und organisatorische Konzeption zu ermöglichen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr richtig!)

Dies gilt für neu einzurichtende Schulen dieses Typs.

Ich will auch nicht verhehlen, dass durch diese Umstellung auf Dreizügigkeit bei schulformübergreifenden Gesamtschulen eine Gleichbehandlung mit den schulformbezogenen Gesamtschulen verwirklicht wird. Es ist nicht einzusehen, dass eine Ungleichbehandlung zwischen KGS und IGS besteht. Ich sage ausdrücklich: Wir wollen das auch politisch nicht.

Meine Damen und Herren, nun zum Lehrerbildungsgesetz – das ist das zweite, das wir neu einbringen. In absehbarer Zukunft wird der Bedarf für bestimmte Lehrämter und Mangelfächer nicht durch vollständig ausgebildete Lehrkräfte zu decken sein. Es ist daher notwendig, eine Regelung für besonders berufsbegleitende Qualifizierungsverfahren für geeignete Personen, die zur Sicherung der Unterrichtsabdeckung herangezogen werden können, zu schaffen. Dies geschieht mit dieser Änderung.

Die nun zu schaffende gesetzliche Regelung, die eine vorherige Rechtsverordnung ablöst, schafft diese zusätzlichen Möglichkeiten, nämlich eine berufsbegleitende Qualifizierung, an deren Ende der Erwerb einer dem Lehramt gleichgestellten Qualifikation steht. Durch ein differenziertes Auswahlverfahren, verbindliche Qualifizierungsaufgaben und eine intensive Betreuung vom ersten Tag an soll sichergestellt werden, dass diese ausgewählten Personen ein Qualitätsniveau erreichen, das mit einer regulären Ausbildung vergleichbar ist. Das Nähere wird in einer Rechtsverordnung geregelt.

Auch die bereits im öffentlichen Schuldienst beschäftigten Lehrkräfte – wir machen dies nicht ganz neu –, die bisher ohne Lehrerausbildung tätig sind, können an einer solchen berufsbegleitenden Qualifizierung zum Erwerb dieser dem Lehramt gleichgestellten Qualifikation teil-

nehmen; denn seit geraumer Zeit sind solche Lehrkräfte bereits im Einsatz.

Warum ist das notwendig geworden? Die Schaffung einer solchen gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage ist notwendig geworden, weil die Rechtsverordnung „Lehrer nach Hessen“ nicht ausreichend war, so die Ansicht des Verwaltungsgerichts in Wiesbaden, und das ist durch den Verwaltungsgerichtshof in Kassel bestätigt worden. Daher die gesetzliche Regelung.

Ein nicht unwesentlicher Teil geht um die Benotung im ersten und zweiten Staatsexamen. Das ist die Tabelle, die angefügt ist. Damit ist ein wesentlicher Streitpunkt ausgeräumt worden, nämlich wie 13 Punkte zu bewerten sind. 20 Module in der theoretisch möglichen Ausbildung mal 13 ergeben 260 Punkte. Das ist bisher wie eine Zwei behandelt worden, aber das war nicht so recht einsichtig. Jetzt sind 260 Punkte eine Eins.

Ich will aber auch nicht verhehlen, dass es bei dieser Tabelle noch Anpassungsbedarf gibt. Wir werden uns das im weiteren Verfahren noch genauer ansehen. Das gilt auch für die Übergangsregelung, denn diese muss für diejenigen geschaffen werden, die bisher ein Examen absolviert haben, damit keine Ungleichbehandlungen vorgenommen werden.

Meine Damen und Herren, deswegen bitten wir um Zustimmung zu diesen beabsichtigten Änderungen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Wagner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beraten heute zwei Gesetzentwürfe der Fraktionen der CDU und der FDP, ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes und ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes. Ich will zunächst auf die vorgeschlagenen Änderungen im Hessischen Lehrerbildungsgesetz eingehen.

In § 3 wird ein neuer Abs. 4 eingefügt. Herr Kollege Herr, jetzt müssen wir schon darüber sprechen – das haben Sie relativ wenig getan –, warum diese gesetzliche Änderung notwendig ist. Diese gesetzliche Änderung ist notwendig, weil das bisherige Seiteneinsteigerprogramm der Landesregierung von Gerichten für unzulässig erklärt wurde. Die Landesregierung ist also mit ihrem bisherigen Seiteneinsteigerprogramm vor Gerichten gescheitert. Nur deshalb müssen wir heute über eine Änderung des Lehrerbildungsgesetzes beraten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist gut, dass Sie der Aufforderung der Gerichte nachkommen wollen, für Ihr Handeln auch eine gesetzliche Grundlage zu schaffen. Wir werden in den Beratungen mit den Anzuhörenden sehr sorgfältig prüfen, ob diese Gesetzesänderung ausreichend ist. Aber die entscheidende Frage an dieser Stelle ist die Ausgestaltung: Welche Qualifikation erfahren Seiteneinsteiger, die in den Schuldienst kommen? Das wird die entscheidende Frage sein. Wie können sie in etwa gleich qualifiziert werden mit Lehrerinnen und Lehrern, die eine

sehr qualifizierte Ausbildung machen? Das werden wir im Ausschuss sehr differenziert diskutieren müssen. Es kann nicht sein, dass wir durch diese Gesetzesänderung „Billiglehrer“ oder Lehrer zweiter Klasse bekommen, die nur eine sehr zweifelhafte Ausbildung haben und die dann in den Schulen unsere Schülerinnen und Schüler unterrichten. Das werden wir im Ausschuss noch sehr genau besprechen.

Auch bei der Notentabelle gibt es eine kleine, aber wichtige Änderung, und auch hier bestehen Zweifel – auch das hat Herr Kollege Herr schon eingeräumt –, ob sie wirklich ausreicht. Aber immerhin wird das, was die Oppositionsfraktionen in diesem Landtag schon lange kritisiert haben, nämlich dass diese Notentabelle, wie sie bisher war, schlicht und ergreifend Unsinn und ungerecht war, zumindest an einer Stelle korrigiert. Das wollen wir anerkennen; ob es wirklich ausreicht, werden wir sehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zum zweiten Gesetz, zur Änderung des Schulgesetzes. Da wird es interessant. Im Gesetzesvorblatt heißt es: „Das Hessische Schulgesetz muss den Regelungen der ‚Verordnung zur Änderung von Verordnungen zum verkürzten gymnasialen Bildungsgang‘ ... angepasst werden.“ Ich dachte immer, Verordnungen folgen Gesetzen und nicht umgekehrt. Also hier werden der normale Verwaltungsablauf und das Verhältnis von Gesetzen und Verordnungen umgekehrt. Auch hier gilt für das, was Sie schreiben, schlicht und ergreifend: Sie hatten keine gesetzliche Grundlage für das, was Sie getan haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist gut, dass Sie das jetzt nachholen wollen. Es ist gut, dass wir Veränderungen an dem völlig verkorksten G 8 vorgenommen haben. Aber wir wollen noch einmal festhalten: Sie haben das G 8 völlig überstürzt in Hessen eingeführt. Sie haben es dann völlig überstürzt ändern müssen. Sie hatten dazu keine Rechtsgrundlage. Vernünftige, seriöse Schulpolitik sieht sicher anders aus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Wolfgang Greilich (FDP): Ja, ja, Sie waren auch schon besser!)

Meine Damen und Herren, dann wollen Sie in diesem Gesetz den Anmeldetermin für die Schule vorverlegen. Das trifft ausdrücklich auf unsere Unterstützung – auch wenn wir bei dem Zusammenhang, in dem Sie das tun, nämlich beim Schulvorbereitungsjahr, eine andere Konzeption verfolgen. Dass aber Kinder, die sich zur Schule anmelden und darauf vorbereiten, noch früher an diesem Anmelde-termin für die Schuleingangsuntersuchung teilnehmen, sodass man sehr früh eventuell vorhandene Qualifikationsdefizite feststellen, den Eltern eine vernünftige Rückmeldung geben und diese eventuell vorhandenen Defizite bearbeiten kann, das trifft natürlich auf unsere Unterstützung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann versuchen Sie in Ihrem Gesetzentwurf, die Verschlechterungen der Rahmenbedingungen für die integrierte Gesamtschule zu verstecken. Ich finde, es ist ein ziemlich unglaublicher Vorgang, dass die erste Gesetzesänderung einer sich selbst als liberal bezeichnenden Ministerin, die hier von den die Ministerin tragenden Fraktionen vorgestellt wird, eine zutiefst illiberale Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die integrierten Gesamtschulen ist.



(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wieso kehren Sie wieder zu dem Glauben zurück, es im Kultusministerium oder mit der Mehrheit im Landtag besser zu wissen als die Schulgemeinden vor Ort? Wieso können Sie es nicht akzeptieren, dass Schulgemeinden vor Ort in eigener Verantwortung entscheiden, dass sie eine zweizügige integrierte Gesamtschule gründen wollen? Wieso können Sie nicht endlich Ihren Frieden mit dieser Schulform machen, meine Damen und Herren von CDU und FDP?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

– Herr Kollege Greilich, es geht um den Elternwillen. Die Eltern sind Frau und Manns genug, zu entscheiden, welche Schule sie vor Ort für ihre Kinder wollen, da brauchen sie keine Bevormundung von CDU und FDP und keine künstlichen Hürden zur Gründung von integrierten Gesamtschulen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, ich muss Ihnen wirklich sagen – Sie sind auch Mitglied der Fraktion –: Ich finde es enttäuschend, nach dem, was Sie im Wahlkampf über den Elternwillen und zur freien Entscheidung der Schulgemeinden vor Ort gesagt haben und was Sie nun im Amt als Kultusministerin über Eigenverantwortlichkeit sagen, dass der erste Gesetzentwurf all das, was Sie einmal gesagt haben, nun wirklich mit Füßen tritt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Begründung, die im Gesetz steht und die Herr Kollege Herr hier vorgetragen hat, ist nun wirklich absolut nicht stichhaltig. Sie wollen den Eindruck erwecken, dass man mit einer Zweierdifferenzierung an integrierten Gesamtschulen nicht vernünftig arbeiten kann. – Meine Damen und Herren, schauen Sie sich die integrierten Gesamtschulen in unserem Land an. Viele arbeiten sehr gut mit einer Zweierdifferenzierung und haben sehr gute Ergebnisse. Warum wollen Sie das den Schulen vorenthalten, die sich jetzt neu gründen wollen? Das Argument, das Sie hier bringen, ist nicht stichhaltig. Sie können nicht verbergen: Sie haben aus ideologisch motivierten Gründen etwas gegen integrierte Gesamtschulen. Aber mit der Sache hat das absolut nichts zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Der Vorgang ist umso ärgerlicher, weil angesichts des demografischen Wandels, angesichts zurückgehender Schülerzahlen gerade im ländlichen Raum oftmals die integrierten Systeme die einzige Chance sind, um ein wohnortnahes Schulangebot aufrechtzuerhalten, und oftmals sich die Eltern und die Schulgemeinden vor Ort genau ein solches wohnortnahes Angebot wünschen. Mit Ihrem Gesetzentwurf machen Sie es schwerer, ein wohnortnahes Schulangebot in Hessen zu erhalten – aus rein ideologischen Gründen.

Es ist die Rückkehr des Geistes von Karin Wolff in Gestalt von Frau Henzler, was hier vorgelegt wird. Das wird nicht unsere Zustimmung treffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Abg. Habermann für die Fraktion der SPD.

**Heike Habermann (SPD):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zwar schon eine Menge Zeit eingespart, aber ich hoffe, die Wertschätzung für die SPD-Fraktion zu erhöhen, wenn ich die vorgesehene Redezeit zu diesen beiden Gesetzentwürfen nicht ausschöpfe.

Beide Gesetzentwürfe haben gemeinsam, dass sie Versäumnisse und dilettantisches Vorgehen der Landesregierung in einem Schnellverfahren durch die Koalitionsfraktionen reparieren wollen, und so ganz nebenbei wird eine Änderung des Schulgesetzes aus der letzten Legislaturperiode teilweise zurückgenommen, die den Antragstellern schon damals ideologisch nicht in den Kram passte, und zwar die Mindestzügigkeit für neu zu gründende integrierte Gesamtschulen.

Lassen Sie mich wenige Bemerkungen zu den Änderungen in beiden Gesetzentwürfen machen. Der VGH Kassel hat endgültig festgestellt, dass für die Rechtsverordnung „Lehrer nach Hessen“ keine ausreichende Rechtsgrundlage vorhanden ist. Dies soll jetzt über das Hessische Lehrerbildungsgesetz nachgeholt werden. Für meine Fraktion ist es bedauerlich, dass die Personalpolitik der vergangenen Jahre im Schulbereich mit dazu beigetragen hat, dass sich der Lehrkräftemangel noch zusätzlich verschärft an den hessischen Schulen auswirkt.

(Beifall des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich kann für meine Fraktion nur feststellen, dass wir jede Öffnung für Quereinsteiger in den Lehrberuf darauf überprüfen werden, dass die dringend erforderliche pädagogische und didaktische Qualifizierung der Bewerber vorgenommen wird und an den Schulen und Studienseminaren auch geleistet werden kann.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, leider ist dazu in Ihrem Gesetzentwurf wenig zu lesen, weil dies alles über die Verordnungen geregelt wird.

Punkt zwei betrifft die massive Kritik an der Notenspreizung bei der Ermittlung der Gesamtnoten im ersten und zweiten Staatsexamen. Ich denke, dass das, was uns hier vorliegt, noch nicht ausreicht. Es ist eigentlich nicht nachzuvollziehen, warum ein Notendurchschnitt von 1,6 und dann eine Gesamtnote 2 herauskommt, wenn ein Examenkandidat 20 mal 13 Punkte in der Prüfung erreicht hat. Nach Ihrer Änderung wird sich das jetzt gerade mal um 0,1 verändern; es wird eine 1,5 herauskommen. Bei jedem Abiturienten wäre es eine 1,3.

Deswegen muss man im Ausschuss noch einmal darüber nachdenken, ob die Tabelle, die Sie vorgelegt haben, ausreichend verändert ist. In der Debatte damals, die unter Beteiligung von Frau Henzler im Landtag geführt wurde, hieß es von Frau Wolff, dies seien internationale Standards. Wenn es jetzt möglich ist, diese Tabelle zu verändern, verändern wir schon etwas an diesen Standards. Dann sollte man es im Interesse der Lehramtsstudenten und Referendare auch richtig machen.

(Beifall bei der SPD)

Zur Änderung des Schulgesetzes möchte ich nur noch etwas zu dem Punkt sagen, der uns hier quasi untergemogelt worden ist. Ich finde es unerhört, dass mit einem Gesetzentwurf, von der Mehrheit des Landtags beschlossen, die Neugründung von integrierten Gesamtschulen wieder erschwert werden soll.

Es gab in diesen Anhörungen eindeutige Stellungnahmen der Gesamtschulverbände, die ausgesagt haben, dass Zweizügigkeit durchaus eine sinnvolle pädagogische Konzeption und eine Differenzierung der Fachleistungen ermöglicht. Sie wollen verhindern, dass die Schulen, wie sie es immer mehr tun, zweierdifferenziert arbeiten und nicht nach dem alten Prinzip in die drei Richtungen Haupt-, Realschule und Gymnasium aufteilen. Sie hätten hier auf die Praktiker hören und das wahr machen sollen, was Sie angekündigt haben: mit den Schulen zu kommunizieren, bevor Sie etwas beschließen, und hier nicht im Schnellschuss die Rolle rückwärts zu machen. Dazu wird die SPD-Fraktion auf jeden Fall Nein sagen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Döweling für die Fraktion der FDP.

**Mario Döweling (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im vergangenen Jahr wurden Nachbesserungen an der verkürzten gymnasialen Schulzeit, dem sogenannten G 8, vorgenommen. Ich halte diese Nachbesserungen für richtig und erforderlich – bieten sie den Schulen doch größere Freiheit beim Erstellen ihres jeweiligen Lehrangebots.

Im Rahmen des Wahlunterrichts und auch beim Verteilen des Unterrichtsstoffs auf die jeweiligen Jahrgangsstufen und Fächer kann jede Schule unter Einbeziehung der schulischen Gremien nach den örtlichen Rahmenbedingungen entscheiden, wo sie ihre Schwerpunkte setzt. Das kann für Schulen im städtischen Bereich, die um Schülerinnen und Schüler konkurrieren, eine wichtige Hilfe bei der Profilbildung sein. Es kann aber auch für Schulen im ländlichen Raum eine Möglichkeit sein, den gymnasialen Bildungsgang so zu strukturieren, dass er die Kinder so wenig wie möglich belastet und gleichzeitig die geforderten Inhalte effizient vermittelt werden.

Diese Änderungen erhalten durch den Gesetzentwurf von CDU und FDP einen Rahmen, der dringend erforderlich ist. Gleichzeitig werden in dem vorliegenden Gesetzentwurf die Voraussetzungen – hören Sie bitte einmal zu, Herr Wagner – für eine Neugründung von integrierten Gesamtschulen verändert.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja!)

Wir haben nicht vor, an bestehenden etwas zu ändern; es geht um eine Neugründung.

(Beifall bei der FDP)

Ich sehe, die Lesekompetenz bei den GRÜNEN ist noch ausbaufähig.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso wollen Sie es denn für die neuen ändern? – Gegenruf: Lesen bildet!)

Um im Sinne der Schülerinnen und Schüler ein adäquates Angebot zu unterbreiten, welches ihnen ermöglicht, Schwerpunkte zu bilden – –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum wollen Sie es denn ändern?)

– Das führe ich gerade aus, Herr Al-Wazir, wenn Sie mich einmal ausreden lassen. Ich fange noch einmal an. – Um im Sinne der Schülerinnen und Schüler ein adäquates Angebot zu unterbreiten, welches ihnen ermöglicht, Schwerpunkte zu bilden und gleichzeitig integriert zu lernen, ist eine Dreizügigkeit aus unserer Sicht dringend erforderlich.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie Zwischenfragen?

**Mario Döweling (FDP):**

Nein, gestatte ich nicht.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf möchten wir den Rahmen für leistungsfähige und qualitativ hochwertige integrierte Gesamtschulen in Hessen schaffen.

(Beifall bei der FDP – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie doch die Eltern entscheiden! – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir beraten heute aber nicht nur das Hessische Schulgesetz; wir beraten auch die Änderung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes. Dabei handelt es sich – Herr Dr. Herr hat das in Gänze ausgeführt – zum einen um formale Korrekturen im Rahmen der Notentabelle zur Ermittlung der Gesamtnote des ersten und zweiten Staatsexamens.

Zum anderen ist diese Änderung leider notwendig – ich sage ausdrücklich „leider“ –, weil wir in bestimmten Fächern einen ausgesprochenen Lehrermangel haben, der nicht behoben werden kann. So ist es notwendig, dort sogenannte Seiteneinsteiger einzusetzen, die aus Fachbereichen kommen und neben der fachlichen Kompetenz auch die pädagogische Eignung mitbringen, um Unterricht zu erteilen. Dafür und natürlich auch für ihre weitere Fortbildung und Qualifizierung müssen wir einen gesetzlichen Rahmen schaffen.

Bei allem Respekt vor diesen Menschen sage ich aber auch eines ganz klar: Das kann und soll keine dauerhafte Lösung sein. Unterricht ist ein hoch professionelles Geschäft und sollte im Regelfall auch von Profis, von ausgebildeten Lehrkräften, durchgeführt werden.

(Beifall bei der FDP – Lachen und demonstrativer Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich sehe, ich bekomme sogar Beifall von der SPD. – Deshalb sind wir gefordert, Anreize zu schaffen und Konzepte zu entwickeln, um mehr junge Menschen für den Lehrerberuf zu begeistern – generell für den Lehrerberuf und natürlich auch in den Mangelfächern.

Politik allein wird dies nicht schaffen können. Das ist meine feste Überzeugung. Es ist vielmehr eine gesellschaftliche Debatte vonnöten, um dem oft zu Unrecht geschmähten Lehrerberuf wieder das nötige Ansehen zu verleihen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die hessischen Schülerinnen und Schüler sind unsere Zukunft. Genauso wichtig wie sie sind die Menschen, die neben den Eltern ihre Normen und Wertvorstellungen prägen. Das sind die Lehrer. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Abg. Cárdenas für die Fraktion DIE LINKE.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die bestehenden zweizügigen sind nicht hochwertig; das haben wir jetzt gelernt!)

**Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Nur kurz unsere Position zu den beiden Gesetzentwürfen. Es ist schon viel Richtiges von SPD und GRÜNEN gesagt worden, was ich nicht wiederholen muss.

Zur Änderung des Schulgesetzes. Die Änderungen haben doch gravierende Auswirkungen, und es tun sich verschiedene Fragen auf. Es geht z. B. um die Änderung von Wahlpflichtunterricht in Wahlunterricht im gymnasialen Bildungsgang. Das bedeutet wieder einmal: G 8 heißt Bildungsabbau und Verschärfung der Selektion.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Denn es ist klar, dass angesichts der Anforderungen von G 8 nur die fittesten und sprachbegabtesten Schülerinnen und Schüler, die zudem über ausreichende Unterstützung im Elternhaus verfügen, freiwillig eine dritte Fremdsprache wählen werden. Es geht darum, warum nicht in allen Bildungsgängen statt nur im gymnasialen Bildungsgang Eltern mitentscheiden dürfen über Art, Umfang und Schwerpunkte des Wahlunterrichts in der Mittelstufe. Das ist anscheinend nicht bedacht worden.

Es geht in § 129 Nr. 11 darum, dass wir uns nicht vorstellen können, dass die Schulkonferenz ohne Abstimmung mit der Gesamtkonferenz über die Verteilung des Unterrichts im Rahmen der Kontingentstundentafeln entscheidet. Es geht vor allem auch darum – das ist hier schon öfter angeklungen –, dass Sie mit der Forderung nach mindestens Dreizügigkeit die Gründung vieler IGSen vor allem in ländlichen Regionen verhindern werden. Die in der letzten Legislaturperiode durchgeführte Änderung wurde von den Schulen begrüßt. Wir erkennen keine Beschwerden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir vermuten also, dass, ausgehend von Ihrem Menschenbild, nur noch in einer generellen Dreigliedrigkeit gedacht wird. Die Auslassungen von Herrn Wagner und Frau Habermann zur Selbstständigkeit und zur Missachtung des Elternwillens können wir nur unterstützen. – So weit zum Schulgesetz.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Kurz zum Lehrerbildungsgesetz. Im Gesetzentwurf ist, wenn auch gezwungenermaßen, das Bemühen abzulesen, als Antwort auf die selbst verschuldete, weil nicht rechtzeitig angegangene, Mangelsituation vor allem in bestimmten Fächern auf den Lehrermarkt zu gehen

(Beifall der Abg. Heike Habermann (SPD))

und eben nicht wieder eine kurzschlussartige, den Lehrerberuf diskreditierende Lösung anzubieten wie die in der letzten Legislaturperiode zu Recht verworfene UG-plus-Idee. Das in einer Rechtsverordnung näher ausgestaltete Verfahren muss daher genau angeschaut werden. Es scheint aber auch noch Fragen zur Ermittlung der Gesamtnote zu geben. Ich denke, das wird im Kulturpolitischen Ausschuss intensiv diskutiert werden müssen. – Ich danke Ihnen und erwarte die nächste Diskussion.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Heike Habermann (SPD))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Ministerin Henzler.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Regierungsfractionen haben zur Unterstützung der Landesregierung zwei Gesetzentwürfe zur Änderung des Schulgesetzes und des Lehrerbildungsgesetzes auf den Weg gebracht, um zügig alte Baustellen beseitigen zu können, als da sind Rechtssicherheit bei den G-8-Nachbesserungen und dem Quereinstieg für den Lehrerberuf. Ich danke beiden Fraktionen für ihre Unterstützung bei diesen Vorhaben.

Gleichzeitig werden mit den Gesetzentwürfen Projekte angegangen, die zu mehr Qualität und zu mehr Selbstständigkeit der Schulen beitragen.

Mit dem vorliegenden Schulgesetzentwurf wird das Elf-Punkte-Programm für Nachbesserungen im verkürzten gymnasialen Bildungsgang verankert. Den Schulen wird die Möglichkeit eröffnet, in eigener Verantwortung Entscheidungen über die Grundsätze des Wahlunterrichts und über die Verteilung des Unterrichts im Rahmen der Kontingentstundentafel auf die einzelnen Jahrgangsstufen und Unterrichtsfächer zu treffen. Durch die Schaffung eines Wahlunterrichts im Rahmen der Verordnung über die Stundentafeln für Schulen mit gymnasialem Bildungsgang nutzen wir den Gestaltungsspielraum, den die Kultusministerkonferenz im Rahmen der von ihr vorgegebenen 260 Jahreswochenstunden von der Jahrgangsstufe 5 bis zur allgemeinen Hochschulreife für die Umsetzung besonderer pädagogischer Ansätze eröffnet hat. Dabei war besonders wichtig, dass auf diesem Weg die Belastungen für die Schülerinnen und Schüler in der Mittelstufe des verkürzten gymnasialen Bildungsgangs verringert werden können.

Dies wird dadurch ermöglicht, dass nach Entscheidung und Angebot der Schule neben dem bisherigen Wahlpflichtunterricht auch Profilierungsangebote, Förderangebote und Orientierungsangebote in die Gesamtstundenverpflichtung einbezogen werden können. Deutlich erkennbares Merkmal der erweiterten Selbstständigkeit der Schule ist dabei, dass der Schulkonferenz als Entscheidungsgremium im Rahmen der selbstständiger werdenden Schule das Entscheidungsrecht über Art, Umfang und Schwerpunkt des Wahlunterrichts in der Mittelstufe

eingerräumt wird. Das Gleiche gilt für die neue Entscheidungskompetenz bei der Verteilung des Unterrichts im Rahmen der Kontingenzstundentafel für einzelne Jahrgangsstufen und Unterrichtsfächer.

(Beifall bei der FDP)

Auch das wird der einzelnen Schule im Rahmen der erweiterten Selbstständigkeit eingeräumt. Die besonderen Rechte und die Verantwortung der Eltern dürfen dabei nicht aus dem Blick verloren werden. Aus diesem Grunde wird vorliegend auch der § 110 Abs. 2 des Schulgesetzes, der die Mitbestimmungsrechte der Eltern in der Schule regelt, an die Änderung des Schulgesetzes vom 5. Juni des vergangenen Jahres angepasst. Die Frage der Qualität wird in zwei weiteren Aspekten in den Mittelpunkt des Gesetzentwurfes gestellt.

Der erste betrifft die Vorverlegung der Schulanmeldung auf März/April, um in diesem Rahmen wie bisher die Feststellung der Förderziele im sozialen, emotionalen, sprachlichen und kognitiven Bereich durchführen zu können. Das ist auch ein erster Schritt, um die Voraussetzungen für das Schulvorbereitungsjahr zu schaffen. Aber vor allem bietet die Vorverlegung bereits ab dem Schuljahr 2010/2011 die Möglichkeit zu einer Verlängerung der äußerst erfolgreichen Vorlaufkurse zur Sprachförderung.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Bisher können diese nach Schulanmeldung im Herbst erst im November starten. Zukünftig beginnen sie mit dem jeweiligen Schuljahr. Damit bleibt für die Vermittlung ausreichender Sprachkompetenz mehr Zeit – ein weiterer Schritt zu mehr Integration.

Der zweite Aspekt schulischer Qualität betrifft die integrierten Gesamtschulen. – Jetzt sind wir bei dem politischen Thema. Sie alle wissen, dass ich eine Anhängerin dieser Schulform bin. Herr Wagner, ein bisschen weniger Ideologie in Ihren Beiträgen und ein bisschen mehr Sachlichkeit wären gut.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Meinung zu der Zügigkeit von integrierten Gesamtschulen war schon immer die gleiche. Deshalb haben wir auch letztes Mal, als Sie das geändert haben, dagegen gesprochen. Denn ich habe immer gesagt, dass die Zweizügigkeit einer schulformübergreifenden Gesamtschule, wie sie mit der Gesetzesänderung im vergangenen Jahr ermöglicht wurde, den Anspruch einer Schwerpunktbildung sowie einer angemessenen Fachleistungsdifferenzierung nicht ausreichend zulässt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

– Frau Habermann, hören Sie nur einfach weiter zu. – Die integrierte Gesamtschule bietet im Gegensatz zur Haupt- und Realschule in drei Bildungsgängen aus. Sie hat nämlich einen Anteil von Gymnasiasten. Der gehört zu dem Schulkonzept der integrierten Gesamtschulen. Das muss sich auch nach außen in der Zügigkeit widerspiegeln.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut! Sie sprechen mir aus dem Herzen! – Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

Wie die integrierte Gesamtschule – Herr Wagner, das haben Sie leider wieder falsch verstanden – intern differenziert, ob sie intern dreizügig oder zweizügig differenziert,

das bleibt ihr weiterhin überlassen. Aber sie hat Anspruch auf Vermittlung gymnasialer Bildung.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut! – Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

Sie führt auch auf den Gymnasialabschluss hin. Deshalb muss das auch von außen sichtbar sein. Sie muss sich von der Haupt- und Realschule unterscheiden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Wir haben Ihnen schon gesagt, dass das für die neu zu gründenden gilt. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Es ist meinem Haus und mir nicht möglich gewesen, in Hessen eine zweizügige IGS zu finden. Die alten betrifft es also sowieso nicht.

Zum Lehrerbildungsgesetz. Bei den heute eingebrachten Änderungen zum Lehrerbildungsgesetz handelt es sich nur um Korrekturen, die insbesondere für den Quereinstieg jetzt dringend erforderlich sind, die aber auch bei der Notentabelle für das erste und zweite Staatsexamen vorgenommen werden müssen.

Weitere Änderungen, etwa beim pädagogischen Vorbereitungsdienst, werden wir noch in diesem Jahr zur Beratung vorlegen.

Für den Quereinstieg in den Lehrerberuf – ich sage ganz deutlich, angesichts des Lehrermangels in vielen Fächern in den nächsten Jahren werden wir weiterhin auf Quereinstiege angewiesen sein – wird mit diesem Gesetz die rechtliche Grundlage geschaffen, wie es das Verwaltungsgericht im Januar gefordert hat. Selbstverständlich gilt weiterhin der Grundsatz: Ausgebildete Lehrer gehen grundsätzlich vor Quereinsteigern.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Der jahrelangen Kritik an der Notentabelle wird nun mit einer neuen Tabelle begegnet, die die Notenverteilung im oberen Leistungsbereich gerechter abbildet. Frau Habermann, es ist eben keine Abiturnotentabelle. Bei der Abiturnote ist die beste Note eine 0,66, bei den Staatsexamen ist die beste Note eine 1,0. Also können Sie das nicht mit den Notenunterschieden bei den 15 Punkten der Abiturnoten vergleichen.

(Heike Habermann (SPD): Aber ich kann einen Durchschnitt berechnen!)

Wir werden nach Lösungen suchen, um denjenigen zu helfen, die durch die alte Tabelle Nachteile erlitten haben. Wichtig war uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt, dass die Gesetze jetzt von den Fraktionen eingebracht wurden, damit wir sie so beschließen können, dass sie zum nächsten Schuljahr gelten.

Meine Damen und Herren, ich werbe um Ihre Zustimmung zu diesen beiden Gesetzentwürfen, da sie für die Schulen, die Eltern, die Schülerschaft und die Studenten Rechtssicherheit schaffen. Außerdem tragen sie zur Qualität der schulischen Bildung und der Lehrerbildung bei. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP – Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, damit ist die erste Lesung beider Gesetzentwürfe erfolgt.

Vereinbarungsgemäß beschließen wir nun die Überweisung dieser Gesetzentwürfe nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Kulturpolitischen Ausschuss. – Dem widerspricht niemand. Dann ist dies so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Geschäftsführer haben mir über einen der ihnen mitteilen lassen, dass wir jetzt noch die Beschlussempfehlungen behandeln.

(Günter Rudolph (SPD): Was weg ist, ist weg!)

– Was weg ist, ist weg. Außer bei den Abgeordneten gilt das insgesamt.

Bitte, Herr Schaus.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, es tut mir leid, aber ich bin eben erst angesprochen worden. Unsere Fraktion ist nicht damit einverstanden, dass wir die Beschlussempfehlungen heute vorziehen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Schaus, lassen Sie mich versuchen, mit dem mir eigenen Charme den Versuch einer Vermittlung zu unternehmen. Wenn hier Beschlussempfehlungen mit Aussprache wären, würde ich sofort sagen: Sie haben recht, Ende. – Aber es geht nur um Beschlussempfehlun-

gen, bei denen wir vorher vereinbart haben, dass wir keine Aussprache haben.

Wir haben jetzt noch Zeit, bis wir zur Veranstaltung gehen müssen. Es geht nur darum, etwas aus der Enge der Tage Mittwoch und Donnerstag herauszuziehen, um mehr nicht. Deswegen bitte ich Sie auch im Hinblick auf die Präsidenschaften hier, das jetzt vorzuziehen, damit wir morgen diese fünf Minuten einsparen. Es geht um fünf Minuten.

Herr Kollege Wagner.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, wenn es so ist, dass der Kollege Schaus die Information so kurzfristig bekommen hat und sich deshalb auf das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion nicht vorbereiten konnte, bitte ich darum, dem Wunsch von Herrn Schaus zu entsprechen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, darüber ist nicht abzustimmen.

Dann sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Der Kulturpolitische Ausschuss kann nachher tagen. Um 19:30 Uhr beginnt die Veranstaltung.

Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr wieder. Einen schönen Abend.

(Schluss: 18:54 Uhr)